

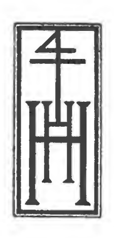


ZUR ZEITGESCHICHTE.

NEUE TAGESFRAGEN

VON

EDUARD VON HARTMANN.





LEIPZIG, 1900.
HERMANN HAACKE,
VERLAGSBUCHHANDLUNG.




HARVARD COLLEGE
MAY 13 1922
LIBRARY
Walker fund

INHALT.

VORWORT.

Diese Schrift enthält zehn Aufsätze, die ich in den letzten Jahren zuerst in der Wochenschrift „Die Gegenwart“ veröffentlicht hatte, und einen bisher ungedruckten. Sie bildet eine Fortsetzung meiner Schriften „Zwei Jahrzehnte Deutscher Politik und die gegenwärtige Weltlage“ (1888) und „Tagesfragen“ (1896). Wie in diesen früheren Sammlungen, so habe ich auch in der neuesten auf nachträgliche Veränderungen und Zusätze im Texte verzichtet, um nicht hinterher klüger scheinen zu wollen, als ich bei der Abfassung war.

Der erste Aufsatz kündigte den Umschwung der Politik von einer bloss europäischen zur Weltpolitik auch für Deutschland zu einer Zeit an, als dieser Gedanke noch fern davon war, in die öffentliche Meinung Eingang zu finden, und zog daraus die Folgen für die künftige Stellung Deutschlands. Der zweite beleuchtete den Bismarck'schen Neutralitätsantrag mit Russland und seinen praktischen Wert für Deutschland in einem Sinne, der der Auffassung der öffentlichen Meinung im Allgemeinen entgegengesetzt war. Der dritte untersuchte das Verhältnis zwischen England und Deutschland und gelangte dabei zu Ergebnissen für die deutsche Politik, die mit der von ihr seitdem thatsächlich befolgten Richtschnur übereinstimmen. Bei einem offenen Kriege zwischen zwei Staaten, wie er seitdem zwischen England und Transvaal ausgebrochen ist, hat der Dritte, mit beiden befreundete, strenge Neutralität zu beobachten; bei einem heimtückischen Ueberfall im Frieden durch Freibeuterscharen, die von der betreffenden Regierung heimlich begünstigt werden, geziemt es dagegen jedem unbeteiligten Staate, mit dem völkerrechtswidrig Ueberfallenen offiziell zu sympathisieren und dadurch der so handelnden Regierung das Gewissen zu schärfen.

Der vierte und fünfte Aufsatz enthalten eine Betrachtung zur Jahrhundertwende, die sich in „Rückblick“ und „Ausblick“ gliedert. In dem „Ausblick“ gewinnt die im ersten Aufsatz angekündigte Weltpolitik deutlichere Züge. Aus dem letzteren druckte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in ihrer Revue der Presse ein paar Sätze über das Verhältnis Hollands und Deutschlands ab. Der Berliner Korrespondent der Times, der es sich zum Geschäfte macht, in England gegen Deutschland Stimmung zu machen, benutzte die Gelegenheit, um in England vor einem deutschen Attentat auf die politische Selbständigkeit Hollands zu warnen, und Hunderte von deutschen und ausländischen Zeitungen knüpften an die Auslassungen der Times ihre weisen Bemerkungen an. Wenn der Korrespondent der Times nur die aus dem Zusammenhang gerissenen Stellen kannte und ihnen einen völlig entstellten Sinn unterlegte, so wusste er, warum er es that. Dass aber von allen den vielen Zeitungen, die je nach ihrem politischen Standpunkt sich zu den entstellten Angaben der Times äusserten, keine einzige, mochte sie mich tadeln oder verteidigen, es der Mühe wert fand, den Aufsatz nachzulesen, aus dessen Zusammenhang jene Stellen herausgerissen waren, und die perfiden Insinuationen der Times auf ihre thatsächliche Grundlage hin zu prüfen, ist ein trauriges Zeichen für die Oberflächlichkeit der Tagespresse.

Der sechste und siebente Aufsatz beschäftigen sich mit der geschichtlichen und idealen Genesis der Sozialdemokratie und des Anarchismus und mit den Mitteln zur Bekämpfung der ersteren. Der achte behandelt die Forderungen der Agrarier. Die drei augenblicklich staatsgefährlichsten und gemeingefährlichsten Parteien, die sozialdemokratische, agrarische und ultramontane Partei, finden so in dieser Schrift ihre Beleuchtung, die letztere freilich nur indirekt in der Behandlung der päpstlichen Politik und ihrer ständigen Ziele im ersten Aufsatz. Denn die ultramontanen Parteien in allen Staaten sind doch letzten Endes weiter nichts als Kampfmittel der päpstlichen Politik, zerstreute Armeen auf verschiedenen Kriegsschauplätzen, die nach einheit-

licher Leitung für den Sieg der päpstlichen Politik über alle ihre Widersacher wirken und fechten.

Als ich vor den preussischen Wahlen im Jahre 1898 die Gemeingefährlichkeit der agrarischen Parteibestrebungen beleuchtete, war die Grösse der Gefahren, in welche diese Partei das deutsche Volk stürzen will, noch lange nicht so sichtbar zu Tage getreten wie jetzt. Zwar hat in den letzten Jahren die finanzielle Lage der Landwirtschaft sich durch eine Reihe guter Ernten erheblich gebessert, aber dafür ist die Leutenot im Osten um so viel brennender geworden, weil die überaus günstige Konjunktur der letzten Jahre die Abwanderung in die industriellen Gebiete mächtig hat anschwellen lassen. Die Gefahr der Polonisierung der Ostprovinzen durch polnische Arbeiter ist auch dem blödesten Blicke erkennbar geworden. Gewiss darf man keinen Stein auf die Gutsherren werfen, die, vor die Alternative gestellt, mit ihrer Familie zu Grunde zu gehen, oder ihr Nationalgefühl zum Schweigen zu bringen, sich für die letztere Seite entscheiden. Aber wenn eine soziale Klasse, welche dazu genötigt ist, trotzdem fortfährt, sich für die festen Säulen des Staates und die Träger des Deutschtums in den Ostmarken auszugeben, so darf man sich billig über Heuchelei beschweren. Wie in den östlichen Grenzprovinzen die Agrarier zu ihrer Selbsterhaltung genötigt sind, deutsche Landstriche dem Polentum und Ultramontanismus in die Hände zu spielen, so arbeiten sie in den innerdeutschen Provinzen dem künftigen Sieg der Sozialdemokratie in den von ihnen jetzt noch beherrschten Wahlkreisen vor. Das ländliche Proletariat ist fast das einzige Rekrutenmaterial, das die Sozialdemokratie noch sich zuführen kann; die Gutsherren können dies auf die Dauer nicht anders verhindern, als dass sie die Proletarier zu, wenn auch kleinen, Grundbesitzern machen und daneben einen kräftigen Stamm wohlhabender Bauern schaffen, der zwischen ihnen und den Kleinbesitzern die Brücke schlägt und sie im Kampf gegen die Sozialdemokratie unterstützt.

Der neunte Aufsatz schliesst sich meinem grösseren Werke „Die sozialen Kernfragen“ an, beleuchtet einen geschichtlich ent-

wickelten Gebrauch, in dem ich eine gefährliche Wunde der modernen Wirtschaftsweise und den Hauptgrund für erschütternde Krisen und für die erschreckende Häufigkeit der Subhastationen und Konkurse sehe, und erörtert die Mittel, die zur Abhülfe dienen können, ohne doch die Vorteile der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu vermindern.

Der zehnte Aufsatz beschäftigt sich mit der Frage der Gymnasialreform, die inzwischen durch die vom preussischen Kultusministerium einberufene Konferenz wieder dringlicher geworden ist. Der Aufsatz schliesst sich an meine Schrift „Zur Reform des höheren Schulwesens“ und an Nr. X—XII der „Modernen Probleme“ (2. Aufl.) und Nr. XI—XII der „Tagesfragen“ an. Wenn im Jahre 1883 das Realgymnasium als existenz-unberechtigtes Zwitterding glücklicher Weise auf den Aussterbeetat gesetzt schien und sich unser Schulwesen in der Doppelrichtung von Gymnasium und lateinloser Oberrealschule gesund entwickeln zu wollen schien, so hat die Thatsache, dass die Militärverwaltung für die Kadettenanstalten an dem Lehrplan des Realgymnasiums festhielt, alles verdorben. Das Realgymnasium besteht fort, und mit ihm die sinnlose Buntscheckigkeit unseres höheren Schulwesens, die noch durch die Experimentieranstalten mit Reformgymnasiallehrplan vermehrt ist. Eine Beschränkung und Erleichterung der gymnasialen Nachprüfung für Oberrealschüler und Realgymnasiasten habe ich stets befürwortet; jetzt aber scheint man in dieser Erleichterung plötzlich zu weit gehen zu wollen und in das Extrem einer vollen Gleichberechtigung aller neunjährigen Anstalten zu verfallen, weil diese Gleichberechtigung auch im gymnasialen Lager eifrige Verfechter gefunden hat.

Diese Verfechter leben in dem Vertrauen, dass das Gymnasium durch seine innere Ueberlegenheit den Kampf mit den Konkurrenzanstalten siegreich bestehen werde. Ich kann dieses Vertrauen nicht teilen, weil in der Praxis zwischen mehreren gleich sicher zum Ziele führenden Wegen doch schliesslich immer der bequemste, leichteste und schnellste gewählt wird, nicht der mühsamste mit den schönsten Aussichten. So lange noch frühere

Gymnasiasten die höheren Stellungen im Staate bekleiden, mag der theoretischen Gleichberechtigung zum Trotz noch eine gewisse Bevorzugung der Gymnasiasten fortdauern; aber nach ein bis zwei Menschenaltern muss auch diese verschwinden, wenn die Parität in den einflussreichen Ämtern hergestellt ist, und von da ab geht das Gymnasium schneller oder langsamer seinem sichern Untergang entgegen. Wenn wir dem Verlust des Lateinischen auch keine Thräne mehr nachzuweinen brauchen, so würde der Verlust des Griechischen eine unersetzliche Lücke in unserer Bildung aufweisen und den kulturfeindlichen Mächten, dem Ultramontanismus und dem praktischen Materialismus in Gestalt sowohl des banausischen Mammonismus als auch der nivellierenden Sozialdemokratie, ihren Kampf sehr erleichtern. Möge diese Gefahr uns noch rechtzeitig abgewendet werden, vor allen Dingen dadurch, dass die von den Gymnasien auf die Universitäten verlegten Nachprüfungen nicht zu blossen Formalitäten herabsinken, sondern ernst genommen werden.

Der elfte, bisher ungedruckte, Aufsatz behandelt die Kanalfrage, die schon an und für sich für Deutschland von hoher volkswirtschaftlicher und kultureller Bedeutung ist, für Preussen aber durch die parlamentarischen Kämpfe der vorletzten Session und ihre für die nächste Session in Aussicht stehende Wiederholung gerade zu verhängnisvoll zu werden droht.

Die Aufsätze, in welchen ich auf eine Vergrösserung des Landheeres, Einführung der zweijährigen Dienstzeit und Vermehrung der Kriegsflotte hindrängte, habe ich hier nicht mit aufgenommen, weil ihr Zweck durch die Caprivische Heeresreform und die beiden Flottengesetze inzwischen erreicht ist.

Berlin, Lichterfelde im Oktober 1900

Dr. **Eduard v. Hartmann.**

I. Europäische Politik und Weltpolitik.

(Oktober 1896).

Von den fünfzig Jahren, die wir nach Moltkes Ausspruch das mit dem Schwert Errungene mit dem Schwert zu schützen haben würden, ist die Hälfte verflossen, und wenn wir unsere heutige Stellung mit der von 1871 vergleichen, so dürfen wir wohl ihre Besserung anerkennen. Damals war die Bevölkerung des Deutschen Reiches derjenigen Frankreichs gleich, heute ist sie ihr um ein Drittel überlegen; unsere Wehrkraft und unser Wohlstand sind Hand in Hand mit der Bevölkerungszunahme gewachsen. Aber das uns damals günstig gesinnte Russland steht heute im Bunde mit Frankreich, und dieser Wechsel wird dadurch nicht ganz ausgeglichen, dass das damals uns grollende Österreich heute unser Verbündeter und Italien diesem Bunde beigetreten ist. Der eigenen Kraft dürfen wir heute mehr vertrauen als damals, aber wir dürfen nicht verkennen, dass die politische Lage Europas sich nicht zu unseren Gunsten verschoben hat. Andererseits dürfen wir hoffen, dass nach abermals 25 Jahren unsere eigene Kraft noch weiter gewachsen sein wird, und dass dann auch Italien nicht blos an Einwohnerzahl Frankreich nahe gerückt, sondern auch sich wirtschaftlich und militärisch soweit erholt und gekräftigt haben wird, um als wirkliche Grossmacht gelten zu können. Es fragt sich also, ob wir hoffen dürfen, dass uns das nächste Vierteljahrhundert noch ebenso wie das letztverflossene als eine Frist zur Stärkung unserer Kraft und zur Besserung unserer Lage vergönnt sein wird.

Diese Frage lässt sich auch so fassen: Werden unsere jetzigen Bündnisse sich dauerhaft genug erweisen, um uns noch ein Vierteljahrhundert des Friedens zu verbürgen? Wird der Zweibund von Frankreich und Russland früher oder später eine aggressive

Spitze gegen uns herauskehren? Liegt die Gefahr vor, dass unsere Bundesgenossen früher oder später sich von uns abwenden, oder wohl gar sich unseren Gegnern anschliessen? Giebt es eine Macht, die nicht blos das Interesse, sondern möglicherweise auch den Einfluss besitzt, eine Koalition dreier Grossmächte gegen Deutschland zustande zu bringen? Wird das Deutsche Reich sich im 20. Jahrhundert noch einmal vor eine Konstellation gestellt sehen, wie das Preussen Friedrichs des Grossen im siebenjährigen Kriege? Und wenn es Mächte giebt, deren Tendenz dahin geht, uns in eine solche Lage zu bringen, dürfen wir hoffen, dass geschichtliche Gegenströmungen vorhanden sein werden, die es uns ersparen, den siebenjährigen Krieg noch einmal ohne die Führung Friedrichs des Grossen durchzufechten?

Dass Frankreich den Wunsch hegt, so viel Mächte als möglich zu einem Angriffskriege gegen Deutschland zusammenzubringen, ist zweifellos; aber ebenso zweifellos ist, dass ihm der Einfluss fehlt, um auch nur eine einzige Grossmacht für diesen Zweck zu gewinnen. Jahrelang hat es um das russische Bündnis geworben, um mit Russlands Hilfe den Rachekrieg gegen Deutschland zu führen, zu dem es sich allein zu schwach fühlt. Zähneknirschend hat es sich in die Notwendigkeit gefunden, Russland die Bestimmung des Zeitpunktes zum Losschlagen zu überlassen. Immer ungeduldiger lauert es auf den erhofften Lohn für die grossen finanziellen und politischen Dienste, mit denen Russland die Gewährung seines Bündnisses hat bezahlen lassen, aber bis jetzt vergebens. Das amtliche Russland beharrt dabei, den Zweibund als einen Friedensbund zu preisen, der Frankreich zwar Schutz gegen eine etwaige Bedrohung von anderer Seite gewähren würde, aber keine Unterstützung zu Angriffskriegen verheisst.

Dass der verstorbene Zar sich überhaupt zu dem Bündnis mit dem republikanischen Frankreich herbei gelassen hat, das hat dieses Letztere nicht etwa seinem eigenen Einflusse zu verdanken, sondern dem des Papstes. Alle die offenkundigen Vorteile, die für Russland aus diesem Bündnis erwachsen mussten, der Gewinn der wichtigsten Dienstleistungen ohne andere Gegen-

leistung als das Nichtzerstören unausgesprochener Hoffnungen, alles dies hätte nicht die Abneigung des autokratischen Russland gegen das revolutionäre Frankreich zu überwinden vermocht, wenn nicht der Vatikan seinen Einfluss ins Mittel gelegt und als Kaufpreis für dieses russische Zugeständniss die katholischen Polen in Russland der russischen Regierung preisgegeben hätte, deren Sache er so lange mit Eifer geführt hatte. Dieses Interesse, die päpstlichen Reklamationen wegen Katholikenbedrückung los zu werden und die lange Zeit hindurch abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zum Papste wieder aufzunehmen, war es erst, was den Widerwillen Alexanders III. gegen die französischen Liebeswerbungen brach und ihn bestimmte, die Revolutionshymne stehend und entblössten Hauptes anzuhören. Hatte doch das Papsttum, die konservatiste aller konservativen Mächte, mit der französischen Republik seinen Frieden gemacht, um sich fortan auf sie zu stützen; konnte dieses Vorbild politischer Selbtsbeherrschung für den Selbstherrscher aller Reussen ohne moralische Wirkung bleiben?

Die Politik der Kurie hat niemals Bedenken getragen, ein Glied der katholischen Christenheit schweren Leiden preiszugeben, wenn sie diese Leiden als ein dem Interresse der Kirche gebrachtes Opfer betrachten durfte. So ist es auch kein Wunder, dass sie die treuesten Söhne der Kirche, die Polen, zeitweilig an Russland ausgeliefert hat, wenn das Interesse des Ganzen es forderte. Aber welches ist dieses Interesse, dem die Polen in Russland und die Royalisten und Imperialisten in Frankreich geopfert worden sind? Direkten Vorteil kann der Papst von Russland wohl kaum erwarten; beide Schritte können nur als Mittel dazu dienen, die französische Republik, deren Ende nicht abzusehen ist, zum willfährigen und leistungsfähigen Streiter der Kirche zu machen. Lange genug hatte die Kurie vergeblich auf eine Restauration oder einen neuen Cäsarismus in Frankreich gelauert; nun aber ein solcher Umschwung sich in immer unabsehbarere Ferne hinauszurücken schien, da musste sie in den sauren Apfel beissen, die Dienste der Republik, wie sie ist, in

Anspruch zu nehmen. Infolge dessen musste sie auch den französischen Episkopat und Klerus zur Unterstützung der bestehenden republikanischen Regierung anweisen, und gleichzeitig der Republik in der Gewinnung eines Verbündeten Hilfe leisten, ohne den sie aktionsunfähig nach aussen geblieben wäre.

Wo das Ziel liegt, das die Kurie mit Frankreichs Hilfe erreichen will, ist nicht schwer zu sehen; es kann nirgend anders gesucht werden, als da, wo die Kurie ihren Sitz und die Wurzeln ihrer Kraft hat, in Italien. Wer da glaubt, dass die konservatiste und zäheste Politik der Welt in einem Menschenalter lernen könnte, sich in völlig veränderte Verhältnisse zu gewöhnen, der würde das Wesen dieser Politik völlig verkennen, die zwar unglaubliche Geduld im Warten hat, aber niemals vergessen kann. Die Kurie weiss ganz genau, dass das Königtum recht schwache Wurzeln in dem Herzen des italienischen Volkes hat, dass dagegen dieses Volk abergläubisch katholisch ist und sein katholisches Herz mit einem Schlage wieder entdecken würde, sobald die politische Einheit Italiens von der katholischen Kirche nicht mehr bedroht würde. Sie weiss ferner, dass eine starke sozialistische und republikanische Partei den Untergrund der royalistischen Parteien durchwühlt, und dass diese plötzlich zur herrschenden werden kann, sobald die Kirche ihr den Segen erteilt und der italienische Klerus die klerikalen Wähler im Interesse der Republik an die Wahlurnen treibt, wie er sie bis jetzt aus Feindschaft für das Königtum von derselben ferngehalten hat. Sie weiss endlich, dass in einer Republik Italien nicht die Radikalen, sondern die Klerikalen die parlamentarische Herrschaft behaupten und Regierungen und Präsidenten nach dem Sinne der Kirche bestimmen würden, die Radikalen aber als die geprellte ohnmächtige Opposition dastehen würde.

Schon einmal im Jahre 1848 hat Pius IX. von einem italienischen Bunde unter seinem Präsidium geträumt; was damals bei einer Vielheit von Monarchien unausführbar war, scheint jetzt leicht realisierbar, wenn das einheitliche Königreich in eine einheitliche Republik umgewandelt wird. Und warum sollte der Papst die

Republik in Italien verdammen, die er in Frankreich segnet? Ob der Papst Präsident, oder bloss Ehrenpräsident der Republik heisst, oder ob er sich als Protektor der Republik damit begnügt, der klerikalen Mehrheit der Kammern den ihm genehmen Präsidenten zur Wahl designieren zu lassen, das ist nebensächlich. Die Hauptsache wäre, dass dann in gleichviel welcher Form die klerikale Republik Italien der neue vergrösserte Kirchenstaat würde, und der Papst die weltliche Grossmachtstellung des künftigen konsolidierten Italien mit seiner geistlichen Grossmachtstellung thatsächlich in einer Hand vereinigte. Es wäre nicht ausgeschlossen, dass dabei die Stadt Rom oder auch das Gebiet des früheren Kirchenstaates in eine engere administrative Beziehung zum Papsttum gerückt würden als die übrigen Provinzen, wofern nur bei einer solchen Anordnung jeder Schein vermieden würde, als ob die politische Einheit Italiens, das höchste Gut des italienischen Nationalgefühls, irgend welche Störung oder Trübung erlitte. Das Papsttum kann nicht auf einen Kirchenstaat, das italienische Volk nicht auf seine politische Einheit verzichten; also giebt es nur eine Lösung, in der beide Interessen sich vereinigen lassen, nämlich wenn das einheitliche Italien Kirchenstaat im weiteren Sinne wird.

Dieses Ziel ist unerreichbar, solange das königliche Heer in Italien steht und jeden Aufstandsversuch niederschlägt. Nur ein Einmarsch der republikanischen Heere Frankreichs kann das Königtum beseitigen und die Republik an seine Stelle setzen. Ein solcher wäre wohl längst erfolgt, wenn nicht Italien durch das Bündnis mit Deutschland gegen Frankreich geschützt wäre. Wenn die italienische Feldarmee ganz in Frankreich eingerückt wäre und dort Schulter an Schulter mit der deutschen kämpfte, so wäre es nicht die Landung einer französischen Flotte für sich allein, die das Königtum zu fürchten hätte, sondern nur sofern die gelandeten Truppen als Stützpunkt für klerikal-radikale Erhebungen dienten. Das Papsttum wird ohne Zweifel versuchen, Italien im Rücken seiner ausgezogenen Heere republikanisch zu revolutionieren, um dadurch die Aktionskraft des Feldheeres im

Feindesland zn lähmen und die Ersatznachschübe zu verhindern. Aber einen dauernden Erfolg könnte unter solchen Umständen selbst eine siegreiche Revolution nur dann haben, wenn das Feldheer geschlagen und von französischen Truppen verfolgt heimkehrte. Wenn es dagegen siegreich zurückkehrte, würde es der Revolution rasch das Schicksal der Pariser Kommune von 1871 bereiten.

Darum hängt der dauernde Bestand einer italienischen Umwälzung doch schliesslich von dem Siege Frankreichs über Italien nnd seinen Verbündeten ab, und darnm ist dieser Verbündete Italiens das eigentliche und einzige Hindernis für die Verwirklichnng der Ziele des Papsttums durch französische Bajonette. Wäre nur erst Deutschland niedergeworfen und gefesselt, so hätte das Papsttum mit seinen Plänen leichtes Spiel, und darum muss seine ganze Politik darauf gerichtet sein, Dentschland aktionsunfähig zu machen. Hierin begegnet sich also das Interesse der französischen Vergeltungs- und Eroberungspolitik und das der päpstlichen Restaurationspolitik in moderner Gestalt. Wenn das Bündnis von Frankreich und Rnssland gewöhnlich als Zweibnnd bezeichnet wird, so vergisst man, dass das Papsttum ihn zum Dreibund vervollständigt, und dass die Seele dieses Dreibundes nicht Frankreich, sondern das Papsttum ist, das allein ihn zustande gebracht hat nnd aufrecht erhält.

Die französische Revancheglnt wird sich wahrscheinlich im Laufe des nächsten Menschenalters ganz von selbst beträchtlich abkühlen, da jede neue Generation es müde wird, die Stichworte und Phrasen, an der die letzte sich berauscht hat, weiter zu dreschen. Aber die Restaurationstendenz des Papsttums wird nach einem Jahrhundert noch gerade so stark nnd frisch sein wie heute. Frankreich wird sich mit der Zeit daranf besinnen, dass seiner noch ganz andere und wichtigere Aufgaben warten, als die Rückeroberung von 1¼ Milionen Deutscher; das Papsttum aber wird, solange es überhaupt Politik treibt, keine andere Politik treiben können, als die Wiedergewinnnng eines ihm jetzt fehlenden Territorialbesitzes. Frankreich hat am Ende des Mittelalters nach vollzogener staatlicher Einigung der Versuchnng nicht

widerstehen können, von dem zerstückelt gebliebenen deutschen Nachbarn sich bei Gelegenheit Fetzen anzueignen, und dnrch diese üble Angewohnheit ist es zum bösen Nachbar geworden. Noch Napoleon III. hat sich nur durch den Glauben zum Kriege gegen Preussen bestimmen lassen, dass die süddeutschen Staaten dem norddeutschen Bunde zum mindesten keine Hilfe leisten würden. Sobald nur erst Frankreich die staatliche Einigung Deutschlands als vollzogene Thatsache anerkennen lernt, fällt die Versuchung fort und ist gar nicht abzusehen, warum es sich nicht schliesslich mit Grazie in die ihm unbequeme neue Rolle des friedlichen Nachbarn finden sollte. Sieht man von dem Revancheparoxysmus ab, so lassen sich zwar viele Punkte angeben, wo französische und deutsche Interessen Hand in Hand gehen, aber wenige, wo sie kollidieren; ein Gegensatz in Lebensfragen ist nicht vorhanden. Geistig sind Frankreich und Deutschland immer Frennde gewesen und werden es hoffentlich künftig noch mehr werden, wenn der Grund für politische Reibungen hinweggefallen ist. Die künftige allmähliche Überwindnng des Revanchefiebers wird zugleich die Genesung Frankreichs von einer Jahrhnnderte langen krankhaften Eroberungssucht sein, die es bei uns in den falschen Ruf des Erbfeindes gebracht hat.

Der Erbfeind Deutschlands ist nicht Frankreich, sondern das Papsttum; denn hier verschmilzt historische Tradition und politischer Antagonismus der vitalsten Interessen mit geistiger Todfeindschaft. Diese Thatsache ist nnr dadnrch verdunkelt worden, dass katholische Regierungen in der Zeit der Gegenreformation einen erheblichen Teil der fast ganz vom Papsttum abgefallenen dentschen Bevölkerung mit Gewalt und List wieder katholisch gemacht haben, und die Nachkommen dieser Zwangskatholiken nnn den unversöhnlichen Gegensatz zwischen Papsttum nnd Dentschtnm nicht anerkennen mögen, der doch von seiten der Kurie stets ganz offen anerkannt worden ist. Darum konnte die römische Kirche wohl dem Hanpte der rnssisch-orthodoxen Kirche die Hand zum Bunde reichen, die ihr an geistiger Bedeutung unterlegen ist; aber gegen den protestantischen deutschen Geist, dessen ideale Überlegenheit

sie zähneknirschend fühlt, kehrt sich ihr unversöhnlicher Hass, der zugleich auf das ketzerische deutsche Kaisertum übergreift. Wie die deutsche Geschichte des Mittelalters sich um den Kampf zwischen Kaiser und Papst, die der Reformationszeit sich um den Kampf des mit den Habsburgern verbündeten Papsttums gegen die protestantischen Fürsten dreht, so die neuere deutsche Geschichte um den Kampf des Papsttums gegen die Hohenzollern, die sich zum Hauptrepräsentanten des protestantischen Staatsbegriffes ausgewachsen haben.

Nun muss aber das Papsttum sich früher oder später davon überzeugen, dass die Verbindung mit Russland für Frankreich die Aussicht auf einen Angriffskrieg gegen Deutschland nicht näher gerückt hat. Denn Russland hat das dringende Interesse, die gegenwärtige Lage, in welcher Frankreich ihm jeden gewünschten Dienst bloss auf Hoffnung hin leistet, möglichst lange auszunutzen und ihren Umschlag in die Lage nach dem Revanchekriege zu verhindern, weil ein besiegtes Frankreich ganz ausser stande wäre, ihm noch Dienste zu leisten, ein siegreiches aber hochmütig auftreten und sich jeden Dienst teurer bezahlen lassen würde. Russland selbst würde aber bei einem Kriege des Zweibundes gegen den Dreibund für einen geringfügigen Gewinn schwere Gefahr laufen, während ihm eine Menge lohnender Aufgaben und grossartiger Gewinne winken, die es weit besser und sicherer ohne solchen Krieg lösen und erringen kann, indem es einfach die wohlwollende Neutralität Deutschlands und die Dienstwilligkeit Frankreichs ausnutzt. Die gegenwärtige Konstellation ist so überaus günstig für Russland, dass die russische Diplomatie ganz verblendet sein müsste, sie aus den Händen zu geben. Eine so kluge und weitblickende Politik wie die des Vatikans kann sich wiederum auf die Dauer der Einsicht in diese offenliegende Sachlage nicht entziehen, wenn sie auch den rascher wechselnden Präsidenten und Ministern der französischen Republik durch die verblendende Gefühlspolitik ihres Rachedurstes noch länger verschleiert werden mag. Der Vatikan muss aber aus dieser Einsicht den Schluss ziehen, dass für seine Zwecke

alles darauf ankommt, noch einen andern Bundesgenossen für Frankreich zu werben.

Als dieser andere Bundesgenosse kann nur die zweite katholische Grossmacht, Österreich, in Betracht kommen, die schon im 30jährigen, 7jährigen und 1866er Kriege vom Papsttum gegen uns ausgespielt wurde. In der That hat das Papsttum nicht aufgehört, ein Bündnis zwischen Österreich und Frankreich gegen Deutschland im Auge zu behalten, seitdem es sich im Jahre 1866 zu seiner Überraschung davon hatte überzeugen müssen, dass die Kraft Österreichs im Bunde mit den süddeutschen Staaten nicht ausreichte, um Preussen niederzuwerfen. Im Jahre 1870 war ja jenes Bündnis dem Zustandekommen nahe genug, wenn nicht Napoleon III. vorzeitig losgeschlagen hätte, um nicht mit der spanischen Thronkandidatur einen ihm geeignet scheinenden Kriegsvorwand einzubüssen, und wenn nicht die Raschheit der deutschen Siege die Neigung Österreichs zur späteren Teilnahme am Kriege allzukräftig abgekühlt hätte. Seitdem hat das Zustandekommen des deutsch-österreichischen Bündnisses die Kurie genötigt, ihre Wünsche zu vertagen; aber ihre Arbeit an der Vorbereitung des künftigen französisch-österreichischen Bündnisses hat darum nicht geruht. Sie hätte sich vielleicht nicht so viel Mühe gegeben um die Vermittelung des Bündnisses zwischen Frankreich und Russland, wenn nicht die Festigkeit und Dauerhaftigkeit des deutsch-österreichischen Bündnisses ihre Geduld auf eine zu harte Probe gestellt hätte. Da nun aber das russische Bündnis allein offenbar nicht zu dem von ihr gewünschten Ziele führt, muss sie mit doppeltem Eifer die Angliederung Österreichs an dasselbe vorzubereiten suchen.

Als das deutsch-österreichische Bündnis geschlossen wurde, stand die liberale Partei in Ungarn noch auf dem Gipfel ihrer Macht, und in der westlichen Reichshälfte bildeten noch immer die Deutschen die wichtigste und einflussreichste Partei, wenn sie auch ihre Bedeutung gegen früher durch ihr kurzsichtiges Verhalten in der bosnischen Angelegenheit schwer geschädigt hatten. Die Tschechen und Südslaven waren noch ohne Einfluss, und eine

christlich-soziale Partei existierte noch nicht. Das deutschredende Judentum bildete noch einen starken Kitt des Reiches. Das hat sich alles sehr geändert. Die liberale Partei in Ungarn ist so zusammengeschrumpft, dass man bei den nächsten oder übernächsten Wahlen den Übergang der Regierung an eine feudal-klerikal-radikale Koalition zu gewärtigen hat. Die nationale Zersetzung hat in beiden Reichshälften rasche Fortschritte gemacht, die Juden verlassen mehr und mehr die Fahne des Deutschtums, um in die nationalen Parteien einzutreten; der Einzige aber, der von der allgemeinen Auflösung Nutzen zieht, ist der Klerikalismus in feudaler und radikaler Gestalt.

Der Rachedurst der Ungarn gegen Russland hat sich mehr und mehr abgekühlt und einer ruhigen Berechnung ihres politischen Vorteils Platz gemacht; ihre Sympathie für Frankreich und alles Französische ist sich gleich geblieben und nur ihr Deutschenhass und ihre Deutschenverachtung sind mächtig angeschwollen. Die Deutschen in Österreich sehen ratlos und hilflos den Boden unter ihren Füssen wanken; mehr und mehr von ihnen gehen zu den Christlich-Sozialen oder der Sozialdemokratie über und der Rest der deutsch-liberalen Partei wird immer einflussloser, indem die bewährten Führer sich kleinmütig vom politischen Leben zurückziehen. Die Einheit der Beamtensprache hat längst aufgehört, und schon sieht man den Zeitpunkt heranrücken, wo die Regierung es müde sein wird, die Einheit der Heeressprache zu verteidigen, die doch nur noch auf dem Papiere besteht.

Das deutsch-österreichische Bündnis steht gegenwärtig auf zwei Augen, auf denen des 66jährigen Kaisers, an dessen Bundestreue niemand zweifelt. Aber in seinem Lebensalter darf man nur noch mit Jahrfünften rechnen, und was ist ein Jahrfünft in der Geschichte der Völker? Wenn sein Wille dereinst zu greisenhafter Schwäche erlahmen sollte, oder ein Nachfolger seinen Thron besteigt, dann ist alles in Frage gestellt, dann kann das Papsttum daran denken, die Früchte seiner stillen Minierarbeit zu pflücken. Eine klerikal-feudal-radikale Mehrheit in den Parla-

menten beider Reichshälften würde dem Anschlusse Österreichs an das französisch-russische Bündnis keine Schwierigkeiten bereiten, sobald es dem Papsttum gelungen wäre, eine Verständigung zwischen Russland und Österreich über die politische Ordnung der Balkanhalbinsel herbeizuführen. Eine solche Verständigung erscheint aber nicht schwer, sobald Russland es für künftig aufgiebt, in Europa nach Konstantinopel vorzudringen; dieser Verzicht liegt wiederum in seinem wohlverstandenen politischen und strategischen Interesse gleichmässig begründet und es würde mit ihm nur scheinbar Österreich ein Zugeständnis machen, während es thatsächlich sich dadurch nur von einem alten verhängnisvollen Irrtum frei macht.[1]) Eine solche Verständigung zwischen Russland und Österreich ist gegenwärtig, wo Russland fernere und grössere Ziele verfolgt, viel näher gerückt als zu der Zeit, wo es zum letzten Mal für seinen verhängnisvollen Irrtum büssen musste und bitter über die vergeblichen Opfer eines blutigen Krieges grollte.

Wenn ein junger Kaiser die Geschicke Österreichs lenkte, dem die lange Erfahrung und Besonnenheit des jetzigen fehlen, der aber in klerikalen Traditionen aufgewachsen und erzogen ist, sollte es dann dem Einflusse der Kirche und aller ihrer Hilfstruppen, so schwer fallen, ihn davon zu überzeugen, dass das autokratische Russland und das katholische Frankreich würdigere Bundesgenossen für ihn seien, als das ketzerische Deutschland und das kirchenräuberische Italien? Sollten nicht noch Funken genug unter der Asche glimmen von der alten Eifersucht Österreichs gegen das vom Geschicke begünstigte Preussen, die sich von einer geschickten Hand zur Flamme anschüren liessen? Sollte der Besitz Venetiens und der Lombardei dem revolutionären Italien ganz neidlos gegönnt werden? Sollte auch in der jüngeren Generation des katholischsten Herrscherhauses der Welt jede Neigung abgestorben sein, Schlesien und die verlorene Machtstellung

1) Vgl. den Aufsatz „Russland“ in meinem Buche „Zwei Jahrzehnte deutscher Politik und die gegenwärtige Weltlage“ (Leipzig 1888) Nr. XX, S. 280—327.

in Deutschland wiederzugewinnen und dem Papste zur Rückerlangung seiner weltlichen Herrschaft behilflich zu sein?

Wenn es dem Papsttum gelingt, Frankreich, Österreich und Russland zum Angriffskriege gegen Deutschland zu vereinigen, so wird Italien sicherlich nicht den Mut haben, an dem Bündnis mit Deutschland festzuhalten, sondern sich durch Demut und Unterwürfigkeit zu retten suchen. Sollte es aber einen unerwarteten Mut beweisen, so würden ein kleines französisches und österreichisches Heer in Verbindung mit den vereinigten Mittelmeerflotten der drei Verbündeten genügen, um der klerikal radikalen Revolution in Italien zum Siege zu verhelfen. Deutschland wäre dann der erdrückenden Übermacht der drei verbündeten Heere preisgegeben. Die Rechnung scheint sehr klar: Frankreich erhält die Rheingrenze, Russland die Weichselmündung, Österreich Schlesien und den Vorsitz des neuen deutschen Bundes, in welchem Preussen durch Vergrösserung Sachsens und Wiederherstellung Hannovers zu einem Kleinstaat herabgedrückt wird. Zwar sind Deutschlands militärische Machtmittel jetzt zwanzig Mal so gross als diejenigen Preussens im siebenjährigen Kriege; aber die seiner drei Gegner sind in demselben Verhältnis gewachsen. Die Verzwanzigfachung der kämpfenden Massen rückt auch die wirtschaftliche Erschöpfung so viel näher, welche für denjenigen Staat am raschesten eintreten muss, der die grössten militärischen Anstrengungen zu machen genötigt ist.

Mit dieser Eventualität haben wir für den Anfang des nächsten Jahrhunderts zu rechnen. Es ist der Krieg auf drei Fronten ohne Bundesgenossen, auf den wir uns vorzubereiten haben, wenn es uns Ernst ist, das Errungene zu behaupten. Dass Frankreich und das Papsttum in diesem Ziele einig sind, daran kann kein Zweifel bestehen. Dass es dem letzteren früher oder später gelingen wird, Österreich für eine solche Koalition zu gewinnen, ist eine Wahrscheinlichkeit, die uns sehr unangenehm sein mag, der wir uns aber nicht scheuen dürfen, mutig in's Antlitz zu blicken. Dass auf Italien in solchem Falle kein Verlass ist, das ist so gut wie sicher. Die Frage ist nur, ob Russland für ein

solches Angriffsbündnis gegen Deutschland zu haben sein wird. Frankreich und das Papsttum geben sich der Hoffnung hin, dass Russland den offenbaren Gewinn eines solchen Zusammengehens zu schätzen wissen und das Risiko eines solchen Krieges für die Verbündeten für eben so gering erachten werde, wie sie selbst. Russland selbst könnte darin anderer Ansicht sein; d. h. es könnte den Gewinn der Weichselmündung geringer schätzen als den Verlust der deutschen Freundschaft, und die militärische Widerstandsfähigkeit Deutschlands selbst beim Kriege mit drei Fronten richtiger taxieren.

Wenn es dem Papsttum nicht gelingen sollte, Russland in den Angriffskrieg gegen Deutschland mit hineinzuziehen, dann haben wir das französisch-österreichische Bündnis nicht allzusehr zu fürchten. In diesem Falle würde sogar Italien, wenn es einigermassen klug ist, seine ganze Kraft als unser Bundesgenosse einsetzen. Deutschland und Italien stehen Frankreich und Österreich an Bevölkerung voran, an Heeresmacht quantitativ gleich; aber die qualitative Überlegenheit der Deutschen würde das Übergewicht herstellen. Eine klerikale Republik Italien von Frankreichs Gnaden würde im günstigsten Falle auf ihr jetziges Gebiet beschränkt bleiben; ein gegen Frankreich und Österreich siegreiches Königreich Italien dagegen würde alle seine berechtigten nationalen Wünsche erfüllt sehen und Nordafrika durch Überführung seines Bevölkerungsüberschusses einer neuen grossen Blütenperiode entgegenführen. Das Papsttum hat ja nichts zu riskieren, wenn es ihm gelingt, Österreich und Frankreich ohne Russland gegen Deutschland zu hetzen; aber Österreich weiss sehr wohl, dass es in einem solchen Falle seine ganze staatliche Existenz aufs Spiel setzt, und es wird sich doch wohl drei Mal besinnen, ehe es für den Gewinn Schlesiens und des Bundespräsidiums einen solchen Einsatz wagt.

Somit hängt Alles von Russland ab. Inhaltlich ist zwar die künftige europäische Politik ein Kampf zwischen dem Papsttum und dem neuen deutschen Kaisertum, formell aber stellt sie sich als ein diplomatisches Schachspiel zwischen dem Papst und dem

Zaren dar, in dem jeder den anderen zu überlisten sucht; die übrigen Mächte sind nur die Figuren auf dem Brette, die von diesen beiden Spielern geschoben werden. Der Papst sucht den Zaren für seine Zwecke zu ködern; dieser geht scheinbar darauf ein, aber nur um die ihm aufgedrängten Bündnisse für seine anderweitigen Zwecke zu verwerten. Da das Papsttum der angreifende Teil ist und Deutschland nur die Aufgabe hat, etwaige Angriffe abzuwehren, so ist letzteres zu einer passiven Rolle verurteilt, die für aktive Naturen weder angenehm noch schmeichelhaft sein mag. Wir müssen geduldig abwarten, ob die zähe und ruhige russische Diplomatie sich dem päpstlich-französischen Drängen auf die Dauer überlegen zeigen wird, können aber im Übrigen herzlich wenig thun, um unsere Aussichten günstiger zu gestalten. Wir können nur wünschen, dass der jetzige Kaiser von Österreich noch recht lange in ungeschwächter Kraft regieren und uns die Frist zur Vorbereitung verlängern möge. Wir können uns zu allen Nachbarn freundlich und gefällig zeigen und insbesondere bemüht bleiben, mit Russland gute Nachbarschaft zu halten, um ihm den Wert unserer Freundschaft gegenwärtig zu halten. Wir müssen endlich hoffen, dass auf diesem Wege für den Frieden so viel Zeit gewonnen wird, dass die französische Revanchelust zurücktritt und wichtigeren Aufgaben Platz macht, in denen wir nicht nur mit ihm, sondern auch mit Russland Hand in Hand gehen können.

Wenn die Geschichte sich so weiter entwickelt, dass der schon ein Mal in der japanischen Frage vorübergehend aufgetauchte Dreibund Russland-Deutschland-Frankreich zu einer dauernden Konstellation für die Weltpolitik wird, dann dürfen wir die Gefahr des Krieges mit drei Fronten als endgiltig überwunden ansehen. Zu dem Zwecke müsste es Russland gelingen, Frankreich klar zu machen, dass das franko-russische Bündnis für beide Teile weit vorteilhafter auszunutzen ist, als gegen Deutschland, und dass diese Ausnutzung erst dann den rechten Nachdruck gewinnen kann, wenn Deutschland als Dritter dem Bunde beitritt. Diese Wendung ist nicht eher möglich, als bis

die öffentliche Meinung in Frankreich sich durch einen mächtigen Umschwung davon überzengt, dass nicht Deutschland, sondern ein anderer Staat, der eigentliche Erbfeind nnd Nebenbuhler Frankreichs ist, und dass dieser Staat zufällig derselbe ist, gegen den das ganze Ringen Russlands gerichtet ist. Der franko-russische Zweibnnd würde dann gleichsam die Schulzeit darstellen, in welcher die öffentliche Meinung Frankreichs erzogen, von ihrer fixen Idee geheilt und zur Erkenntnis ihrer eigentlichen staatlichen Aufgabe vorbereitet und angeleitet wird.

Dentschland würde diesem Bunde schon darum beitreten müssen, um Russland seinen guten Willen und den Wert seiner Dienste zu zeigen, und um Frankreich an ein Zusammengehen mit ihm nnd womöglich an Waffenbrüderschaft mit ihm zn gewöhnen. Es würde sich aus diesen Gründen selbst dann beiden anschliessen müssen, wenn es gar keine eigenen Interessen dabei zu vertreten hätte. Es muss es doppelt, wenn derjenige Staat, gegen den Rnssland das französische Bündnis acceptiert hat, und der zugleich der eigentliche Antagonist Frankreichs ist, zugleich ihm selbst das Leben ausserhalb Europas zn erschweren und nach Möglichkeit abzuschneiden sucht. Wie Deutschland innerhalb Europas nur einen Erbfeind hat, das Papsttum, so hat es ausserhalb Europas in den vier übrigen Erdteilen einen Todfeind, das ist der Staat, der die ganze Erde, allen Kolonialbesitz nnd allen Handel für sich allein monopolisieren und keinem Anderen etwas übrig lassen möchte, am wenigsten dem zuletzt hinzugekommenen Konkurrenten. Von Jahrzehnt zu Jahrzehnt wird es wichtiger für Deutschland, dass es Kolonialbesitz erwirbt, in dem es seinen wachsenden Bevölkerungsüberschuss ansiedeln kann, ohne ihn an englisch redende Staaten zu verlieren. Gerade das aber sucht uns die englische Weltmachtstellnng unmöglich zn machen, um, wie bisher, so anch ferner, sich selbst durch unseren Kraftüberschuss zu stärken. Wie das Papsttum nns die staatliche Existenz überhaupt missgönnt, so England nns die in den übrigen vier Erdteilen.

Wenn die europäische Politik letzten Endes eine diplomatische

Partie zu Zweien zwischen dem Papst und dem Zaren ist, so ist die aussereuropäische Weltpolitik zuletzt ein Kampf Europas gegen England. Je mehr die ganze Erde in den gemeinsamen Lebensstrom der Menschheit hineingezogen wird, destomehr verliert die innereuropäische Politik relativ an Bedeutung und muss hinter die Weltpolitik zurücktreten. Destomehr muss aber auch die Schachpartie Papst contra Zar an Wichtigkeit einbüssen gegen das Ringen Europas gegen die englische Weltstellung. England ist zwar in der europäischen Politik eine zu vernachlässigende Grösse, machtloser als ein Kleinstaat[1]), aber in der Weltpolitik der vier übrigen Erdteile ist es bisher unbestritten die erste Grossmacht, die in Australien und Afrika keine ebenbürtigen Konkurrenten hat, in Asien aber an Rnssland, in Amerika an den Vereinigten Staaten eine weltpolitische Grossmacht als Gegner auf dem Plan findet,

Schon um die Wende des vorigen Jahrhunderts ist diese Aufgabe vom französischen Direktorium und Napoleon I. deutlich erkannt worden; aber die Zeit war noch nicht reif für die Verbreitung dieser Einsicht über die anderen Staaten. An dem Versuche, Europa mit Gewalt zum Kampfe gegen England zusammenzuschweissen, erlahmte die Kraft des Korsen, und England ging aus diesem gewaltigen Ringen als Sieger hervor. Dieses eine Jahrhundert hat genügt, um die Gedankenkeime des französischen Direktoriums und Napoleons I. spriessen zu lassen. Wir stehen zum zweiten Male vor dem Versuche, die Kraft Europas, oder doch seiner drei massgebenden Grossmächte, gegen England zusammenznfassen, diesmal aber unter Leitung der stärksten europäischen Grossmacht, Russlands, zugleich der einzigen europäischen Grossmacht ausser England, die auch noch in einem anderen Erdteil eine Grossmacht darstellt.

Noch befindet sich diese Aktion in ihren ersten Vorstadien. Solange England am Freihandelssystem festhält, ist für Europa die Sache nicht eilig. Aber die Zeit ist nicht mehr ferne, wo

1) Vgl. meinen Anfsatz: „England“ a. a. O. Nr. XXII, S. 341—401.

England am Freihandel nicht mehr festhalten **kann**, wenn es nicht von deutscher, russischer und japanischer Konkurrenz erdrückt werden will. Dann muss es wohl oder übel im Interesse seiner Selbsterhaltung den Versuch machen, aus dem Mutterlande und seinen Kolonien ein nach innen offenes, gegen aussen geschlossenes Zollgebiet zu machen. Dann ist aber auch der Zeitpunkt da, wo Europa im Interesse seiner wirtschaftlichen Selbsterhaltung sich gegen England zusammenthun **muss**, und dann erst wird der neue Dreibund seine Feuerprobe zu bestehen haben. Bis dahin mag er von Fall zu Fall in aussereuropäischen Fragen seine Teilnehmer gegen englische Vergewaltigung und Übervorteilung schützen.

Wenn dieses Ziel der russischen Politik, die Führung Europas im Kampfe gegen England, richtig erkannt ist, dann hat es keine Not mit den päpstlichen Intriguen zur Gründung des Dreibundes gegen Deutschland. Russland weiss dann ganz genau, dass die Weltpolitik für seine Zukunft ungleich wichtiger ist als die europäische, und dass es für die erstere Deutschland zum Freunde und nicht zum Feinde braucht. So mögen wir denn ruhig schlafen, ohne Furcht, sobald in einen Krieg mit drei Fronten verwickelt zu werden, wenn nur die hier angenommenen Voraussetzungen: die Interessensolidarität Europas gegen England in der Weltpolitik und die Klarheit der russischen Diplomatie über ihre Führerstellung in der Weltpolitik gegen England, beide richtig sind. Zweierlei aber dürfen wir darum nicht versäumen: in erster Reihe unser Landheer auch für die schlimmste Eventualität in Stand zu halten, damit wir aus ihr, wenn auch geschwächt, so doch mit Ehren und ohne Gebietsverlust hervorgehen, falls sie uns nicht erspart bleibt; in zweiter Reihe unsere Flotte darauf vorzubereiten, dass sie ein geschätzter und gesuchter Bundesgenosse in dem für die künftige Weltpolitik entscheidenden Kampfe Europas gegen England werde.

II. Der Neutralitätsvertrag mit Russland.

(Dezember 1896).

Die sogenannte Bismarckpresse macht es der deutschen Reichsregierung zum schweren Vorwurf, dass der Neutralitätsvertrag mit Russland im Jahre 1890 nicht erneuert worden, sondern statt dessen eine Annäherung an England erfolgt ist. Die antibismarcksche Presse behauptet dagegen, dass der Neutralitätsvertrag offenbar schädlich gewirkt habe, weil während seines Bestehens die Beziehungen zu Russland sich bis zur Gefahr des Kriegsausbruchs zugespitzt, nach seiner Aufhebung aber sich wieder freundlich gestaltet haben. Die Reichsregierung musste sich mit unbestimmten Andeutungen und geschicktem Lavieren begnügen, um keine Macht zu verletzen. Die Bismarckpresse hat nichts gethan, um die von ihren Gegnern hervorgehobenen Paradoxien aufzuklären.

Im Jahre 1884 befand sich Russland in durchaus freundschaftlichem Verhältnis zu Österreich, aber in so gespanntem zu England, dass ein Kriegsausbruch von beiden Teilen in Aussicht genommen war. Für diesen Fall suchte Russland die Rückendeckung der deutschen Neutralität, und es hat seinen Zweck damit erreicht. England wagte nicht den russischen Vorstoss in Zentralasien zu hemmen. Deutschland that damals recht, den Vertrag einzugehen, obwohl es keinen andern Vorteil dadurch erlangte als die Rückendeckung der russischen Neutralität im Fall eines einseitigen, von Russland nicht im voraus gebilligten, französischen Angriffs. In Frankreich war nämlich damals die Neigung zur einseitigen Wiederaufnahme des Krieges von 1870 im Wachsen und es kam alles darauf an, dass Russland veranlasst wurde, den Franzosen klar zu machen, dass sie in solchem Falle

schlechterdings nicht auf russische Hilfe zu rechnen hätten. Der Neutralitätsvertrag musste offenbar Russlands Interesse daran erhöhen, die Franzosen von einem Angriff abzuhalten, weil ein zweites Duell Frankreich für lange Zeit bündnisunfähig gemacht hätte. Deutschland wünschte die Erhaltung des Friedens, nicht weil es den Ausgang eines solchen Duells fürchtete, sondern weil es einen Krieg ohne entsprechenden Siegespreis scheuen musste.

Im Jahre 1887 stand Russland mit England auf ziemlich gutem, mit Österreich aber auf gespanntem Fusse wegen des Umschwunges, der in Bulgarien eingetreten war. Russland wusste wohl, dass wir mit oder ohne Neutralitätsvertrag neutral bleiben würden, so lange russische und österreichische Truppen bloss auf dem ausserösterreichischen Boden der Balkanhalbinsel miteinander in Konflikt kämen, dass wir aber auch trotz Neutralitätsvertrages Österreich beistehen würden, falls Russland den Kriegsschauplatz nach Österreich selbst verlegte. Einen isolierten Angriff Österreichs auf russisches Gebiet hätte das ungleich stärkere Russland in grösster Seelenruhe mit ansehen können, er lag aber auch ganz ausser dem Bereich der Wahrscheinlichkeit. Ein dringendes Interesse zur Erneuerung der Verlängerung des Neutralitätsvertrages lag also für Russland nicht vor, aber auch kein Grund, dieselbe abzulehnen. Denn der Vertrag liess ihm völlig freie Hand im Schliessen anderweitiger Bündnisse und gab schlimmsten Falls einen scheinbaren Rechtstitel ab, um Deutschland öffentlich der Vertragsverletzung anzuklagen, falls sich aus einem Konflikt mit Österreich auch ein solcher mit Deutschland entsponnen hätte. — Für Deutschland selbst war die Sachlage dieselbe wie im Jahre 1884, nur dass das Auftreten Boulangers die Aussicht auf einen zwecklosen Krieg mit Frankreich noch näher gerückt hatte. Kein Wunder, dass Bismarck damals die Verlängerung des Neutralitätsvertrages dringend wünschte, zumal er die heraufziehende Verschlechterung der Beziehungen zu Russland nicht voraussehen konnte.

Im Jahre 1890, als abermals die Verlängerung des Vertrages in Frage stand, hatte Russland sich schmollend auf das Abwarten

nnd die Pflege seiner inneren Kräfte gelegt, nnd war dabei den französischen Bündniswerbungen näher getreten. Seine Absicht ging jetzt offenbar dahin, die Lösung der Balkanfragen durch einen Krieg gegen Österreich und Deutschland im Bunde mit Frankreich dnrchznführen, die Bestimmung des Zeitpunktes für diesen Krieg aber ausschliesslich in seiner eigenen Hand zu behalten. Der Neutralitätsvertrag hinderte es nicht, zu jedem beliebigen Augenblick an Deutschland den Krieg zu erklären nnd von dieser Absicht Frankreich vorher so zu verständigen, dass dieses seine Kriegserklärung gleichzeitig oder eine Stunde später in Berlin überreichen lassen konnte. Aber er konnte ihm als eine Bürgschaft dafür dienen, dass ihm Überraschungen und Zwischenfälle erspart blieben, die es zu unzeitigem Losschlagen gezwungen hätten. Wenn Russland sich erst ein wenig sperrte und zierte, so war das teils eine Nachwirkung der inzwischen eingetretenen Verstimmung, teils Berechnnng, um einem Zngeständnis Wichtigkeit beizumessen, das gar keines mehr war.

Für Deutschland war die Sachlage im Jahre 1890 wesentlich verändert. Die Boulangiade war zwar abgethan, aber die französische Heeresverstärkung war gesetzlich eingeführt, durch welche binnen wenigen Jahren die französische Wehrkraft der deutschen an Zahl überlegen werden musste, wenn Deutschland nicht ebenfalls zn einer entsprechenden Heeresverstärkung schritt. Diese aber war praktisch durchführbar nur in Verbindung mit der zweijährigen Dienstzeit, und die zweijährige Dienstzeit scheute Bismarck als ein gefährliches Experiment, ebenso wie der alte Kaiser sie gescheut hatte. Der russische Neutralitätsvertrag musste ihm nun als eine Rückendeckung erscheinen, die ausreichte, nm sich mit einem an Quantität unterlegenen, wenn auch an Güte überlegenen Heere zu begnügen und die daraus herzuleitenden Bedenken zn beschwichtigen.

In der That reichte ja dieses Heer für ein Duell mit Frankreich aus, aber nicht für einen Krieg Deutschlands und Österreichs gegen Frankreih und Russland. Das eingestandene Bedürfnis einer Rückendeckung durch den Neutralitätsvertrag hatte

die russischen Ansprüche ins Unerträgliche gesteigert und uns Russland gegenüber in eine demütigende nnd Deutschlands nicht würdige Lage gebracht. Diese wenig erfreuliche Selbstbescheidnng hatte uns aber eben so wenig wie der Neutralitätsvertrag vor einer Spannung der Beziehungen zu Rnssland schützen können, die einer kriegerischen Verwickelung nahe kam. Ein einseitiger Angriff Frankreichs war nach der Beseitigung Bonlangers für die nächsten Jahre nicht zn befürchten, da die Franzosen doch erst das Wirksamwerden ihrer Heeresorganisation abwarten mussten, wenn sie sich nicht nm deren Früchte bringen wollten. Die Annäherung an England hatte schon Bismarck für den schlimmsten Fall eines enropäischen Krieges gesncht nnd so weit gefunden, dass England eingestandenermassen mit seinen Interessen auf der Seite des Dreibundes stand. Die etwaige Verlängerung des Neutralitätsvertrags war von seiten Russlands jetzt nnr noch eine nichtssagende Form, eine wertlose diplomatische Komödie, wie sie es eigentlich schon im Jahre 1887 gewesen war. Für Deutschland bedentete sie nicht mehr und nicht weniger als eine verbindliche Form, das Fortspinnen eines Fadens der historischen Tradition, von dem man hoffen konnte, dass aus ihm sich später einmal unter günstigeren Verhältnissen wieder ein festeres Band werde weben lassen.

Unter solchen Umständen musste die Verlängerung oder Nichtverlängernng des Nentralitätsvertrages als etwas Unwesentliches, als eine ziemlich gleichgiltige Formalität erscheinen. Es kam nur darauf an, ob die fortdauernde diplomatische Verbindlichkeit gegen das unfreundliche Russland oder der stolze Verzicht anf sein Neutralitätsversprechen für den Fall eines nnprovozierten Zweikampfes mit Frankreich mehr Anssichten bot, die Beziehnngen zu Russland wieder freundlicher zu gestalten. Thatsächlich hat Russland sich nns wieder genähert, nachdem wir ihm gezeigt hatten, dass wir uns stark genug fühlten, sein Neutralitätsversprechen entbehren zn können. Aber es wäre ganz irrtümlich, die Nichtverlängerung des Nentralitätsvertrages als Ursache der Annäherung anzusehen, oder zu meinen, dass diese Annähe-

rung unterblieben wäre, wenn der Neutralitätsvertrag verlängert wäre. Denn der alleinige Grund für diese Annäherung ist der wieder hervorgetretene Gegensatz Russlands zu England infolge der Verlegung des Schwerpunktes der auswärtigen russischen Politik nach Ostasien, und diese ist ganz ausschliesslich durch den japanisch-chinesischen Krieg herbeigeführt. Wie die russische Kriegsgefahr am Ende der achtziger Jahre durch den bulgarischen Staatsstreich über uns verhängt worden ist, so verdanken wir die russische Wiederannäherung der kriegerischen Erhebung Japans, durch welche die über Europa lagernden Nebel blitzartig zerteilt worden sind.

Ob also der Neutralitätsvertrag mit Russland im Jahre 1890 auf sechs Jahre erneuert worden wäre, das wäre, wie man jetzt rückblickend sagen kann, in Bezug auf die auswärtige Politik dieser sechs Jahre ohne Einfluss gewesen. Das Bündnis mit Frankreich zu befestigen war für Russland so wie so eine gebieterische Notwendigkeit, teils weil es eine zuverlässige Stütze für seine Anleihebedürfnisse, teils weil es die stärkste Seemacht als Helfer gegen England brauchte. Die französisch-russische Intimität mag durch die Nichtverlängerung des Neutralitätsvertrags ein wenig beschleunigt worden sein, wäre aber jedenfalls auch trotz der Verlängerung zustande gekommen und würde auch jetzt durch seine Wiedererneuerung nicht vermindert werden. In einer Hinsicht aber hätte damals seine Verlängerung geradezu unheilvoll gewirkt, wir hätten nämlich die Heeresverstärkung mit der zweijährigen Dienstzeit nicht erhalten, und Frankreich wäre uns heute schon militärisch weit überlegen. Deswegen ist es als ein grosses Glück für Deutschland anzusehen, dass die Verlängerung nicht erfolgt, und dass Fürst Bismarck als der mächtigste Gegner der zweijährigen Dienstzeit rechtzeitig in den Ruhestand versetzt worden ist. Durch die Heeresverstärkung sind wir nun Frankreich nicht bloss wie bisher qualitativ, sondern auch quantitativ so überlegen, dass der Gedanke an einen isolierten Angriffskrieg in Frankreich mehr und mehr im Schwinden ist, und wir zu seiner Verhinderung des

rnssischen Neutralitätsvertrages gar nicht einmal mehr bedürfen. Gegen die Heeresreform verschwindet an Wichtigkeit alles, was in diesen sechs Jahren zustande gekommen oder gescheitert ist, mit Ausnahme des vom Regierungswechsel nnberührten bürgerlichen Gesetzbuches.

Nachdem nun die freundlichen Beziehungen zu Russland wiederhergestellt sind, steht übrigens nichts im Wege, neue Verträge mit ihm abzuschliessen, falls solche von russischer Seite nachgesncht werden. Wünschenswert wäre dann nur, dass solche neue Verträge gleich sämtliche Dreibundstaaten umfassen, wie es ja vielleicht auch mit den früheren der Fall war. Das Bündnis mit Russland muss für jede deutsche Regierung das höchste der in der auswärtigen Politik zu erstrebenden Ziele sein; die Frage ist nur, ob man diesem Ziele dadurch näher kommt, dass man das freundwillige Entgegenkommen Rnsslands ruhig abwartet — oder dadurch, dass man auf formelle Verträge Wert legt, hinter denen keine entsprechende Gesinnung steht.

III. England und Deutschland.
(April 1896).

1. Die englische Stimmung gegen Deutschland.

1. Deutschland will nicht länger Englands Geschäfte auf dem Festland besorgen, wie es im spanischen Erbfolgekriege, im siebenjährigen Kriege und in den Napoleonischen Kriegen gethan hat. Da England schwerlich eine andere Macht finden wird, die sich seinen Interessen dienstbar macht, und da es selber immer unfähiger geworden ist, in kontinentale europäische Verwickelungen wirksam einzugreifen, so ist das für England so unangenehm, dass es immer wieder versucht, uns vor seinen Interessenwagen zu spannen und durch jeden neuen Misserfolg verdriesslicher wird. Daher das stete Schwanken der englischen Presse zwischen Lockrufen und Strafpredigten an die Adresse Deutschlands.

2. Der arme Verwandte, auf den man sich solange Zeit gewöhnt hat, mitleidig hinabzublicken, nimmt sich heraus, zu gern gegönnten Ehren auch eine Machtstellung, ja sogar wachsende Wohlhabenheit zu erringen. Man soll aufhören, ihn als quantité négligeable zu betrachten, und sieht sich genötigt, ihm eine gewisse Achtung zu bewilligen, die man früher berechtigt war, ihm zu versagen. Ein solcher Übergang ist nicht dazu angethan, angenehme Gefühle zu erwecken; das Peinliche dieses Umlernens wird allzuleicht auf den Urheber des Umschwunges zurückprojiziert.

3. Alle herrenlosen Länder der Erde hat England sich gewöhnt als eine ihm allein vorbehaltene Interessenphäre zu betrachten, abgesehen davon, dass es auf Frankreich und Russland an einigen Punkten gewisse Rücksicht nehmen musste, die aber als Handelskonkurrenten kaum in betracht kamen. Nun kam

aber Deutschland und forderte von dem noch unverteilten Rest der Erde ein Stückchen. Das musste notwendig den Engländern als eine unerhörte Anmassung und als eine direkte Feindseligkeit gegen England erscheinen. Niemals ist Deutschland so unvernünftig gewesen, etwas für sich zu verlangen, worauf England schon die Hand gelegt hatte. Aber für die englische Auffassung verschwand der Unterschied zwischen den bereits von England mit Beschlag belegten und den noch herrenlosen Gegenden, weil sie sich gewöhnt hatte, alles noch nicht von anderen Mächten okkupierte Gebiet als englische Zuknnftskolonien zu betrachten.

4. Der deutsche Wettbewerb in Handel und Indnstrie beunruhigte die Engländer, weil die deutsche Warenbewegung schneller znnahm als die englische nnd selbst das „made in Germany"-Gesetz zu einer Förderung des deutschen Absatzes geführt hatte. Der grosse Fabrikant und Kaufmann betrachtet selten den benachbarten kleineren Konkurrenten mit freundlichen Gefühlen, wenn er sieht, dass dieser schneller vorankommt als er selbst.

5. Der aus allen diesen Gründen aufgespeicherte Unmnt kam zum Ausbruch, als zu dem englischen Ärger über den Misserfolg des Jameson'schen Einfalles noch die Glückwunschdepesche des dentschen Kaisers an den Präsidenten Krüger hinzukam. Denn die Engländer lasen aus ihr den spöttischen Triumph Deutschlands über das abermalige Mifslingen der schon mehrfach versnchten Aufsaugung der Burenrepublik durch die englische Kolonialpolitik heraus.

2. Die deutsche Stimmung gegen England.

1. England hat sich in der Geschichte weder als wohlwollender Nachbar noch als zuverlässiger Bundesgenosse erwiesen. Nach dem spanischen Erbfolgekriege musste Deutschland das zurückeroberte Elsass wieder an Frankreich ausliefern, weil es von England im Stich gelassen wnrde; ebenso nach dem Sturze Napoleon's, weil England die Ansprüche des französischen Königtnms nnterstützte. Im Jahre 1870 schenkte England wohl der deutschen Abwehr des französischen Angriffes seine Sympathie; aber

nach Sedan schlug die Stimmnng nm, als Deutschland die kleinste territoriale Abrundung des vorspringenden Winkels bei Weissenburg forderte. Und als gar am Ende eines nnerhört glücklichen Krieges die Rückgabe des Elsass verlangt wurde, da führte die Missgunst das englische Volk zn beinahe feindseliger Gesinnung gegen Deutschland nnd zu zärtlichem Mitgefühl mit dem Besiegten. Die Prenssen besonders haben nie vergessen, wie Friedrich der Grosse im siebenjährigen Kriege von England schmählich im Stich gelassen wurde, nnd dass es englische Handelseifersncht war, was auf dem Wiener Kongress verhinderte, dass der Messplatz Leipzig preussisch wurde. Kein Wunder, dass man nach solchen Erfahrungen von England keine Thaten politischen Wohlwollens erwartet, und dass man zn einem Bündniss mit England, falls ein solches von englischer Seite angeboten werden sollte, kein rechtes Vertranen hat.

2. Die englische Politik dreht sich seit etwa einem halben Jahrhnndert um den Gegensatz zu Russland wie früher nm den zu Frankreich. Seit 1870 kann es auf keine anderen Verbündeten gegen Russland mehr rechnen als Deutschland und Österreich, von denen letzteres allein militärisch zu schwach ist, um einen Krieg mit Russland aufznnehmen. Die Deutschen wissen ganz genau, dass England nichts so glühend ersehnt, als einen gewaltigen Krieg zwischen Deutschland und Russland, der für ein Menschenalter Russland lahm legen nnd für ebenso lange der englischen Politik das verlorene Übergewicht in Asien zurückgeben würde. Dentschland muss deshalb anf der Hut sein gegen englische Einfädelnngen, die darauf hinauslaufen, es wider Willen in einen mörderischen und zwecklosen Krieg mit der stärksten enropäischen Grossmacht hinein zn treiben. Deutschland wünscht mit seinem östlichen Nachbar in Friede nnd Freundschaft zu leben nnd mnss einer Macht misstrauen, deren Lebensinteresse es ist, die dentschen Machtmittel gegen Rnssland auszuspielen. Deutschland muss gegen englische Intriguen und Lockungen doppelt auf der Hut sein, solange Frankreich nur darauf lauert, ihm in den Rücken zn fallen, und Österreich und Italien noch zu keiner ihrer Ein-

wohnerzahl entsprechenden militärischen Machtentfaltung gelangt sind. Wir segnen in diesem Sinne das Schicksal, das die Regierung Wilhelm's II. fast unmittelbar an die Wilhelm's I. angeknüpft und uns dadurch vor der Gefahr sicher gestellt hat, noch einmal die Geschäfte Englands auf unsere Kosten besorgen zu müssen.

3. Es ist nicht angenehm für einen ohne seine Schuld Verarmten, von seinem reichen Vetter mit einem Gemisch von Mitleid und Geringschätzung betrachtet zu werden; es verbessert aber auch nicht seine Stimmnng gegen den reichen Vetter, wenn seine erfolgreichen Bemühungen, wieder in die Höhe zu kommen, in jenem zwar Missgunst erwecken, aber nicht dazu führen, ihm die Achtung wie vor seinesgleichen abzunötigen. Niemand hat es gern, wenn ihm die einfache Ausübung seiner natürlichen Rechte als Anmassung ausgelegt nnd er immer noch als unbeträchtlicher Emporkömmling zurückgesetzt und wie ein Anfänger nnd Neuling schulmeisterlich zurecht gewiesen wird, nachdem er seine Tüchtigkeit durch Erfolge erwiesen hat.

4. Seitdem ein Viertel des deutschen Volkes für seine Ernährung auf Einfuhr und deren Bezahlung dnrch ausgeführte Waren angewiesen ist, kann es den auswärtigen Markt eben so wenig entbehren wie das englische, bei dem allerdings mehr als die Hälfte auf Ernährung durch Einfuhr gestellt ist. Es ist also Handel und Ansfuhrindustrie für Deutschland wie für England nicht mehr eine Sache der Liebhaberei, sondern der bitteren Notwendigkeit, während Russland und Frankreich ihre Völker auch ohne Einfuhr und Ausfuhr ernähren können. Wer unserer Ausfuhr nnd Einfuhr Hindernisse in den Weg legt, der rührt an unsere Lebensgrundlagen und stellt sich damit als unseren Feind dar. Die englische Regierung hat das bisher nicht gethan, aber die englische Presse hat uns in dieser Hinsicht eine Gesinnung verraten, welche die schlimmsten Befürchtungen erwecken muss. Das deutsche Volk wird dadurch zu dem Verdacht gebracht, dass die englische Regierung bei der nächsten politischen Verwickelung von ihrem eigenen Volke dahin gedrängt werden könnte, dem

deutschen Handel und der deutschen Ausfuhrindustrie durch einen Gewaltstreich das Lebenslicht auszublasen, um sich diesen unbequemsten aller Konkurrenten vom Halse zu schaffen.

5. Der englische Kolonialbesitz umfasst alle vorteilhaftesten Objekte handelspolitischer Ausnutzung; England hat wie der Löwe das Fleisch der Beute an sich gerissen und bloss die Knochen übrig gelassen. Da liess Deutschland sich das Gelüste beikommen, nach ein paar solcher Knochen zu schnappen, von denen es schwerlich satt werden dürfte. Je zweifelhafter der Wert des von uns Begehrten war, desto grösser war der Unwille, als selbst diese mageren Abfälle uns von England missgönnt wurden. Man empfand dies als die ungrossmütige Gier des Überreichen, der dem Besitzlosen wehren will, sich dasjenige anzueignen, was er von herrenlosem Abhub und Nachlese des Aufhebens wert erachtet hat. Man empfand den englischen Widerstand um so bitterer als man sich sagte, dass England jeden Kleinstaat mit bereits bestehendem Kolonialbesitze in solchem Falle rücksichtsvoller behandelt haben würde als die kontinentale Grossmacht Deutschland, der das Streben nach dem kleinsten Fetzen Kolonialbesitz von England als eine unerhörte und unverschämte Anmassung angerechnet wurde.

6. Als Jameson in Transvaal einfiel, sah darin kein Deutscher etwas anderes, als einen insgeheim von der englischen Regierung patronisierten Handstreich, den diese im Falle des Misslingens wollte desavouieren können, den sie aber im Falle des Gelingens zur Abrundung des südafrikanischen englischen Reiches bestens zu fruktifizieren bereit war. Die Vorgänge in der Untersuchungskommission haben die deutsche öffentliche Meinung in dieser Auffassung nur bestätigt. Nun verbindet aber die Reichsdeutschen mit den Niederdeutschen in Holland und Belgien eine lebhafte nationale Sympathie, obschon dieselbe von den Holländern aus einer ganz unmotivierten Furcht vor Annexion nicht geteilt wird. Den neuen heimtückischen Versuch einer englischen Vergewaltigung ihrer Stammesbrüder empfand die deutsche Nation wie einen „Schlag ins Gesicht“, und der Kaiser gab nur dem allgemeinen

nationalen Gefühl Ausdruck, wenn er den Präsidenten von Transvaal zu der Abwehr des Überfalles beglückwünschte. Da die englische Regierung offiziell das Unternehmen desavouierte, so konnte sie sich nicht von diesem Glückwunsch verletzt fühlen, eben so wenig konnte es ein Engländer, der die offizielle Verleugnung gelten liess. Indem das englische Volk den Glückwunsch auch seinerseits als „Schlag ins Gesicht“ empfand und darüber aufschrie, gestand es ein, dass die Ableugnung der Regierung blosse Form war, und dass es das Unternehmen als seine nationale That anerkannte. Dann hätte es aber auch zugeben müssen, dass der Schlag mit einem unanfechtbar korrekten und loyalen Worte nur die Antwort auf den von ihm geführten Schlag durch eine völkerrechtlich sehr anfechtbare und illoyale That war.

3. Die Aussichten für die Zukunft.

1. Die Gründe für die deutsche Verstimmung gegen England sind von englischer Seite leicht zu beseitigen. England möge sich an den Gedanken gewöhnen, dass Deutschland einen Teil der im dreissigjährigen Krieg erlittenen Einbusse bereits wett gemacht hat und einen andern Teil sich bemüht, in Zukunft einzubringen, dass es politisch und wirtschaftlich mündig geworden ist und als solches behandelt zu werden beanspruchen darf, dass es aber weder gewillt noch verpflichtet ist, Englands Interesse zu dienen, am wenigsten gegen Russland, sondern seine Politik nach seinem eigenen Interesse einzurichten das Recht hat. England möge aufhören, jeden loyalen Fortschritt des deutschen Handels und Gewerbefleisses mit Neid und Verdruss zu betrachten, die ganze noch unverteilte Erde als sein angestammtes Erbe anzusehen und freie deutsche Bauernstaaten mit Gewalt und List seiner Herrschaft unterwerfen zu wollen. Sollte eine Zeit kommen, wo die Mehrheit jener Staaten englisch redet, so wird die ersehnte Herrschaft England von selbst als reife Frucht in den Schoss fallen.

2. Die Gründe der englischen Verstimmung gegen Deutschland können von deutscher Seite nur dadurch beseitigt werden,

dass das deutsche Volk auf loyalen Wettbewerb zn weiterer Ausbreitnng seines Handels nnd auf jeden Kolonialbesitz verzichtet sich nm der schönen Augen Englands willen mit Russland verfeindet, es in der Ordnung findet, dass England weitere offizielle und nichtoffizielle Eroberungskriege gegen Transvaal führt und die schulmeisterlichen Belehrnngen der englischen Presse ohne Widerspruch zu Herzen nimmt. Da dies schwerlich geschehen wird, so bleibt nur die Hoffnnng übrig, dass das englische Volk sich davon überzengt, wie wenig die Gründe seiner Missstimmnng gegen Deutschland der Billigkeit gemäss sind.

3. Ein Schntz- und Trutzbündnis für den Kriegsfall ist für beide Staaten gleich wenig Bedürfnis. Gegen einen Angriff des Zweibunds kann England sich zur See und Deutschland sich zu Lande auch ohne Hülfe des andern Teils genügend wehren. So wenig England ein Bündnis mit Deutschland wünscht, ebensowenig Deutschland ein solches mit England, dessen Hilfe es im Kriegsfall mit seinen Nachbarn nnr äusserst geringen Wert beimessen könnte, und zu dessen Bundestrene ihm nach den Lehren der Vergangenheit das Vertrauen fehlt.[1]) Nur ein kleiner Teil der doktrinärliberalen Presse, der auf Volk und Regierung gleich wenig Einfluss hat, denkt an ein Bündnis mit England. Es ist ein sonderbarer Irrtum, wenn man in England sich einbildet, das deutsche Volk ersehne ein Bündnis mit England und sei verstimmt darüber, dass dieses Sehnen von England nicht erfüllt werde. Seit dem japanischen Kriege gilt hier ohnehin jede Gefahr eines Krieges zwischen Dreibnnd und Zweibund als beseitigt.

4. Zwischen dem wohlverstandenen Interesse der englischen Politik nnd dem der deutschen besteht keinerlei Kollision, aber in einem äusserst wichtigen Punkte Übereinstimmung. Ein feindlicher Gegensatz könnte nur durch eine unbillige und masslose Überspannnng der englischen Ansprüche bis zur Forderung

1) Vergl. mein Buch „Zwei Jahrzehnte deutscher Politik“ Leipzig, Haacke, Nr. XXII „England“. 1. Englands politisches Interesse; 2. Der Wert der englischen Bundesgenossenschaft; a. Englands Stimmung gegen Deutschland und seine Bundestreue; b. England als Landmacht; c. England als Seemacht; d. die englische Finanzmacht; e. politische Erwägnngen. S. 341—401.

maritimer, kolonialer und kommerzieller Alleinherrschaft hervorgerufen werden. Ein diplomatisches und maritimes Zusammenwirken ist dagegen überall da geboten, wo der freie Wettbewerb im überseeischen Handel durch einseitige prohibitionistische Massregeln in Frage gestellt wird. Beide Staaten haben also keinen Grund zur Gegnerschaft, destomehr aber zu freundschaftlichem Hand in Hand gehen. Möge der in China damit gemachte Anfang eine gute Vorbedeutung für die Zukunft sein!

5. Für beide Staaten ist es das dringendste Lebensinteresse, dass bei einem Kriege mit seinen gefährlichsten Gegnern der andere Teil wohlwollende Neutralität bewahre und sich nicht etwa zu seinen Feinden schlage. Wenn England uns, während wir mit dem Zweibunde im Kriege lägen, die Zufuhr zur See abschnitte, so würde unsere Widerstandsfähigkeit durch Nahrungsmangel nach spätestens 1½ Jahren gebrochen sein. England ist im Seekriege dem Zweibund gewachsen, so lange es im Stande ist, ebensoviel Schiffe wie Russland und Frankreich zusammen nicht nur zu bauen, sondern auch zu bemannen. Wenn aber Deutschland sich mit dem Zweibund zum maritimen Dreibund zusammenschliesst, dann wird das maritime Gleichgewicht zu Ungunsten Englands verschoben. Der Zweibund ist zwar von Frankreich gegen Deutschland geplant, von Russland aber lediglich als Bund gegen England geschlossen worden, und jeder weiss, dass es Russlands Wille allein ist, der die Zweibundspolitik bestimmt. Wenn Russland die Stunde für den Entscheidungskampf mit England gekommen glaubt, wird es sicher um Deutschlands Hülfe werben, um England in Indien und in Europa zugleich tötlich zu treffen. Russland wird schwerlich einen Angriff auf Indien eröffnen, so lange es nicht gleichzeitig den Seekrieg gegen England in Europa aufnehmen kann, und es wird England nicht zur See angreifen, so lange es mit seinen Vorbereitungen zu dem Angriff auf Indien noch nicht ganz fertig ist. Wenn es aber mit beiderlei Vorbereitungen am Ende ist, wird es England seine Bedingungen diktieren oder die Entscheidung mit Gewalt herbeiführen. Diese Entscheidung ist für Russland bloss ein Kampf

um die Herrschaft in Asien, für England aber zugleich ein Kampf um seine politische und wirtschaftliche Existenz überhaupt. Im Hinblick auf diesen Fall dürfte England im eigensten Interesse wohlthun, sein Verhalten gegen Deutschland so einzurichten, dass es die Neutralität der Beteiligung am Kampfe vorzieht. Englands Sicherheit liegt genau ebenso in der Neutralität Deutschlands bei einem europäischen Seekriege, wie Deutschlands Sicherheit in der Neutralität Englands bei einem europäischen Landkriege. Die Behauptung, dass Deutschlands Neutralität das Zünglein an der Waage des maritimen europäischen Gleichgewichts ist, oder doch im Begriff steht, es demnächst zu werden, dürfte vorläufig dem englischen Volke noch als eine lächerliche deutsche Überhebung erscheinen. Vielleicht aber wird die zukünftige Weltstellung Englands mit davon abhängen, ob es diese Thatsache rechtzeitig erkennen und würdigen lernt.

IV. Ein Rückblick auf das alte Jahrhundert.

(Januar 1899).

Das Jahrhundert naht seinem Ende und fordert zu einem Rückblick heraus. Vor hundert Jahren war Alles in Gährung, aber man hatte Ideale, an die man glaubte: parlamentarische Regierungsform, republikanische Staatsverfassung und Demokratie als unfehlbare Medizinen zur allgemeinen Befreiung und Beglückung der Völker und zur Herstellung des ewigen Friedens. Was ist von diesen Idealen der Aufklärungs- und Revolutionszeit heute noch lebendig geblieben?

Dass die Freiheit des Volkes in der parlamentarischen Regierungsform gewährleistet sei, glaubt man schon lange nicht mehr. Dieses Jahrhundert hat gezeigt, dass die Misswirtschaft, Willkür, Kliquenherrschaft und Korruption der Parlamente noch schlimmer sein kann, als die einer bureaukratischen Verwaltung, und dass sie, einmal eingerissen, noch weit schwerer auszurotten ist. Die Anwendung des Parlamentarismus auf verschiedene neu gebildete Staaten (Belgien, Griechenland, Italien, Rumänien, Serbien, Bulgarien) hat die Schattenseiten des Systems recht klar gelegt. In Österreich, wo die Deutschen vor fünfzig Jahren eine Revolution gemacht haben, um ein Parlament zu erlangen, sind sie jetzt nahezu genötigt, eine zweite zu machen, um es wieder los zu werden. Wo das Wahlgesetz nnd seine Handhabung derart sind, dass die jeweilige Regierung bei den Parlamentswahlen einer Mehrheit sicher ist, wie in Spanien, Ungarn, Serbien, da wird der Parlamentarismus zum Hohn der Volksfreiheit und Volksrechte. Wo aber, wie in den Vereinigten Staaten, ein maschinenartiges System der Wahlmache von Seiten der Parteileitungen Platz gegriffen hat, da ist der Hohn auf nationale

Selbstbestimmung womöglich noch ärger. Wie in Italien die dringend notwendige Agrarreform, so scheitert in Frankreich die ebenso dringende Steuerreform an den Interessen der Abgeordneten. Die Unstätheit der Regierungen, der parlamentarische Sport der Ministerstürzerei, macht jede stetige Politik unmöglich. Und selbst bei uns, wo die Parlamente noch am wenigsten schaden können, ist ihr Ansehen in beständigem Sinken. Alle Welt ist parlamentsüberdrüssig, aber Niemand weiss etwas Besseres vorzuschlagen, und das Bewusstsein, diese missachtete Einrichtung als notwendiges Übel ins neue Jahrhundert mit hinüberschleppen zu müssen, lastet drückend auf den Gemütern der Besten.

Vor hundert Jahren stand der Glaube an die Überlegenheit der Republik über die Monarchie bei den Denkenden auf seiner Höhe. Die Vereinigten Staaten strahlten in der Krone friedlicher Bürgertugend, Frankreich im Glanze kriegerischer Lorbeeren, die noch im Dienste der Völkerbefreiung gepflückt schienen. Die Monarchien des Kontinents boten einen traurigen Anblick. Es galt als Glaubenssatz, dass die Fürsten begierig nach Kriegsruhm und Ländererwerb, die Völker aber friedlich gesinnt seien, wie dass alle Kriege Kabinetskriege der Monarchien seien, die republikanische Regierungsform aber den Frieden verbürge. Selbst Jung-Bismarck hielt noch die Republik für die ideale Staatsform. Das 19. Jahrhundert dagegen hat uns gelehrt, dass die Monarchen sich die äusserste Mühe geben, den Frieden zu erhalten und den unvernüftigen Kriegsdrang der Völker zu zügeln. Die Republiken von Süd- und Mittelamerika bieten das Schauspiel beständiger Kriege und Bürgerkriege; die französische Republik betrachtet den Krieg gegen Deutschland, sobald er ohne Selbstmord möglich ist, als das unverrückte Ziel ihres Daseins. Die Republik Washingtons hat soeben einen Eroberungskrieg gegen Spanien vom Zaune gebrochen, um diesem ein Gebiet von 420000 Quadratkilometern mit über zehn Millionen Einwohnern zu entreissen, also einen weit grösseren Raubzug als jemals die erobernde römische Republik auf einmal gemacht hat, oder als in irgend einem europäischen Kriege dem Sieger als Beute zugefallen ist.

Abgesehen von der republikanischen oder monarchischen Staatsform hielt man früher den demokratischen Charakter einer Verfassung für eine Friedensbürgschaft. Jedes Volk in seiner Masse ist friedliebend; es schien also nur nötig, der Volksmasse das verfassungsmässige Recht oder die thatsächliche Gelegenheit zum Geltendmachen seines Willens zu geben, um eine Bürgschaft dauernden Friedens zu gewinnen. Auch darin hat die Erfahrung das Gegenteil gelehrt. Fast alle Kriege des letzten Menschenalters sind dadurch zu Stande gekommen, dass bei dem Konflikt zweier Staaten der Regierung des einen die Zügel aus der Hand glitten, eine demokratische Strömung die Führung übernahm und die blinde Leidenschaft einer erregten Masse über die vernünftigen Erwägungen der Staatslenker den Sieg davon trug. So war es im dänischen Krieg der Einfluss der Kopenhagener Demokratie, der eine Nachgiebigkeit der Regierung zu rechter Zeit verhinderte, im deutsch-französischen Kriege der gemeinsame Druck der ultramontanen und liberalen Massen, der Napoleon III. nötigte, den Krieg aufzunehmen, dessen Gefahr er besser als ein anderer Franzose überschaute, im russisch-türkischen Kriege das Drängen und die Intriguen der panslavistischen Volksströmung, die den widerstrebenden Zaren in einen opfervollen Krieg ohne strategische Operationsbasis und ohne vernünftige Ziele verwickelten, im griechisch-türkischen Kriege der Grössenwahn einer überhitzten Volksphantasie, der den König bei Gefahr der Entthronung zu einem aussichtslosen Abenteuer zwang, im amerikanisch-spanischen Kriege die plötzlich ausbrechende Eroberungslust, Ruhmgier und Beutesucht der amerikanischen Volksmassen, welche die widerstrebende Regierung nötigten, einen Krieg, der für die Befreiung Cubas von der spanischen Herrschaft nach Proklamation der Autonomie Cubas ganz überflüssig war, zu beginnen und nach beendetem Kriege je länger je mehr Siegesbeute zu fordern.

Der Hort des Friedens sind gegenwärtig diejenigen Monarchien, in welchen die Macht der Krone stark und gesichert genug ist, um sich von den Massenströmungen im Volke unabhängig zu be-

haupten; das sind aber diejenigen Mächte, in welchen die Krone sich auf ein starkes und tüchtiges Heer stützt. So sind die stehenden Kriegsheere zur Bürgschaft des Friedens geworden, indem sie den friedliebenden Regierungen ermöglichen, die unvernünftigen Kriegsgelüste ihrer Völker unbeachtet zu lassen oder im Zaume zn halten. Die Fürsten und ihre Räte haben eben naturgemäss ein stärkeres Verantwortlichkeitsgefühl für ihre Entschliessungen als die Masse, bei der sich die Verantwortlichkeit auf Millionen verteilt und auf jeden Einzelnen nur ein verschwindendes Teilchen kommt. Die Verantwortlichkeit eines Krieges wird um so schwerer zu tragen, je grösser die Heere, die Kriegskosten und die wirtschaftlichen Einbussen beider Kriegführenden werden. Deshalb sind starke stehende Heere anch in dieser Hinsicht die beste Friedensbürgschaft und die hohen Militärbudgets eine Versicherungsprämie gegen den Krieg. Die nngebildete Masse übersieht nicht die Schwere der Folgen und lässt sich nicht sowohl von der Vernunft als von leidenschaftlichen Impulsen leiten. Sie ist für gewöhnlich friedliebend: wenn aber eine Anzahl Demagogen es verstehen, ihre Leidenschaften zu erregen, so setzt sie jede vernünftige Erwägung bei Seite und wird kriegswütig. Gelänge es, überall demokratische Republiken ohne stehende Heere oder doch nur mit kleinen Armeen einzuführen, so würde der Krieg mit kleinen Scharen auf Erden wieder genau so der normale Zustand werden, wie er es im Mittelalter in Europa war.

Diese Erkenntnisse haben namentlich in den letzten Jahren sehr an Verbreitung in den gebildeten Schichten gewonnen. Selbst der Arbeiterstand hat eingesehen, dass die Form der Republik ihm in mancher Hinsicht noch ungünstiger sein kann als die einer Monarchie, denn die Republik ist weit rücksichtsloser in der Ausbeutnng der Vorteile des Besitzes der herrschenden Klassen, als eine kluge Monarchie, die ein Interesse daran hat, auch die niedere Masse für sich zu gewinnen. Anch der Arbeiterstand hat deshalb kein Interesse mehr an republikanischer Verfassung, parlamentarischer Regierungsform und demokratischer

Gleichberechtigung aller Staatsbürger, sondern hat die Herrschaft seiner Klasse, die Alleinherrschaft des vierten Standes, d. h. die Diktatur des Proletariats, auf seine Fahne geschrieben, um vermittelst desselben nicht etwa politische sondern wirtschaftliche Ideale zu verwirklichen. Dieses Ideal des Proletariats ist der praktische Materialismus, wie es sich denn anch einer materialistischen Geschichtsauffassnng rühmt: gute Nahrung, Kleidung, Wohnung für alle und freie Volksbelustigungen daneben. Die Demokratie ist in die Ochlokratie des sinnlichen Banausentums nmgeschlagen, die sich Sozialdemokratie nennt. Der Staat soll abgeschafft werden samt allen seiuen Formen; an seine Stelle tritt die soziale Herrschaft des Proletariats. Aber der Traum besteht fort, als ob die Diktatur des Proletariats in allen Ländern den Weltfrieden statt den beständigen Krieg bedeuten würde. Es ist klar, dass der Glaube an ein solches Ideal sich nicht über das Proletariat der Handarbeit nnd des Geistes hinaus verbreiten kann. Dass das Schlaraffenland eine Utopie ist, sehen Unbefangene leicht genug ein, ebenso dass der Zwang der ochlokratischen Diktatnr weit nnerträglicher werden würde als der der Monarchie oder bürgerlichen Republik. Deshalb ist auch der Glaube an das sozialdemokratische Ideal selbst in den Arbeiterkreisen schon vor Ablauf des Jahrbnnderts wieder im Schwinden, und man hält an der Parteiorganisation nnr noch fest, weil sie einmal da ist, und man von anderer Seite her für die Verbesserung der Lage der Arbeiter noch weniger erwartet.

Das Ideal, das hinter dem verblassenden der sozialdemokratischen Zwangsgesellschaft auftaucht, ist das des Anarchismus. die individualistische Auflehnung gegen alle nivellierende Gleichmacherei und gegen allen Zwang des Staats wie der Gesellschaft. Auch dieses kann klarere Köpfe nur solange blenden, als es im Nebel der Unbestimmtheit belassen wird. Wenn die bürgerliche Demokratie mit allgemeiner Abrüstung den Kampf der Staaten nntereinander, die Sozialdemokratie ausserdem den Bürgerkrieg des Klassenkampfes entfesseln würde, so würde der Anarchismns zum Naturzustande, dem Kriege aller gegen alle, zurückführen.

Ein wahrhaft kindlicher Glaube gehört dazu, anzunehmen, dass Vernunft und Liebe unter solchen Umständen ausreichen würden, Frieden und Eintracht der freien, fliessenden Gruppen zu sichern. Die Utopien der Sozialdemokratie und des Anarchismus erscheinen als Ausströmungen, in welchen die von der Nüchternheit der Zeit eingeengte Völkerphantasie einen Ausweg gesucht hat. Mit ihnen verglichen sind die Ideale der Republik, Demokratie und parlamentarischen Regierungsform nüchtern und verständig; wenn sie trotzdem in diesem Jahrhundert als Ideale Schiffbruch gelitten haben, so wird es jenen phantastischen Utopien im nächsten Jahrhundert schwerlich besser ergehen. —

Als nach den Freiheitskriegen die Restauration und Reaktion auftrat, brachte sie auch die alten Ideale der Kirche und Monarchie in romantisch verklärter Gestalt neu zur Geltung, und die gegenwärtige neuromantische Strömung sucht sie im Gegensatz zu den gescheiterten Idealen der Aufklärung und den unhaltbaren Utopien der Sozialdemokratie und des Anarchismus neu auf den Schild zu heben. Aber es scheint doch, dass die Erfahrungen dieses Jahrhunderts ein nochmaliges zur Herrschaftgelangen dieser romantischen mittelalterlichen Ideale sehr viel schwerer gemacht haben als im ersten Menschenalter desselben.

Die katholische Kirche hat zwar in diesem Zeitraum an innerer Sammlung, straffer Zusammenfassung ihrer Kräfte und geschickter Benutzung der modernen Agitationsmittel (Presse, Vereinswesen, parlamentarischer Schacher) sehr gewonnen; aber ihr Herrschaftsgebiet zu erweitern ist ihr nicht gelungen. Im Gegenteil hat sich herausgestellt, dass die protestantischen Völker und Volksteile an Volkszahl rascher zugenommen haben, als die katholischen, so dass gegenwärtig die protestantische Welt schon der Volkszahl nach eine viel mächtigere Stellung gegenüber der katholischen einnimmt als vor hundert Jahren. Es ist auch wohl anzunehmen, dass die bisher in dieser Richtung wirksamen Ursachen auch im nächsten Jahrhundert andauern und das Zahlenverhältnis sich weiter zu gunsten des Protestantismus verschieben wird. Es handelt sich dabei lediglich um innere Volksvermehrung;

die Konvertierungen gleichen sich so ziemlich aus und sind statistisch belanglos, wenn auch in den Kreisen der hohen Aristokratie die romantisch-reaktionären Neigungen ein kleines Übergewicht haben. Es hat sich aber anch weiter gezeigt, dass diejenigen katholischen Staaten, die sich von der Herrschaft des Katholizismus emancipieren, gedeihlich vorankommen, solange sie es thnn, dass dagegen diejenigen politisch und wirtschaftlich, knlturell nnd geistig zurückgehen, die den klerikalen Tendenzen Rechnung tragen, und dass sie in dem Maasse tiefer sinken, als sie dies thun. Die der katholischen Kirche anhängenden Mächte werden in der Geschichte von protestantischen oder mit der Kirche zerfallenen abgelöst, so Österreich von Preussen, das stabile Frankreich von dem mächtig voranstrebenden Italien, Spanien von der Union. An der Spitze der Weltwirtschaft marschieren jetzt, wie die Produktions- und Handelsstatistik zeigt, die drei wesentlich protestantischen Mächte: England, Union nnd Deutsches Reich. Frankreich ist relativ im Rückgange, sowohl in seinem Handel nnd seiner Produktion als in seiner Bevölkerungszahl; sollte der Klerikalismus daselbst zum dauernden Siege gelangen, so wird es Frankreich nicht erspart bleiben, die Wege Spaniens zu wandeln. Diejenige Macht aber, die im nächsten Jahrhnndert alle anderen europäischen Mächte zu überflügeln droht, Russland, ist eben so wenig katholisch wie die protestantischen Mächte, sondern stellt ein Glanbensgebiet für sich dar. Am Ende des nächsten Jahrhunderts dürfte die Bedentung der römisch-katholischen Mächte gegen die der nichtkatholischen völlig in den Hintergrund getreten sein. Es möchte unter diesen Umständen schwer fallen, die Rückkehr in den Schoss der allein seligmachenden Kirche als Ideal festzuhalten, wie dies in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts noch vielfach geschah.

Der Protestantismus war im Anfang dieses Jahrhunderts teils Pietismus, teils ein aufgeklärter Rationalismus; in beiden Gestalten glanbte man das Wesen des Christentnms, sei es mit dem Gemüt, sei es mit dem nüchternen gesunden Menschenverstand, zu erfassen. Dass noch einmal wieder der Versuch einer

protestantischen Orthodoxie auftauchen könne, einen solchen Gedanken hätte man vor achtzig Jahren belächelt. Aber er kam unter Hengstenbergs Führung wirklich nnd wurde durch Friedrich Wilhelms IV. Protektion zum Siege in Preussen geführt. Das geschichtliche Recht dieser Bewegung lag darin, dass sie znm Bewusstsein brachte, wie weit der Rationalismus sich von deu Grundsätzen der christlichen Dogmatik entfernt hatte, ohne es zu ahnen. Gegen die orthodoxe Rückkehr zu den alten Dogmen erhob sich der liberale Protestantismus; sein geschichtliches Recht bestand in dem Nachweis, dass die alten Formeln und Glaubensvorstellungen mit dem geistigen Besitzstand unserer Zeit unvereinbar seien und deshalb entweder völlig nmgedeutet oder durch neue ersetzt werden müssten. Dagegen wehrten sich aber alle konservativen Mächte des Staates nnd der Gesellschaft und suchten mit Erfolg diese Richtung in der Kirche zu nnterdrücken, was mit Hilfe der Synodalverfassung auch in der Hauptsache gelang. Auf der Grundlage des theoretischen Agnosticismus erhob sich endlich eine schillernde Theologie, die warm und kalt mit demselben Munde blasen kann, alle Dogmen im Wortlaut festhält, aber die inadäquate, bloss symbolische Wahrheit aller Wortverbindungen zugiebt. Solange in der Wissenschaft der Agnosticismus seine Herrschaft behauptet, wird auch diese von Ritschl angebahnte theologische Richtung den Anschauungen und Bedürfnissen der Zeit entsprechen. Aber die historische Kritik fährt inzwischen fort, das ganze Gebände so zu untergraben, dass die negativen Ergebnisse der älteren rationalistischen Kritik damit noch überboten werden. Im nächsten Jahrhundert wird man nur noch diejenigen Grundlagen des Glaubens schützen können, die man von jeder Berührung mit der geschichtlichen Wissenschaft fernhält. Die alten religiösen Ideale sind auch hier nicht mehr zu halten, die Entwickelung von neuen ist aber so lange unterbunden, als die Missachtung der Philosophie und Metaphysik in den wissenschaftlichen Kreisen und im grossen Publikum fortbesteht.

Auch das romantische Ideal der Monarchie hat nicht mehr den Glanz nnd Schimmer wie nach den Freiheitskriegen. Damals

sah man die Revolutionen in England und Frankreich als unerhörte, greuelvolle Ausnahmen an; dieses Jahrhundert aber hat an den Wechsel der Verfassungsformen und Dynastien in den romanischen Ländern und auf der Balkanhalbinsel gewöhnt. Die Traditionen der patriarchalischen Monarchie und ihrer Legitimität von Gottes Gnaden wurzeln vorzugsweise in der Landbevölkerung, die damals zwei Drittel, jetzt aber nur noch ein Drittel der gesamten Volksziffer ausmacht. Adel und Bauerntum sind inzwischen relativ verarmt, und das ländliche Proletariat, das ihnen früher blindlings folgte, beginnt sich von ihrem politischen Einfluss zu emanzipieren. Der Adel sieht grollend die wirtschaftlichen Grundlagen seiner politischen Machtstellung zusammenschrumpfen und verargt es der Krone, dass sie nicht noch wirksamer eingreift, um ihn zu stützen. Das hinzugewachsene industrielle Arbeitertum hat zur Monarchie kein Vertrauen; der zu Reichtum, Bildung und Selbstbewusstsein gelangte Bürgerstand hängt entweder insgeheim noch dem republikanischen Ideal an oder hat doch mit der Monarchie eine blosse Vernunftehe ohne mystische Gefühlsbeimischung geschlossen. Bürgertum und Arbeiterstand fühlen sich von der Monarchie abgestossen durch die Bevorzugung des Adels im Staatsdienst, die Begünstigung der agrarischen Interessen auf Kosten der übrigen produktiven Berufe, durch das höfische und militärische Schaugepränge, durch den neuerdings emporwuchernden höfischen Byzantinismus, vor allem aber durch die Solidarität von Thron und Altar, die einander zu stützen suchen. Der Arbeiterstand insbesondere sieht in der Monarchie ebenso wie in der bürgerlichen Republik das Schirmdach der ausbeutenden Klassen gegen die unterdrückten. Welche Schwierigkeiten sich aus der Monarchie ergeben, wenn der Monarch geistig nicht normal ist, hat gerade dieses Jahrhundert in lehrreichen Beispielen gezeigt.

Andererseits erkennt man in gebildeten und besonnenen Kreisen an, dass eine tüchtige Monarchie weit bessere Bürgschaft gegen Korruption des Beamtentums und der Volksvertretung gewährt als eine Republik, dass sie dem Volke die Kosten und die

Aufregung für wiederkehrende Präsidentenwahlen erspart, durch ihre Lebenslänglichkeit mehr Stetigkeit in die innere und äussere Politik bringt, die Kräfte des Staates zu seiner Selbstbehauptung gegen die Nachbarn straffer zusammenfasst, dem Heer ein einheitlicheres Standesbewusstsein verleiht, und vor allen Dingen ehrgeizige Sonderbestrebungen von glücklichen Generalen nicht aufkommen lässt, welche die grösste Gefahr der Republiken bilden. Dagegen ist der Sympathienzuwachs, den die Monarchie durch politische Erfolge und glückliche Kriege eines Monarchen erfährt, immer nur vorübergehend und vererbt sich nur zum geringsten Teil auf die Nachkommen. —

Die zweite Generation dieses Jahrhunderts war erfüllt von dem Ideal der nationalen Wiedergeburt und politischen Einigung für die bis dahin zerstückelten Völker. Das deutsche und italienische Volk haben dieses Ziel erreicht. Aber da das Erreichte immer anders aussieht als das Erträumte und Ersehnte und die daraus entsprungenen Lasten sich täglich fühlbar machen, so musste nach dem Rausch notwendig der Katzenjammer kommen, der sich bei uns als „Reichsverdrossenheit" täglich mehr bemerklich macht. Die nationalen Aspirationen sind bei den Grossmächten erledigt und haben sich nun auf die interessanten kleineren Völkerschaften übertragen, bei denen sie nicht mehr politisch aufbauend, sondern zersetzend und auflösend wirken und durch Nationalitätenhader den Völkern das Leben verleiden. —

In der letzten Generation tauchte mit der Sehnsucht nach Kolonialbesitz ein neues Ideal auf. Aber einerseits blieb dieser Wunsch doch nur auf gewisse Kreise beschränkt, ohne das Volk in breiteren Schichten zu erwärmen; andererseits ist gerade die Sehnsucht nach Kolonialbesitz am wenigten geeignet, sich in ein ideales Gewand zu hüllen, da sie der nüchternsten Realpolitik angehört und ein Kind des quälenden Bedürfnisses ist. Die gewerblich vorgeschrittensten europäischen Kulturvölker haben die oberen Stockwerke ihrer national-ökonomischen Gebäude nachgerade soweit über die Grundlage des heimischen Bodens hinaus vorgerückt, dass sich der Bewohner ein Gefühl

beängstigender Unsicherheit bemächtigt hat. Bei der nächsten Erschütterung können die Gebäude zusammenstürzen und die Bewohner unter ihren Trümmern begraben. Darum sucht man die künstlichen Bauten in ihren überhängenden Teilen durch Pfeiler zu stützen, die man auf Kolonialgebieten errichtet. Alle Völker sind sich gleichmässig über Nacht der Gefahren ihrer Lage bewusst geworden und wetteifern nun darin, von dem noch verfügbaren Teil der Erde in aller Eile noch ein möglichst grosses Stück zu erhaschen. Gerade dieser überstürzte Wettbewerb bringt aber nur Gefahren und Unbequemlichkeiten mit sich. Er bietet den Zündstoff zu Kolonialkriegen unter den Grossmächten und zwingt zu stark vermehrten Ausgaben. Dem Wettrüsten zu Lande folgt das Wettrüsten zur See. In die neuerworbenen Kolonialgebiete muss sehr vielmehr hineingesteckt werden, als sie in absehbarer Zeit wieder einbringen können. Das Kolonisieren selbst ist alle Mal eine brutale Vergewaltigung der Rechte und Freiheiten der Eingeborenen: die „Segnungen der Kultur“, die ihnen dafür übermittelt werden, gereichen ihnen gewöhnlich überwiegend zum Unheil. Vom Standpunkt der Humanität betrachtet, müssten die Schutzverträge, die Strafexpeditionen, die nackten Eroberungskriege ebenso verurteilt werden, wie die Missionen, die sie vorbereiten, und der Handel mit Branntwein und Opium, mit wertlosem Tand und unzüchtigen Bildern, der sie begleitet.

Aber die Humanität und das menschenfreundliche Wohlwollen sind nicht die höchsten Gesichtspunkte. Das gerade ist der grösste Fortschritt dieses Jahrhunderts, dass durch die Verbesserung der Verkehrsmittel die ganze Erde zu einem einheitlichen Schauplatz des wirtschaftlichen, politischen und geistigen Lebens zu werden beginnt, und die Menschheit sich zu einem Individuum höherer Ordnung entwickelt. Dieser Fortschritt ist aber nur darum so gross und wichtig, weil der Kampf ums Dasein der Völker und Rassen durch ihn so verschärft wird, der die Kultursteigerung durch Vernichtung des minder Angepassten beschleunigt. Man kann dies mit dem Gedanken als die Eröffnung einer neuen Mensch-

heitsära begrüssen, aber man kann nicht verlangen, dass die Völker, die in diesem verschärften Kampf ums Dasein hineingestellt sind die von ihm geforderte erhöhte Anspannung aller Kräfte mit dem Gefühl angenehm empfinden sollen, selbst dann, wenn sie sich behaupten und nicht zu den Unterliegenden gehören.

So plagen wir uns gegenwärtig in vieler Hinsicht noch mit den Überlebseln einer abgestorbenen Vergangenheit, die wir trotz ihrer Unangemessenheit noch nicht abzustossen vermocht haben, und sollen andererseits grosse Opfer bringen für eine Zukunft, die wir und vielleicht auch unsere Kinder nicht erleben; dabei aber haben wir keine Ideale, die uns aufrecht erhalten könnten, wie unsere Urgrossväter, Grossväter und Väter zur Zeit der Aufklärung, der romantischen Restauration und der 48er Bewegung sie noch hatten. Das ist die Lage, die auf uns lastet. Wir ertragen die Zustände, in denen wir leben, weil wir nichts Besseres an ihre Stelle zu setzen wissen. Wir kennen gründlich die Schattenseiten von alle dem, was unsere Vorfahren nur nach ihren Lichtseiten schätzten. Wir begreifen, dass die eingetretenen Umwälzungen Fortschritte sind, die kommen mussten und nicht wieder rückgängig gemacht werden dürfen; aber wir wissen auch, dass die Glückseligkeit, die unsere Vorfahren sich von ihnen versprachen, nicht mit ihnen verbunden ist. Wir leben in jeder Hinsicht sehr viel besser als vor hundert Jahren; aber die Meisten wissen nichts davon, weil ihnen der Vergleich fehlt, und sie die Lebenslage, in die sie hineingewachsen sind, als etwas Selbstverständliches hinnehmen und nur die Mängel und Unannehmlichkeiten an ihr sehen. Anstatt daraus zu entnehmen, dass alle Fortschritte andern Zwecken dienen müssen, als der Steigerung der Glückseligkeit, laden wir unsern Ärger auf irgend welche Personen oder Einrichtungen ab, die uns die nächste Ursache der noch verbleibenden Mängel scheinen.

Wir Deutsche insbesondere sollten doch einmal gründlich überlegen, ob die Zustände in anderen Kulturländern, alles in allem genommen, wirklich besser sind, so dass wir sie den unsrigen vorziehen müssten. Ich glaube, jeder Unbefangene wird diese

Frage verneinen, was ihn freilich nicht hindern wird, auf die heimischen Zustände weiter zu schelten. Die Deutschen mussten sich zu Ende des vorigen Jahrhunderts darüber beklagen, dass sie bloss im Reiche der Träume ihr Vaterland hatten; nun mögen sie sich jetzt zur Abwechselung einmal darüber beklagen, dass die Zeit der Realpolitik, der wirtschaftlichen Anspannung aller Kräfte, der technischen Naturbewältigung und Ideallosigkeit recht ungemütlich ist. Die Geschichte geht über die eine wie die andere Art der Klage hinweg zur Tagesordnung über. Wenn die neuen Ideale, die heut auf den Gassen angepriesen werden, wie Sozialdemokratie und anarchistischer Individualismus, vom Volke angenommen würden, so sähe es traurig um unsere Zukunft aus. Wir dürfen aber das Vertrauen hegen, dass auch diejenigen neuen Ideale, die uns wirklich helfen können, zu rechter Zeit ans Licht treten, und dass sie allgemeinere Verbreitung finden werden, sobald die Zeit für sie reif ist. Sollten aber unsere Kinder von den kommenden Idealen einen Zuwachs ihrer Glückseligkeit im Falle der Verwirklichung erwarten, dann freilich werden unsere Enkel sie belehren müssen, dass sie sich wieder nur in eine neue Illusion eingewiegt haben.

V. Ein Ausblick auf das neue Jahrhundert.

(Neujahr 1900).

1. Die Erde im zwanzigsten Jahrhundert.

Wenn man auf die Ansichten zurückblickt, die am Ende des 18. Jahrhunderts über die voraussichtliche Gestaltung des 19. ausgesprochen wurden, so kommt es recht deutlich zum Bewusstsein, auf wie schwachen Füssen alle Erwartungen und Voraussagen stehen, besonders wenn man sich an Wünsche, Hoffnungen und Ideale hält, statt an die Thatsachen. Wir sind heute vorsichtiger: wir suchen den bisherigen Entwickelungsgang der Dinge zn erkennen, insbesondere den der allerletzten Zeit; wir fragen uns, ob die Ursachen, welche diese Entwickelung herbeigeführt oder begünstigt haben, Aussicht auf ferneren Bestand bieten, und schliessen im bejahenden Falle, dass die Entwickelung in derselben Richtung sich noch eine Weile fortsetzen werde, immer mit dem Vorbehalt, dass nnerforschbare Ereignisse eintreten können, welche sie unterbrechen oder ihren Lauf ändern. Solcher Gedanken über die Zukunft kann anch die gegenwärtige Generation sich schwer entschlagen; sie sind kein müssiges Spiel mit Prophezeinngen, sondern eine pflichtmässige Erwägung der Vorsicht und Fürsorge, durch deren Unterlassung sie sich den Vorwnrf zuziehen würde, leichtsinnig dem blossen Augenblick zu leben.

Im 18. Jahrhundert hat Europa seine Einwohnerzahl um 80 Proz., im 19. nm mehr als 118 Proz. vermehrt, und zwar ist die Volksvermehrung mit jeder Generation in diesem Jahrhundert gestiegen. Diese Beschleunigung des Bevölkerungsanwachses ist nicht einer Erhöhung der Geburtenziffer, sondern einem Sinken der Sterblichkeit zuzuschreiben, und diese ist wiederum eine Folge des gewachsenen Wohlstandes, der verbesserten Lebenshaltung

und der gesundheitsgemässeren Ausgestaltung aller Lebensverhältnisse. Der Reichtum der Nationen ist in einer bisher ungeahnten Weise gestiegen, aber auch der Mittelstand uud die unteren Volksschichten haben ihren Anteil an der verbesserten Lebenshaltung bekommen. In Nordamerika und Australien haben sich neue Kulturstaaten europäischer Völker gebildet, in Südafrika und Südamerika bereiten sich solche vor, und Japan ist in die Reihe der Kulturstaaten eingerückt. England, Russland, Frankreich und die Vereinigten Staaten haben sich im letzten Jahrhundert ungeheure Colonialgebiete unterworfen; Belgien und Deutschland haben versucht, bei der Aufteilung der vier aussereuropäischen Erdteile auch einen Anteil zu erhaschen. Eine Völkerwanderung hat sich in den letzten beiden Jahrhunderten vollzogen, gegen welche diejenige in dem ersten halben Jahrtausend unserer Zeitrechnung ein Kinderspiel ist; diese Wanderung aber ist je länger desto stärker geworden, und immer mehr Völker haben sich an ihr beteiligt. Unser Gesichtskreis hat sich in gleichem Schritt mit den Verkehrsmitteln und dem zunehmenden Weltverkehr erweitert; Kiautschou und Samoa, Transvaal und San Francisco scheinen uns heute näher zu liegen als am Anfang dieses Jahrhunderts Memel und Konstanz.

Die Zahl der Protestanten erreichte am Anfang des Jahrhunderts kaum die Hälfte von der der römischen Katholiken, an seinem Ende beinahe vier Fünftel derselben; die griechischen Katholiken waren am Anfang des Jahrhunderts kaum in die europäische Kultursphäre eingetreten, während sie an seinem Ende eine sehr wichtige Rolle in derselben spielen. Diesen relativen Rückgang ihrer Bekenner hat die römische Kirche durch straffere Zentralisation, Vermehrung der Orden, Benutzung der Presse, Vereine, Parlamente und politischen Machtmittel auszugleichen gesucht, hat aber damit nur in deutschen und westslavischen Ländern merkliche Erfolge erzielt. Die westromanischen Völker waren am Anfang dieses Jahrhunderts teils Kolonialmächte ersten Ranges, wie die der pyrenäischen Halbinsel, teils die kontinentale Vormacht, wie Frankreich; an seinem Ende sind die ersteren aus

der Reihe der Kolonialmächte ausgeschieden, wie Spanien, oder im Begriff, aus ihr auszuscheiden, wie Portugal, und Frankreich ist der Einwohnerzahl nach zur fünften europäischen Grossmacht herabgesunken, und nahe daran, von der Bevölkerungsziffer Preussens und Italiens eingeholt zu werden.

Die Veränderung der Strassen und Verkehrsmittel haben auch in der europäischen Kriegführung Umwälzungen hervorgerufen, die eine allmähliche Verschiebung des Begriffs „Grossmacht" zur Folge gehabt haben. Im siebenjährigen Kriege konnte Preussen noch mit 5 Millionen Einwohnern, im Jahre 1866 mit 20 Millionen die Rolle einer Grossmacht spielen; jetzt kann man sagen, dass Italien nur den Titel einer Grossmacht führt, ohne es bis jetzt zu sein, und dass nicht nur Österreich, sondern auch Frankreich schwer damit ringen, ihre geschichtliche Grossmachtstellung den veränderten Verhältnissen gegenüber zu behaupten. Während die grossen europäischen Kulturvölker im Laufe dieses Jahrhunderts ihre Zahl zweiunddeinhalb Mal vergrössert haben, ist Frankreichs Volksziffer nur um das Anderthalbfache gewachsen und dadurch relativ zurückgeblieben: seine Geburtenziffer ist inzwischen von 33 auf 21½ pro Mille gesunken, so dass sie nicht mehr viel über die Hälfte von derjenigen in Mittel- und Osteuropa beträgt, und das Manko seiner Geburten durch Einwanderung gedeckt werden muss, um nur die Volkszahl auf gleicher Höhe zu halten. — Die Zahl derer, die eine bestimmte Nationalsprache sprechen, hat sich ungefähr in demselben Verhältnisse vergrössert wie die Kopfzahl der europäischen Kulturstaaten; nur das Englische und Spanische machen Ausnahmen. Ersteres ist die Sprache des grössten Teiles von Nordamerika und ganz Australiens geworden und dadurch hat sich die Zahl der englisch Redenden in diesem Jahrhundert mehr als verfünffacht: letzteres hat dadurch eine erhebliche Zunahme erfahren, dass Mittel- und Südamerika einen stärkeren Bevölkerungszuwachs gewonnen hat, der aber ziffernmässig schwer zu bestimmen ist, weil die Sprachen der Eingeborenen überall noch mit dem Spanischen im Kampf liegen. Die fünf Millionen Auswanderer, die Deutschland im letzten halben Jahrhundert in

englisch redende Länder entsandt hat, bilden in der zweiten, spätestens in der dritten Generation einen Zuwachs der englisch Redenden.

Deutschland hat seit 1870 in der Industrie und im Handel Frankreich überholt, ein Sieg, der jedenfalls von nachhaltigerer Bedeutung ist, als der im Kriege; es steht jetzt unter den europäischen Mächten an zweiter Stelle hinter England, und schreitet schneller fort als dieses, so dass der Unterschied zwischen beiden immer geringer wird. Die Vereinigten Staaten freilich schreiten noch schneller fort als beide und haben in der industriellen Produktion bereits England überholt. An Nationalreichtum indessen steht Deutschland auch jetzt noch hinter England zurück; denn in Deutschland entfallen auf den Kopf nur 3800, in Frankreich 6700 und in England sogar 7400 Mark. Aus Kapitalien, die mi Auslande angelegt sind, bezieht Deutschland etwa eine Milliarde Jahreseinnahme, England aber mehrere Milliarden. Immerhin wächst das deutsche Nationalvermögen durch Kapitalisierung von Einnahmen jährlich um mehr als drei Milliarden Mark, was etwa ein Siebentel der Jahreseinnahme ausmacht. Frankreich bezahlt seinen grösseren Reichtum pro Kopf mit der Einschränkung der natürlichen Volksvermehrung, d. h. bei fortdauerndem Stillstande mit dem allmählichen Verzicht auf seine Grossmachtstellung im Vergleich zu den fortschreitenden Nachbarn.

Der Prozentsatz des Nationaleinkommens, der der Kapitalisierung bedarf, um in verbesserten Produktionsmitteln angelegt oder zur Verbreitung der Kultur im Auslande verwendet zu werden, war in diesem Jahrhundert ziemlich hoch, ist aber im letzten Menschenalter im Sinken, weil der dringendste Bedarf an maschinellen Produktions- und Verkehrsmitteln jetzt gedeckt ist und die Zahl der Völker, die Ersparnisse im Auslande anzulegen bereit sind, immer grösser wird. Deshalb kommt aber auch ein immer grösserer Teil der Jahresproduktion dem Konsum der Arbeiterklasse zu gute. Nach May [1]) wird jetzt $^2/_3$ der nationalen

1) In Schmollers Jahrbuch Bd. 23, S. 290.

Produktion von $^3/_4$ der Bevölkerung und nur $^1/_3$ von dem übrigen Viertel, den Wohlhabenden, verbraucht. Der Zinsfuss der englischen Konsols betrug vor 200 Jahren über 8 Proz., vor 100 Jahren über 5 Proz., jetzt unter 3 Proz., woraus zu ersehen, wie sehr der Anteil des Kapitals am Arbeitsertrage gesunken ist zu Gunsten des Anteils der Arbeiter. Der Mittelstand hat sich in diesem Jahrhundert nicht vermindert, sondern vermehrt, sowohl auf dem Lande wie in den Städten; die Zahl der Bauernhöfe ist ein wenig gewachsen, die der selbständigen Handwerker nur in den grösseren Städten zurückgegangen, die der selbständigen Handeltreibenden hat sehr zugenommen und ein ganz neuer Mittelstand von Angestellten, Privatbeamten, Werkmeistern und Vorarbeitern hat sich gebildet. Die mittleren und unteren Volksschichten haben in den meisten Kulturstaaten politische und kommunale Rechte erhalten, die ihnen im Anfang des Jahrhunderts fehlten. Die unverhältnismässig hohe Belastung der Armen im Vergleich zu den Reichen mit indirekten Steuern und Zöllen ($4^1/_2$: 1 Proz. des Einkommens) hat ihren Ausgleich wenigstens in Deutschland durch Staats- und Gemeinde-Einkommen-, Kapital-, Grund-, Gewerbe-, Umsatz- und Stempelsteuern gefunden, welche die Armen mit 0 Proz., die Reichen mit 8—14 Proz. und zum Teil noch höher belasten, so dass bei uns im Ganzen die Reichen zwei bis drei Mal so hoch besteuert sind als die Armen. Die Herabsetzung des Zinsfusses und die Progression der Besteuerung hat sich also im Verlauf der Dinge ganz von selbst vollzogen, ebenso die Sozialisierung vieler Produktionsmittel durch Staats- und Gemeindebetrieb, Aktiengesellschaften, Truste, Genossenschaften u. s. w. So hat sich schon ein gut Teil der sozialistischen Ideale verwirklicht, soviel daran eben nicht Utopie ist, freilich nicht so radikal und oft genug in anderen Formen als die Sozialisten es meinen. Marx' Lehre von der Verelendung der Massen ist durch das letzte halbe Jahrhundert ebenso ad absurdum geführt wie das eherne Lohngesetz Lassalles, und an eine plötzliche Umwälzung aller Produktionsverhältnisse im kollektivistischen Sinne glaubt heute kein verständiger Sozialdemokrat mehr, wenn er

auch fortfährt, sie den Massen als letztes Zukunftsideal zu predigen. Das rote Gespenst, das vor einem Menschenalter grimmige Mienen zeigte, hat mit des Jahrhunderts Ende ein recht harmloses Aussehen gewonnen, und ist überall bündnisfähig und bündnisbereit, in Frankreich sogar schon ministerfähig, geworden. —

Blicken wir nun in die Zukunft, so ist ja nicht zu leugnen, dass Ereignisse eintreten können, welche die fortschreitende Vermehrung der Bevölkerung und des Wohlstandes eindämmen können, wie verheerende Kriege, Seuchen und Nahrungsmangel. Aber sehr wahrscheinlich sind Störungen allgemeiner und dauernder Art doch nicht, während örtliche und vorübergehende bald überwunden werden dürften. Die Grösse der heutigen Heeresmassen und Kriegskosten wird siebenjährige und dreissigjährige Kriege zwischen Grossmächten nicht mehr gestatten; ein- bis dreijährige Kriege aber können den Fortschritt kaum länger als um 10—30 Jahre aufhalten. Grosse Epidemien können auch heute noch die Völker dezimieren, aber in den protestantischen Ländern keinenfalls so schwere Verluste herbeiführen wie im Mittelalter, und mit dem raschen weiteren Fortschritt unserer hygienischen Einrichtungen muss diese Gefahr immer geringer werden. Die gegenwärtig mit Brotfrucht bebauten Bodenflächen müssen freilich bald für die Ernährung der wachsenden Volksmassen unzulänglich werden, aber noch bietet die Erde ungeheuere Strecken dar, die mit Nährpflanzen bestellt werden können, so dass wenigstens für das nächste Jahrhundert an einen Nahrungsmangel noch nicht zu denken ist. Gleichviel welche Verschiebungen zwischen den Völkern eintreten mögen, so ist doch sicher anzunehmen, dass der Wohlstand der Kulturvölker im Grossen und Ganzen noch weiter wachsen wird und zwar in um so schnellerer Progression, je grössere Kapitalien bereits in Produktionsmitteln angelegt sind und je fruchtbarer dadurch die Arbeit Aller gemacht wird. Der wachsende Wohlstand in Verbindung mit zunehmender Einsicht in den Wert einer gesundheitsgemässen Lebensweise wird auch weiterhin die durchschnittliche Lebensdauer verlängern, insbesondere wenn der Kampf gegen die Volkskrankheiten und Volks-

laster (Alkoholismns) mit voller Kraft aufgenommen und durchgeführt wird. Die Znnahme der Lebensdauer dürfte für das nächste Jahrhnndert auch eine etwaige weitere Abnahme der Gebnrtenhäufigkeit mindestens ausgleichen, so dass zunächst anf eine Fortdaner der bisherigen Volksvermehrung, wenn nicht gar auf eine Steigerung derselben zu rechnen ist.

Wenn diese Annahmen richtig sind, so würden die Volksziffern von England, Dentschland, Österreich, Italien, Russland und den Vereinigten Staaten die Tendenz haben, sich im nächsten Jahrhundert abermals auf das Zweinndeinhalbfache zu erhöhen. Durch diese Tendenz muss sich aber in den bereits dicht bevölkerten Ländern England, Deutschland, Österreich, Italien und dem russischen Polen eine starke Bevölkerungsspannung ergeben, die sich als der Drnck einer relativen Übervölkerung geltend macht und zur Auswanderung drängt. Der Auswanderungsstrom muss im 20. Jahrhnndert nm soviel stärker als im 19. Jahrhundert werden, wie er im 19. Jahrhnndert stärker als im 18. Jahrhundert war. Wenn beim Beginn des 18. Jahrhnnderts kaum eine Million Europäer ausserhalb Enropas lebte, so werden es am Ende des 20. Jahrhundert schon viele hunderte von Millionen thun. Das kommende Jahrhundert wird also den grössten Eroberungszug der europäischen Völker zur dauernden Besitzergreifung der vier anderen Erdteile bringen, den die Geschichte der Menschheit bisher gesehen hat. Den Hauptteil dieser Völkerwanderung dürften wie bisher so auch ferner Völker germanischer Abstammnng stellen; von den Romanen scheinen nur die Italiener grössere Volksüberschüsse verfügbar zu haben: von den Slaven haben bis jetzt nnr die Polen nnd Czechen begonnen, sich an der Auswanderung freiwillig zu beteiligen, während Russland fast nur durch Zwangsansiedelungen kolonisiert hat.

In einigen Menschenaltern wird Russland über 200, die Vereinigten Staaten gegen 200 Millionen zählen, da beide unbeschränkten Platz haben, um solche Volksmassen zn ernähren. Durch diese Reiche wird dann der Begriff der Grossmacht bestimmt sein; was nicht wenigstens ihrer Hälfte gleichkommt,

wird keinen Anspruch mehr auf eine solche Bezeichnung erheben können. Beide stützen sich auf eine kompakte Ländermasse, die alle Klimata in sich vereinigt und deshalb als geschlossenes Wirtschaftsgebiet sich selbst genügen kann. Amerika grenzt an den grossen und an den atlantischen Ozean und beherrscht durch Cuba den künftigen Verbindungskanal beider. Russland hat am Ende des Jahrhunderts in Port Arthur und Katharinenhafen eisfreie Häfen am stillen und atlantischen Ozean gewonnen und wird ihnen bald in Bender Abbas einen Stützpunkt für den indischen Ozean hinzufügen.

Frankreich, mag es auch bis zum Jahre 2000 durch Einwanderung auf 50 oder mehr Millionen angewachsen sein, wird dann endgültig aus der Reihe der politischen Grossmächte ausgeschieden sein und eine Rolle in Europa spielen etwa wie jetzt Spanien. Schon mehren sich die Stimmen in Frankreich, die dem französischen Volke raten, den politischen, merkantilen und industriellen Wettbewerb mit den Völkern germanischer Rasse aufzugeben, sich auf ein idyllisches Stillleben in behaglichem Wohlstand zurückzuziehen und sich mit kulturellen Leistungen in Kunst und Wissenschaft zu begnügen.

Italien kann bei seiner beschränkten Bodenfläche und seinen unglücklichen Agrarverhältnissen nicht viel mehr Menschen ernähren als jetzt, zumal ihm Kohlen und Erze mangeln, um Ausfuhrindustrie im grösserem Massstabe zu betreiben; deshalb wird es im nächsten Jahrhundert hauptsächlich auf Menschenausfuhr angewiesen bleiben, ohne in Europa zu einer Grossmacht werden zu können. Zu einer solchen hätte es sich nur dann entwickeln können, wenn ihm rechtzeitig die Herrschaft über die Nordküste Afrikas zugefallen wäre und es dort seinen Volksüberschuss auf nationalem Boden hätte ansiedeln können.

Österreich ist jetzt nahezu auf demselben Standpunkte angelangt wie Deutschland vor einem Menschenalter, dass es im Durchschnitt seine Getreideernte zur Ernährung der eigenen Bevölkerung braucht und den künftigen Volkszuwachs teils auf den Ertrag intensiverer Bodenbewirtschaftung, teils auf Nahrungsmittel-

einfuhr verweisen muss; seine weitere Vergrösserung wird davon abhängen, ob es die Aufgabe intensiverer Bodenkultur lösen und die einzuführenden Nahrungsmittel mit Industrieprodukten bezahlen können wird. Jedenfalls ist auch auf eine gesteigerte Auswanderung aus Österreich im nächsten Jahrhundert zu rechnen. Wie weit eine friedliche Entwickelung der Dinge in diesem Reiche bei dem zunehmenden Nationalitätenhader möglich sein wird, entzieht sich der Vorhersage. Immerhin ist die Macht Österreichs infolge seiner Zersplitterung in uneinige und auseinanderstrebende Völkerschaften erheblich geringer, als sie seiner Volkszahl nach bei einheitlicher Bevölkerung sein könnte. Sein Kriegsheer ist aus finanziellen Gründen weit schwächer als dasjenige Frankreichs, und seine Kriegs- und Handelsflotte ist verschwindend klein. Selbst wenn die Reichseinheit des Kaiserstaats sich im nächsten Jahrhundert behaupten sollte, wird doch die europäische Grossmachtstellung desselben kaum aufrecht zu erhalten sein, und es ist gar nicht daran zu denken, dass er jemals einen nennenswerten aussereuropäischen Einfluss ausüben könnte.

England besitzt gegenwärtig das grösste Kolonialreich der Erde und ist die bei weitem stärkste Grossmacht zur See, wenn auch seine militärische Landmacht für europäische Verwickelungen nur der eines Kleinstaates gleichkommt. Schon jetzt lebt das englische Volk nur zu einem Viertel von Nahrungsmitteln, die der heimische Boden erzeugt, und bezahlt die erforderliche Einfuhr für die übrigen drei Viertel teils mit Industrieprodukten, teils mit den Ansprüchen auf Zinsen und Dividenden von Kapitalien, die es im Auslande angelegt hat. Aus einem Industriestaat ist es mehr und mehr zu einem Kapitalistenstaat geworden, und die gewünschte Erweiterung seiner Ausfuhrindustrie scheitert an dem billigeren Wettbewerb seiner Konkurrenten. Soll aber der künftige Volkszuwachs nicht ganz in die Kolonien getrieben werden, sondern zum Teil in England bleiben, so muss Platz für neue Industriearbeiter durch Erweiterung der Ausfuhrindustrie geschaffen werden. Das ist nur auf zwei Wegen möglich: entweder muss England seine Konkurrenten vom Handel mit seinen

Kolonien ausschliessen, d. h. den Freihandel aufgeben nud das „grössere Britannien“ in ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet umgestalten, oder es muss seinen gefährlichsten Konknrrenten ausschalten, indem es dessen Kriegs- nnd Handelsflotte vernichtet. Dieser gefährlichste Konknrrent ist aber bekanntlich Dentschland. Die Schliessung des englischen Wirtschaftsgebietes alleiu würde die deutsche Konkurrenz für den übrigen Welthandel bestehen lasseu; die Vernichtung der deutschen Schifffahrt allein würde einen indirekten Absatz deutscher Industrieprodukte durch fremde Schiffe bestehen lassen. Will also England gründlichen Schutz gegen die deutsche Unterbietung, so muss es beide Wege zngleich einschlagen; kann es das nicht, so muss es anf zunehmende Menschenausfuhr rechnen, die seine relative Bedeutung in Enropa immer mehr verringert.

Während die Machtstellung Russlands und der Vereinigten Staaten durch abgerundete Landkomplexe fest gegründet ist, ruht diejenige Englands teils auf der Fortdauer seiner Seeherrschaft, teils auf der friedlichen Gesinnung der Nachbarn seiner Kolonialreiche, teils auf dem Mangel an Selbständigkeitsgelüsten iu seiuen Kolonien. Diese drei Grundlageu der englischen Grossmachtstellnng sind aber gleich prekär. Seine Obermacht zur See kann durch eine Koalition dreier Seemächte gebrochen werden, weun es dnrch seine Politik eine solche heransfordert, nnd je mehr nene Seemächte auf dem Meere erscheinen, desto eher kann eine solche Vereinigung mehrerer znstande kommen. Ostindien kann durch Rnssland, Kanada durch die Vereinigteu Staaten der englischen Herrschaft entrissen werden, sobald diese Grossmächte an einem solchen Schritte ein genügendes Interesse haben nnd den Zeitpunkt für geeignet halten. Australien kann, sobald es mit seiner Einwohnerzahl der des Mntterlandes näher gekommen ist, der englischen Oberherrschaft müde werden. Aufstände in Indien, die dnrch Russland geschürt und mit Geld, Waffen uud Offizieren unterstützt werden, könuen allein schon zn einem Zusammenbruch der englischen Herrschaft führen, zumal wenn Russland mit der Unterstützung des türkischen Snltans und des

Panislamismus zu Werke geht. Die holländische Bevölkerung in Südafrika wird, wie auch der Ausgang des gegenwärtigen Krieges sein möge, für Menschenalter hinaus englandfeindlich sein und von dessen Verlegenheiten für sich Nutzen zu ziehen suchen. Wenn Russland erst in Persien und Afghanistan seinen Einfluss sicher gestellt und hinreichende Eisenbahnen bis zur indischen Grenze geführt haben wird, so dürfte England klug genug sein, es dort nicht erst auf den Entscheidungskampf ankommen zu lassen, sondern Russland alle die Zugeständnisse zu machen, die es verlangt. Sobald die Vereinigten Staaten mit der Bildung eines grösseren stehenden Heeres und einer ansehnlichen Flotte fertig sind, besitzt England Canada nur noch von Amerikas Gnaden, wie Indien von Russlands Gnaden. Das Gleichgewicht der Vereinigten Staaten und Russlands ist in geographischer Hinsicht stabil, das Englands labil; bei den ersteren fällt der Schwerpunkt innerhalb der Unterstützungsfläche, bei dem letzteren ausserhalb derselben. Aber so lange freilich, wie es diese Kolonialreiche besitzt und ausbeuten kann, bleibt England die dritte Weltgrossmacht neben Russland und den Vereinigten Staaten. Wir haben nicht mit den Möglichkeiten seines etwaigen Zusammenbruchs, sondern mit der Thatsache seines Bestandes und mit der Aussicht darauf zu rechnen, dass es sein Wirtschaftsgebiet früher oder später mindestens in demselben Masse wie Russland und die Vereinigten Staaten mit Zollschranken einhegen wird, und dass es bei jeder günstigen Gelegenheit bereit sein wird, unsere Kriegs- und Handelsflotte zu vernichten.

Als vierte Weltgrossmacht kann für das nächste Jahrhundert nur Deutschland in betracht kommen, da Österreich und Italien keine nennenswerten Kolonien haben und Frankreich an Volkszahl, Handelsbilanze, industrieller Produktion und Finanzkraft je länger desto mehr von den vier anderen Grossmächten überholt werden wird. Wenn Deutschland im nächsten Jahrhundert seine Volkszahl abermals auf das zweiundeinhalbfache erhöht, so würde sie im Jahre 2000 etwa 120 Millionen betragen, d. h. Frankreich um mehr als das Doppelte überholt haben.

Es ist wohl zu beachten, dass nnter den vier Weltgrossmächten am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts keine einzige römisch-katholische mehr sein wird, wenn sie anch sämtlich katholische Minderheiten in sich schliessen. Bei dreien wird die Mehrheit nnd die Regierung protestantisch, bei einer griechisch-katholisch sein. In ethnologischer Hinsicht werden die drei protestantischen Grossmächte germanisch, die griechisch-katholische slavisch sein, in sprachlicher Beziehung werden zwei englisch, eine deutsch und eine russisch sein. Da das englische Nordamerika nnd Australien für künftigen inneren Bevölkernngszuwachs die besten Aussichten bieten nnd die starke Auswanderung aus England auch fernerhin ein Zuwachs des englischen Sprachgebietes bleiben wird, so hat die englische Sprache anch im nächsten Jahrhundert die günstigsten Ausbreitnngschancen. Ob die russische im nächsten Jahrhundert die deutsche ebenso überholen wird, wie sie im letzten Jahrhundert die französische überholt hat, wird von Umständen abhängen, die sich noch nicht übersehen lassen. Znnächst haben wir damit zu rechnen, dass das Englische die Vermittelungssprache des Weltverkehrs im 20. Jahrhundert wird, wie das Lateinische es im Mittelalter und das Französische im 18. Jahrhundert war. Das Englische ist die praktischste Geschäftssprache des Bürgertums, wie das Französische die Sprache des Hofadels und der Diplomatie und das Lateinische die des geistlichen Standes war. Je höhere Leistungen aber die deutsche Dichtung nnd Wissenschaft hervorzubringen fortfährt, desto sicherer wird die deutsche Sprache sich neben der englischen nnd über der russischen behanpten, selbst dann, wenn die Zahl der russisch Redenden die der deutsch Redenden überholen sollte. Schliesslich müssen wir uns bei dem Gedanken bescheiden, dass doch alle jetzt lebenden Sprachen dem Untergange durch Umbildung und Umschmelzung geweiht sind und nenen Bildungen Platz machen müssen, die einer einheitlichen Weltsprache näher kommen werden als die heutigen.

---

2. Deutschland im zwanzigsten Jahrhundert.

Wir Deutschen leben der Hoffnung, dass unser Vaterland, neben den Vereinigten Staaten, Russland und England sich die Stellung als vierte Weltgrossmacht werde erringen und behaupten können; es ist aber eine sehr ernste Frage, ob diese Hoffnung nicht auf illusorischen Voraussetzungen ruht. Wenn der deutsche Boden nicht mehr als 42 Millionen ernähren kann und schon jetzt 14 Millionen von eingeführten Nahrungsmitteln leben müssen, so würde die Einfuhr von Nahrungsmitteln sich vervielfachen müssen, wenn die Bevölkerungszunahme im bisherigen Verhältnis weiter gehen soll. Womit soll aber diese Einfuhr bezahlt werden? Doch nur mit Industrieprodukten, deren Verkäuflichkeit davon abhängt, dass wir einen erweiterten, aufnahmewilligen Absatzmarkt finden. Wo aber soll dieser Markt herkommen, wenn die Strömung der Zeit dahin geht, uns sogar die bisherigen Märkte immer mehr zu verschliessen; wenn die drei grösseren Weltgrossmächte sich als drei geschlossene Wirtschaftsgebiete konstituiren und ihre Übermacht auch für den Wettbewerb um die noch übrigbleibenden Teile der Erde rücksichtslos ausbeuten, wenn Russland Nord- und Mittelasien, die Vereinigten Staaten Süd- und Mittelamerika, England Südasien, Australien und einen grossen Teil von Afrika für sich mit Beschlag belegt? Woher sollen die einzuführenden Nahrungsmittel genommen werden, wenn die jetzigen Bezugsquellen durch den Bevölkerungszuwachs an der Erzeugungsstelle versiegt sind und die eifersüchtigen Nebenbuhler uns durch Getreideausfuhrzölle aushungern wollen? Und woher soll dann die Industrie die tropischen und subtropischen Rohstoffe nehmen, die sie zur Erzeugung ihrer Waaren braucht und ohne die ihre Maschinen zum Stillstand und ihre Arbeiter zum Hungertode verurteilt sind? Wäre es nicht die schwerste Täuschung, zu glauben, dass die deutschen Kolonien in Afrika, in China und in der Südsee auch nur annähernd ausreichen könnten, die nötigen Nahrungsmittel und Fabrikationsrohstoffe für ein Grossmachtsvolk zu liefern, oder dass die Engländer, Russen und Amerikaner

uns gutwillig im Besitz dieser Kolonien lassen würden, sobald sie anch nnr annähernd diesem Zwecke entsprächen. Wird da nicht Deutschland genötigt sein, entweder wie Frankreich auf weitere Volksvermehrung zu verzichten, oder seinen Überschuss als Kulturdünger an englisch redende oder slavische Staaten abzugeben, wie es ihn in der Völkerwanderung an romanische Staaten verloren hat? Wird es nicht ebenso wie Frankreich und Österreich zum Mittelstaat herabsinken und genötigt sein, bescheiden ein beschanliches Winkeldasein zu führen, etwa wie jetzt die skandinavischen Länder?

Die Friedensträumer und Humanitätsgläubigen werden solche Schreckbilder verlachen; wer aber nüchtern die Lehren der Geschichte beherzigt, wird die Grösse und Nähe dieser Gefahren zu würdigen wissen. Wenn das Mittelalter hanptsächlich Lehnskriege führte und mit der überspannten Phantastik der Krenzzüge scbloss, wenn im 17. Jahrhundert die Religionskriege, im 18. die Kabinetskriege um Erbfolgestreitigkeiten, im 19. die Volkskriege auf Grund des Nationalitätsprinzips vorherrschten, so zeigt schon das Ende dieses Jahrhnnderts, dass wir in eine Periode eintreten, wo die Kriege um Kolonialbesitz und Handelsinteressen geführt werden, und dass dabei an die Stelle diplomatischer Ränke und nationaler Masseninstinkte die rücksichtslose Brutalität eines korrupten Jobbertums getreten ist, welches die leitenden Staatsmänner in sein Interesse zn ziehen und die öffentliche Meinung durch seine Presse zu fabrizieren versteht. Trifft nnn gar die Mache solcher Börsenspieler mit dem Expansionsbetrieb und der Eroberungsucht der Bevölkerung zusammen, dann verballt die Stimme der Gerechtigkeit, Billigkeit, Menschlichkeit, ruhigen Vernunft und weitblickenden Mässigung ungehört, und der Starke stürzt sich räuberisch auf den Schwachen oder auf den, den er für schwach hält und ungestraft auspländern zu können glaubt. Dieses Schicksal, vom Stärkeren beraubt zu werden, steht unweigerlich allen Kleinstaaten und Mittelstaaten bevor, wenn sie noch im Besitz von Kolonien sind, welche die Habgier von Weltgrossmächten reizen. Bei diesem ungenierten Zugreifen hat Russ-

land noch stets den Hochmut des asiatischen Despoten, Amerika das Rowdietum des protzigen Emporkömmlings, England die Scheinheiligkeit des frömmelnden Heuchlers, Frankreich die Grimassen des fanfaron und poltron zur Schau getragen, und sie werden auch wohl ferner ihren Gewohnheiten treu bleiben.

Wenn Deutschland, obwohl zu Lande eine europäische Grossmacht, doch zur See ein Kleinstaat bleibt, so werden früher oder später seine Kolonien diesem Schicksal aller Kleinen nicht entgehen, sobald ihr Besitz für England oder Amerika wünschenswert erscheint. Denn beide Staaten sind für uns unangreifbar, und unsere Kolonien können wir gegen sie nicht verteidigen, so lange ihre Flotte der unserigen überlegen ist und wir bloss auf unsere eigene Kraft angewiesen sind. Russland dagegen, dessen Grenze unserem Angriff offen liegt, wird bei seiner Kolonialpolitik immer zu einer gewissen Rücksicht gegen Deutschland genötigt sein. Wie sehr wir uns auch anstrengen, so können wir doch nicht hoffen, eine Kriegsflotte zu erlangen, die allein der englischen oder der künftigen amerikanischen gewachsen wäre, weil beide Länder reicher und günstiger gelegen sind, grössere Küstenentwicklung haben und nicht genötigt sind, ihre Kräfte auf eine Flotte und ein grosses Landheer zu zersplittern.

Der biedere Freisinn findet, dass der deutsche Handel sich ganz wohl dabei befunden hat, als er von den Grossmächten nur bittweise geduldet wurde und sich allerlei Fusstritte gefallen lassen musste; er hätte es für besser gehalten, diesen Zustand zu verewigen, als sich eine kleine Kriegsflotte und Kolonien zuzulegen, welche doch nur unbeschützbare Angriffsobjekte und verwundbare Punkte darbieten. Er vergisst nur, dass er dann auch die staatliche Zerrissenheit und Ohnmacht Deutschlands hätte verewigen müssen, welche die Voraussetzung für die gnädige Duldung des deutschen Handels bildeten. Er vergisst ferner, dass selbst bei Fortdauer der staatlichen Zerrissenheit und Ohnmacht diese verächtliche Duldung ein Ende genommen hätte, sobald der deutsche Handel sich als gefährlicher Nebenbuhler entpuppte, und dass der bisherige Fortbestand desselben nach dieser Enthüllung

doch ausschliesslich dem Ansehen Deutschlands als europäischer Grossmacht und seiner, wenn auch kleinen Kriegsflotte zu danken ist. Es ist immerhin ein Unterschied, ob ein Volk freiwillig aus bedientenhaftem Kleinmut auf seine Weltstellung und seine ganze Zukunft verzichtet, oder ob es wenigstens den Versuch macht, zu retten, was es zu retten vermag, mag immerhin der Versuch misslingen. Gerade die neuerliche Anerkennung der mannigfachen Überlegenheit des Deutschen durch seine Konkurrenten, die an die Stelle der früheren Geringschätzung getreten ist, sollte uns die Zuversicht geben, dass der Wettbewerb für uns keineswegs aussichtslos ist, wenn wir nur unsere ganzen Kräfte einsetzen.

Deutschland kann von seinem eigenen Boden erheblich mehr Menschen ernähren als jetzt. Zunächst harren noch bedeutende Ödländereien (Moore und Haiden) der Kultivierung; der Obst- und Gemüsebau, die Milchwirtschaft, die Geflügelzucht und die Hochseefischerei ist noch einer bedeutenden Steigerung fähig und der bereits in Benutzung genommene Boden kann bei kapitalintensiverer und arbeitsintensiverer Bewirtschaftung viel höhere Erträge bringen. Gegenwärtig fehlt nur das Kapital zu eingreifenden Ameliorationen, weil der Hypothekenkredit für unproduktive Zwecke (Erbteilung, Restkaufgelder und Konsolidierung persönlicher Schulden) bereits überanstrengt ist; ebenso fehlen im Osten die Arbeitskräfte zu arbeitsintensiverer Bewirtschaftung, weil ein Missverhältnis zwischen Gross- und Kleinbesitz besteht. Sobald der Hypothekenkredit auf Ameliorationen eingeschränkt wird und die Wiederansiedelung von Bauern einen genügenden Umfang erreicht, müssen beide Übelstände schwinden.[1]) Wenn die viehlose Landwirtschaft mit blosser Mineraldüngung und Pflanzendüngung durchdringt und statt der Bodenprodukte Vieh und gefrorenes Fleisch eingeführt wird, so können von demselben Boden, der jetzt der Viehzucht dient, viel mehr Menschen leben. Die Chemie hat das Problem der Spiritusbereitung aus Pflanzenfasern (Holzabfällen, Stroh und dergl.) bereits gelöst und ist nahe

1) Vgl. meine „Sozialen Kernfragen“ D I. „Die Bodenfrage“, D II. „Die Bevölkerungsfrage“. S. 440—571, 349—360.

daran, auch das der Zuckergewinnnng aus solchen billigen Rohstoffen zn lösen; sobald die Spiritus- nnd Znckerindustrie keine Rüben nnd Kartoffeln mehr braucht, wird wiederum eine grosse Bodenfläche für die Ernährung von Menschenzuwachs verfügbar. Die Industrie der Eiweissstoffe, die aus tierischen Abfällen oder pflanzlichen Materialien genommen werden, steckt jetzt noch in ihren Anfängen, wird aber in Kurzem der Volksernährung neue Hilfsqnellen eröffnen nnd die Einfuhr von Eiweissnahrung znm Ersatz selbstgezogenen Viehes sehr erleichtern. Man braucht nicht erst an etwaige künftige synthetische Nahrungsmittelproduktion aus Kohle, Wasser und atmosphärischem Stickstoff zn denken, um sich zn überzeugen, dass in hundert Jahren eine Ernährung grösserer Menschenmassen als heute von demselben Boden möglich sein wird.

Während die deutsche Ausfuhr in den letzten Menschenaltern ihrer absoluten Grösse nach beständig gestiegen ist, ist sie ihrer relativen Grösse nach gefallen; d. h. ein immer kleinerer Teil unserer nationalen Produktion wird ausgeführt, ein immer grösserer Teil wird im Inlande verbraucht. Diejenige Einfuhr, die wir mit ausgeführten Prodnkten bezahlen, ist absolnt genommen im Wachsen, aber relativ im Abnehmen (von 100 auf einige 70 Proz.), weil diejenige Einfuhr, die wir mit den Erträgen von Kapitalien ausländischer Anlage bezahlen, immer mehr zugenommen hat (von 0 auf einige 20 Proz.). Es lässt sich ein Zustand denken, in welchem der grösste Teil der Einfuhr durch ausländische Zinsguthaben und Gewinnanteile beglichen wird nnd nur ein geringer Bedarf für Ausfuhr übrig bleibt. Immerhin wäre es irrtümlich, daraus zu schliessen, dass die Ausfuhr unter Umständen entbehrlich werden könne; vielmehr bleibt eine wachsende Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen unentbehrlich und damit bleibt auch der Zweifel bestehen, wie wir uns beim zollpolitischen Abschluss der drei ersten Weltgrossmächte die Bezugsquellen für die unentbehrliche Einfuhr und den Absatzmarkt für einen Teil unserer Industrieprodukte sichern sollen.

An Kolonialprodukten werden die bereits in unserem Besitz

befindlichen Kolonien mit der Zeit doch schon eine ganz beträchtliche Menge liefern können; ebenso werden sie unseren Bedarf an Vieh, Fleisch und tierischen Produkten zum guten Teil decken können. Es ist nicht ausgeschlossen, dass wir diesen Kolonialbesitz bei günstiger Gelegenheit in ebenso friedlicher Weise erweitern, wie wir ihn erlangt haben. Was wir aus eigenen Kolonien einführen, können wir auch mit eigenen Industrieprodukten bezahlen; um diesen Betrag muss sich also der Bedarf nach fremdstaatlichen Absatzmärkten vermindern. Immerhin ist zuzugeben, dass die Kolonien, die wir besitzen und etwa noch zu erwerben hoffen dürfen, in keiner Weise ausreichen, um ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet herstellen zu können. Namentlich fehlt in ihnen eine ausreichende Getreideerzeugung, und da das europäische Russland, Nordamerika, Egypten und Ostindien in 10 bis 20 Jahren nicht mehr in der Lage sein werden, erhebliche Getreideüberschüsse abzugeben, so müssen wir uns vor allen Dingen nach neuen Kornbezugsquellen umsehen. Solche dürften in erster Reihe in Südamerika, der asiatischen Türkei und Südsibirien zu suchen sein. Es sind in diesen weiten Landstrichen noch Bodenschätze zu heben, die für den Zuwachs der Kulturmenschheit auf mehr als ein Jahrhundert ausreichen dürften, und auf weiter hinaus brauchen wir uns wohl nicht den Kopf mit Sorgen zu zerbrechen. Die Frage ist nur, wer diese Bodenschätze heben wird.

In Südamerika mischt sich italienische, spanische, deutsche und polnische Auswanderung auf das Bunteste; alle diese Auswanderer verlieren nicht wie in Nordamerika ihre Nationalität, sondern bewahren sie, und namentlich die Italiener und Polen suchen sich in geschlossenen Gruppen anzusiedeln. Die deutschen Ansiedler überwogen bis 1860 daselbst die Summe der nichtdeutschen, verschwinden aber seitdem mehr und mehr gegen die letzteren, weil die deutsche Auswanderung in den letzten Jahrzehnten durch die günstige Konjunktur in der Heimat überhaupt ins Stocken geraten ist. Wenn aber die Bevölkerungsspannung weiter zunimmt, so ist auch wieder eine Flut in der deutschen Auswanderung bei sinkender industrieller Konjunktur zu erwarten,

und es ist nicht nnwahrscheinlich, dass sich dann auch nach Südamerika ein stärkerer Strom ergiesst. Es sieht fast so aus, als wollte sich in Südamerika ein neues System von Nationalstaaten bilden, ähnlich wie in Europa, und es ist wohl anzunehmen, dass darunter auch deutsche Gebiete nicht fehlen werden, nnd dass diese anch ohne jede staatsrechtliche Zusammengehörigkeit mit dem Mutterlande doch gern engere Handelsbeziehungen mit ihm nnterhalten werden.

Eine grössere Abgabe dentscher Volksbestandteile nach Südsibirien wäre sehr zu bedauern. Die Geschichte der deutschen Kolonisation in Russland zeigt, dass Rückwanderung oder Untergang schliesslich immer das Ende ist für diejenigen, welche nicht gewillt sind, in die russische Nationalität aufzugehen. Dagegen bietet die asiatische Türkei in der Richtung der deutschen Eisenbahnen eine treffliche Gelegenheit für deutsche Ackerbaukolonien, die nach Vollendung des Bahnnetzes schwerlich unbenutzt bleiben wird. Deutschland hat im 19. Jahrhundert über 5 Millionen Auswanderer abgegeben; demnach würde es im 20. Jahrhundert über 12½ Millionen abgeben können, ohne seine Vermehrung auf das Zweiundeinhalbfache zu beeinträchtigen. Dreizehn Millionen Kolonisten können aber schon etwas liefern für den Bedarf des Mutterlandes, wenn sie sich anf geeignetem Boden ansiedeln.

Werden aber die drei ersten Weltgrossmächte ein solches Vorgehen Deutschlands dulden und seinen Handel nngestört lassen? Mit den Vereinigten Staaten haben wir kaum eine Interessenkollision zu fürchten. Sollten solche in der Südsee eintreten, so werden sie sich ebenso gut friedlich beilegen lassen, wie der Streit um Samoa. In Europa nnd Afrika haben die Vereinigten Staaten keine Interessen wahrznnehmen, in Asien beschränken sich dieselben auf die Ostküste, wo ohnehin schon vier Mächte darauf angewiesen sind, sich miteinander zu vertragen. Nur wenn Deutschland versuchen sollte, in Amerika staatsrechtlich festen Fnss zu fassen, könnte sich daraus ein ernstlicher Konflikt mit den Vereinigten Staaten entwickeln. Im übrigen können wir eher darauf rechnen, im Fall eines Streites mit England

an deu Vereiuigten Staaten einen Rückhalt als einen Gegner zu finden.

Russlands Interessensphäre ist auf Osteuropa und Nordasien beschränkt, das seinem Bethätigungsdrange ein ungeheures Feld eröffnet. Es würde an der Südküste des schwarzen Meeres, in Armenien oder Persien keinen Konkurrenten dulden; aber den südlichen Teil Kleinasiens, Syrien und Mesopotamien kann es ruhig der wirtschaftlichen Ausbeutung anderer überlassen, um seine Kräfte vor allzugrosser Zersplitteruug zu wahren. Sollte es aber deutschen Lebensinteressen in den Weg treten auch da, wo sie die seinigen nicht kreuzen, so muss es dessen eingedenk bleiben, dass es einem Landangriff des deutschen Nachbars offen liegt und nicht wie England und Amerika durch Meere und Ozeane von ihm getrennt ist. Je stärker Deutschland zur See wird, desto wertvoller wird seine Bundesgenosseuschaft für Russland gegen England und desto weniger wird Russland daran denken, ihm den uueutbehrlichen Anteil an Ackerbaukolonien zu versagen.

Der einzige Gegner, den uusere Kolouialausdehnung und unser Kolonialhandel zu fürchten hat, ist sonach Englaud. Nuu ist aber die Frage, ob England den Entschluss, sich den deutschen Konkurrenten gründlich vom Halse zu schaffen, rechtzeitig fasst, so lange sein labiles Gleichgewicht als Weltgrossmacht noch besteht. Wenn es das thut, so dürfen wir darauf rechnen, dass im gegebenen Falle die Feinde unseres Gegners unsere Bundesgenossen sein werden, und das um so sicherer, je grösser die Seemacht ist, die wir allein schou gegen England einzusetzen haben. Diese Feinde Englands sind Russland und Frankreich. Gelingt es, die französisch-russisch-deutsche Kriegsflotte der englischen gleich zu machen, so wird Eugland sich wohl hüten, diesen Dreibund herauszufordern, da selbst sein Sieg zur See den sicheren Verlust Indiens in solchem Falle nicht ausgleichen könnte. So dürfen wir denn auch die Missgunst Englands mit ruhigen Blicken betrachten, wenn wir nur fortfahreu, unsere Rüstung zur See zu verstärken, wozu wir ja auf dem besten Wege sind.

Es bleibt das Bedenken bestehen, dass Deutschland mit unzureichenden eigenen Kolonien und angewiesen auf die ergänzende Zufuhr aus Südamerika und der asiatischen Türkei sich doch in einer sehr prekären Lage befinden würde im Vergleich mit den drei ersten Weltgrossmächten, deren jede aus eigenem Kolonialbesitz ihren ganzen Bedarf zu decken vermag. Dieser Übelstand ist zugegeben; er muss aber hingenommen werden als eine Folge der Zerstückelung Deutschlands, die es zu spät überwunden hat, um bei der Teilung der Erde einen seiner Grösse entsprechenden Anteil zu erlangen. Aber wir dürfen darum nicht verzagen. Schon mehren sich die Anzeichen, dass den abgesprengten Gliedern des ehemaligen Reiches in der schutzlosen Selbständigkeit ihrer kleinstaatlichen Existenz bange wird, und dass sie sich mit dem Gedanken einer politischen und wirtschaftlichen Anlehnung an die deutsche Grossmacht beschäftigen.

Nachdem die thörichte Annexionsfurcht der 70er Jahre in Holland gewichen ist, hat man dort mit Schrecken wahrgenommen, wie kurzen Prozess Amerika mit den spanischen Kolonien gemacht hat, und wie liebreich und milde England gegen die stammverwandten Glaubensgenossen in Südafrika vorgeht. Man weiss ganz genau, dass man die holländischen Kolonien gegen den räuberischen Griff einer Weltgrossmacht noch weniger zu schützen vermag als Spanien die seinigen. Der Dortmund-Emskanal, der in Kurzem zu einem Rhein-Emskanal vervollständigt werden wird, und auch für grössere Fahrzeuge benutzbar gemacht werden kann, führt den Holländern vor Augen, wie leicht Deutschland seinen Rheinverkehr nach der Ems ablenken und durch Zollschranken von der Rheinmündung abschneiden kann, womit dann Holland die Hauptquelle seines Wohlstandes abgegraben wäre. Eben so gut weiss man, dass die Kräfte des Kleinstaates nicht ausreichen, um so bedeutende Kolonien wie Java und die Nachbarinseln voll auszunützen, dass es dafür des Zuflusses von Kapital und Arbeitskräften aus einem grösseren Vorratsbehälter bedürfte. Alle jene Gefahren liessen sich abwenden und alle diese Vorteile sich erlangen, wenn Holland ein Schutz- und Trutzbündnis und

eine Zolleinigung mit Zollparlament von Deutschland nachsuchte, also in ein ähnliches Verhältnis zum Reiche träte, wie die süddeutschen Staaten von 1866—1870 zum Norddeutschen Bunde Deutschland wird sicherlich nichts thun, ihm solchen Entschluss aufzudrängen, sondern kann abwarten, bis er sich von selbst durch die Logik der Thatsachen in den Köpfen der Holländer Bahn bricht. Dass durch solchen Zusammenschluss die Grossmachtstellung Deutschlands ebenso gewinnen würde wie seine Seegeltung und sein koloniales Wirtschaftsgebiet, ist unzweifelhaft; aber ein sich selbst genügendes Wirtschaftsgebiet würde auch damit noch nicht erreicht werden.

Die grösste europäische Frage des nächsten Jahrhunderts bietet, nachdem die europäische Türkei auf ein Minimum reduziert ist, Österreich dar. Es giebt Phantasten, die es für Deutschlands Aufgabe halten, Österreich-Ungarn und das türkische Reich beider Erdteile mit dem Schwerte zu erobern, und dabei vergessen, dass es weit schwerer ist, zu erhalten und zu verwalten als zu erobern, und dass vom Böhmerwald bis zum Schwarzen Meere zu einer mehr als sporadischen Kolonisation gegenwärtig gar kein Platz mehr ist. Schon bescheidener ist der kleine Überrest der einstigen „Grossdeutschen“, die den Ausschluss der Deutschösterreicher vom neuen Deutschen Reich nicht verschmerzen können und verlangen, dass Deutschland Österreich mit Gewalt zertrümmern und die ehemals zum Deutschen Bunde gehörigen Provinzen erobern solle. Sie weisen darauf hin, dass wir ohne einen Mittelmeerhafen keine geographische Basis für die wirtschaftliche Erschliessung Kleinasiens und Syriens haben. Sie verkennen aber, dass es eine Auslieferung der deutschen Politik an Rom wäre, wenn ein neuer katholischer Bundesstaat in das Reich und eine weitere starke Gruppe katholischer Abgeordneter in den Reichstag einzöge. Wir haben an der jetzigen Zentrumsherrschaft im Reichstag und in Bayern einen genügenden Vorgeschmack dessen, was wir dann zu erwarten hätten. So lange nicht Deutschösterreich ein paritätischer Staat wird, so lange die „Los von Rom“-Bewegung nicht wenigstens die

grössere Hälfte seiner Bewohner von dem Einfluss der römischen Priester befreit, so lange verbietet uns unsere Selbsterhaltungspflicht, Deutsch-Österreich in die deutsche Reichsverfassung als gleichberechtigtes Glied aufzunehmen, so lange kann immer nur von einer loseren Verbindung mit ihm die Rede sein.

Zu einer solchen bedarf es aber durchaus nicht notwendig eines Krieges. Schon Bismarck hatte gewünscht, das Bündnis zwischen Deutschland und Österreich der Sanktion der Parlamente zu unterbreiten und womöglich verfassungsmässig festzulegen. Der deutsch-österreichische Post- und Telegraphenverband zeigt, dass eine engere wirtschaftliche Verbindung auch ohne staatliche Verschmelzung möglich ist. Wir können nicht ahnen, wie rasch und bis zu welchem Punkte die zentrifugalen Tendenzen in Österreich führen werden, wann der Dualismus in Personalunion und diese in Sekundogenitur oder in Spaltung der Dynastie umschlagen wird, ob nicht ein Bürgerkrieg unter den Nationalitäten schon bald nach dem Tode des jetzigen Kaisers ausbrechen wird, und welche neuen Bildungen aus einem solchen hervorgehen mögen. Wir können nur wünschen, dass eine österreichische Katastrophe, falls sie unabwendbar ist, nicht so bald eintreten möge, damit wir bis dahin noch mehr Zeit und Ruhe haben, unsere Kraft zu sammeln und uns in die Reichsverfassung einzuleben.

Es kann ja sein, dass die ehemals zum Deutschen Bunde gehörigen westlichen Teile Österreichs sich in friedlicher Auseinandersetzung von den östlichen trennen und dann eine engere staatsrechtliche Verbindung mit dem Deutschen Reiche nachsuchen; es kann aber auch sein, dass diese Teile sich nach beendetem Bürgerkriege als selbständiges Staatswesen konstituieren und Anschluss bei uns suchen. Für solche Fälle können wir uns nicht versagen, müssen vielmehr bereit sein, einen etwaigen Brand im Nachbarhause rascher löschen zu helfen. Durch ein verfassungsmässiges Schutz- und Trutzbündnis mit Deutschösterreich, durch Eintritt desselben in den deutschen Zollverein und durch eine Militär- und Marine-Konvention würden wir für den

Handel mit dem Ostnfer des Mittelmeers dieselben Vorteile erlangen wie durch völlige Einverleibung; dagegen würden wir allen den Schwierigkeiten entgehen, die mit der letzteren verknüpft wären. Ein frenndschaftliches Bundesverhältnis mit Ungarn würde um so sicherer fortbestehen, je gründlicher die Einflüsse der westlichen Reichshälfte auf Ungarn beseitigt wären.

Dass Deutschland in engerer staatsrechtlicher Zusammengehörigkeit mit Holland nnd Deutschösterreich erst recht eine Grossmacht darstellen würde, dürfte in den Nachbarstaaten so wenig bezweifelt werden, dass die Neigung energisch hervortreten wird, eine solche bedenkliche Machterweiterung zu verhindern. Ob dieser Wunsch aber sich in kriegerische Thaten umsetzt, das wird doch noch sehr davon abhängen, welche militärische Stärke Dentschland in jenem Zeitpunkt im Verhältnis zu der seiner Nachbarn aufzuweisen haben wird. Das Königreich Preussen hat bis jetzt Perioden von einigen Jahren für sein Eingreifen in die Geschichte innegehalten: 1704, 1756, 1813, 1866. Zwei knappe Menschenalter haben stets genügt zu einer Volksvermehrung und Kraftansammlung, die es neuen, grösseren Aufgaben gegenüber leistungsfähig machte. Etwa um das Jahr 1920 würde diese Periode wiederum zu Ende sein. Deutschland wird dann etwa die doppelte Einwohnerzahl haben wie 1870 bei Beginn des französischen Krieges und sein Wohlstand wird in noch rascherer Progression gewachsen sein. Es dürfte dann wohl in der Lage sein, etwaige Einsprüche der Nachbarn gegen das Selbstbestimmungsrecht der dentschen Stämme mit Nachdruck zurückzuweisen. Deshalb dürfen wir aber anch keinesfalls über dem Ausbau der Kriegsflotte die Pflege des Landheers und seinen Fortschritt nach Massgabe der Volksvermehrung ans den Augen verlieren.

Solche Bündnisse und Angliederungen der Zukunft mögen geeignet sein, auch solche Gemüter zu beruhigen, die an ein fortdauerndes Anwachsen der Bevölkerungsziffer im nächsten Jahrhundert nicht zu glauben wagen; sie werden aber kaum ausreichen, die Besorgnisse zu zerstreuen, dass Dentschlands Kolonialgebiet auch dann noch nicht ausreichend sein würde, um ein sich

selbst genügendes, geschlossenes Wirtschaftsgebiet darstellen zu können. Diese Aufgabe kann in der That nur durch einen mitteleuropäischen Zollverein gelöst werden, der ausser Deutschland und Holland auch Frankreich und Belgien mit ihren Kolonien umfassen müsste.[1]) Je mehr sich die drei ersten Weltgrossmächte in ihrem Wirtschaftsgebiet abschliessen, desto dringender wird der handelspolitische Zusammenschluss der vier kontinentalen Nordseestaaten im Interesse ihrer Selbsterhaltung. Der Zug der Zeit geht nun einmal auf Beseitigung der kleinlichen Zollschranken zu Gunsten grosser Zollgebiete; der reaktionäre Widerstand der partikularistischen Interessen wird sich hier ebenso vor der Logik der Thatsachen beugen müssen, wie in Bezug auf die politische Agglomeration und das wachsende Übergewicht der grossen Verkehrssprachen über die kleinen Nationalsprachen. Frankreich, Belgien, Holland, Deutschland, Deutschösterreich und die Schweiz stehen sich in wirtschaftlicher Hinsicht so nahe, dass sie keinen vernünftigen wirtschaftlichen Grund mehr haben, ihre Grenzen durch Zölle gegeneinander abzusperren. In finanzieller Hinsicht aber würden sie allen Bedenken zum Trotz durch Verteilung der gemeinsamen Zollvereinseinnahmen nicht verlieren, sondern gewinnen, gerade so wie die deutschen Kleinstaaten dereinst durch Anschluss an den preussischen Zollverein gewonnen haben. Ein solcher mitteleuropäischer Zollverein wäre zugleich die beste Vorbereitung auf eine Zeit, wo ein bedenkliches Übergewicht Russlands die Selbständigkeit der europäischen Staaten in Gefahr bringen könnte, wenn sie nicht durch Einigkeit ersetzen, was ihnen an natürlichen Machtgrundlagen fehlt. Der Zollverein wäre zugleich der Friedensbund, der den europäischen Kulturvölkern die Bürgschaft gewährte, ihren grossen Aufgaben in friedlichem Wettbewerb ungestört durch Kriegsgefahren nachgehen zu können.

1) Vgl. mein Buch: „Zwei Jahrzehnte deutscher Politik und die gegenwärtige Weltlage“, S. 133—135, 400—401.

VI. Sozialdemokratie und Anarchismus als Abspaltungen aus dem Liberalismus.

(Dezember 1896).

1. Die Sozialdemokratie.

Der Liberalismus ging von der Ansicht aus, dass durch das freieste Spiel aller Kräfte die Wohlfahrt aller am besten gefördert werde. Dass die Glückseligkeit schon hier auf Erden für alle erreichbar sei, sobald nur erst die unvernünftigen Schranken der Bewegungsfreiheit beseitigt wären, galt ihm als selbstverständlich. Das laisser aller im Innern forderte schwache Regierungen, die sich jeder Einmischung in die Volkswirtschaft und den Kulturprozess enthielten und lediglich auf den Schutz der gleichen Rechtssphären aller beschränkten, nach aussen die Verkehrs- und Handelsfreiheit. Der Staat schrumpfte zu der Idee des rein formellen Rechtsstaates ein, welche Lassalle eine „Nachtwächteridee" vom Staate genannt hat; die Rechtsgleichheit der Unterthanen konnte ebenfalls nur ganz formell verstanden werden. Der Liberalismus nannte sich zwar nach der Freiheit, aber diese war ihm doch eigentlich nur Mittel zur Wohlfahrt und zwar zur irdischen Glückseligkeit. Dass ein Widerstreit zwischen der Glückseligkeit des Einzelnen und der Gesamtheit, zwischen Individual- und Sozialeudämonismus, eintreten könne, schien ihm ausgeschlossen.

Da die Glückseligkeit schon hienieden für erreichbar galt, fiel jedes Motiv für die Projektion des Glückseligkeitsideals ins Jenseits hinweg; d. h. der Liberalismus ist ein rein irdischer Eudämonismus, der als eudämonistischer Optimismus auch kein Erlösungsbedürfnis kennt. Mit der transzendenten Projektion des Glückseligkeitsideals ins künftige Leben und mit dem Erlösungs-

bedürfnis sind aber die Wurzeln der Religion durchschnitten; der Liberalismus hebt in seiner selbstzufriedenen Weltlichkeit jede innere Beziehung zur Religion auf und lässt nur den Schein der Religiosität auf Grund alter Gewohnheit und konventioneller Respektablität bestehen. Als Ersatz der transzendenten Ideale gilt ihm das der Humanität, d. h. der allseitigen Entfaltung der in der Menschheit enthaltenen Anlagen, welches als ein Nebenprodukt der Freiheit durch das volle sich Ausleben aller individuellen Anlagen mit automatischer gegenseitiger Harmonisierung erreicht werden soll. Im Einklang mit diesem Humanitätsideal wird auch das Glückseligkeitsideal wesentlich in geistigem Sinne aufgefasst, ohne darum die Grundlage des sinnlichen Behagens zu vernachlässigen, die bei Feuerbach vielmehr wieder in den Vordergrund tritt.

Diese Weltanschauung musste in die Brüche gehen, sobald die Voraussetzung, auf der sie ruhte, ins Wanken geriet, nämlich der Glaube, dass durch die Herstellung der formellen Freiheit Aller die irdische Glückseligkeit Aller ganz von selbst zur Entfaltung kommen müsse. Da alle Menschen kurzsichtig sind, so verstehen sie nicht, zu rechter Zeit auf einen augenblicklichen Vorteil um eines dauernden Gewinnes willen zu verzichten. Infolge dessen wird die Maximation des Gesamtwohles behindert durch unkluges Hervordrängen von Sonderinteressen. Die Verleitung dazu scheint am nächsten zu liegen, wo starke Ungleichheit des Besitzes und ein Interessengegensatz der besitzenden und besitzlosen Klassen sich herausgebildet hat; der Einklang der Klassenwohlfahrt und der Gesamtwohlfahrt erscheint dann getrübt, und die formelle Rechtsgleichheit erweist sich als unfähig, um die unverhältnissmässige Ungleichheit des Besitzes und der in ihm ruhenden Macht auszugleichen. Insofern der Glaube an die Erreichbarkeit der Glückseligkeit auf Erden und an die Harmonie des wohlverstandenen Individualeudämonismus mit dem Sozialeudämonismus bestehen bleibt, erscheint nun gerade die individuelle wirtschaftliche Freiheit als das eigentliche Hindernis, das laisser aller als der Krebsschaden, der überwunden werden

mnss. Die Freiheit, die nicht mehr als das geeignete Mittel zum Ziele der Wohlfahrt angesehen werden kann, muss weggeworfen werden nnd derjenigen sozialen Gebnndenheit weichen, die eine Maximation des Gesamtwohles zu verbürgen scheint. Die liberale Forderung der formellen Rechtsgleichheit spottet ihrer selbst, wenn sie nicht auf Gleichheit des materiellen Besitzrechtes ansgedehnt wird; denn die höchstmögliche Glückseligkeit der grösstmöglichen Zahl verlangt eine nur durch die Genussfähigkeit modifizierte Gleichheit der Güterverteilnng.

Der Rechtsschntz des Staates wird zum Unrechtsschntz der Ausbenter, die ihre formelle Freiheit materiell gemissbrancht haben znr Unterdrücknng der Besitzlosen. Die Regierungen werden nnn nicht mehr bloss bekämpft, sofern sie mit ihrer Thätigkeit über den Rechtsschntz übergreifen, sondern als krystallisierter Niederschlag des Unrechtes der bisherigen Gesellschaftsordnung, als die Träger der organisierten Macht der ausbeutenden Klassen. Der Staat büsst damit die letzte Funktion ein, die ihm der Liberalismus noch gelassen hatte. Mit der Herstellung der sozialistischen Zwangsgesellschaft, welche die endämonistische Maximnmsaufgabe löst, erlischt der Staat von selbst. Denn die Harmonie des Gesamtwohles und Einzelwohles wird dann nicht bloss vollkommen verwirklicht, sondern auch Allen einlenchtend sein, so dass jedes Motiv zur Auflehnung von Sonderinteressen nnd damit die Strafrechtspflege hinwegfällt. Die bürgerliche Rechtspflege wird dadnrch gegenstandslos, dass die Organe der Zwangsgesellschaft jedem das Seine zuteilen, also kein Streit um Mein nnd Dein mehr entstehen kann. Der Schutz des Staates nach Aussen wird überflüssig, weil die verschiedenen nationalen Zwangsgesellschaften in vollkommener Interessenharmonie mit einander leben, und die bisherigen Kriegsanlässe, die aus dem Interessengegensatz der ausbeutenden Klassen herrrührten, verschwinden. Die pietätvolle Scheu vor überkommener Sitte und konventioneller Respektabilität, die in dem Liberalismus noch eine gewisse Scheinreligiosität aufrecht erhalten hatte, verliert ihre Bedentnng mit der Verwirklichung des demokratischen Ideals,

mit dem der Liberalismus bloss gespielt hatte, d. h. mit der Herrschaft der grössten Zahl, die nichts anderes als die „Diktatur des Proletariats“ sein kann. Die Kirche und ihre Lehre wird nun als ein Mittel der Volksverdummung und -Beschwichtigung, als ein Werkzeug der Ausbeuterklasse zur Befestigung ihrer Macht bekämpft; in Bezug auf den mystischen Inhalt der Religion wird offen die Konsequenz des rein weltlichen und diesseitigen Glückseligkeitsideals gezogen.

So ergiebt sich, dass die Sozialdemokratie fast in jeder Hinsicht der Erbe des Liberalismus ist. Die Wohlfahrt als letztes Ziel, der Glaube an die völlige Harmonie des Einzelwohles mit dem Gesamtwohl unter richtig geordneten Verhältnissen, die optimistische Überzeugung von der Erreichbarkeit der Glückseligkeit auf Erden, bleibt bestehen; die für freiheitlich geltende Opposition gegen die Staatsregierung wird verschärft, das Streben nach der Verwirklichung des demokratischen Ideals gesteigert, die Forderung der Gleichheit von dem formellen Recht auf die soziale Lage ausgedehnt, die Überflüssigkeit des Staates, des Rechtes und der Religion und die Notwendigkeit einer annähernd gleichen Genussgüterverteilung an Alle werden als folgerichtige Konsequenzen aus den Voraussetzungen des Liberalismus entwickelt.

Nur in einem Punkte steht die Sozialdemokratie in grundsätzlichem Gegensatz zum Liberalismus. Sie begreift, dass die schrankenlose Freiheit nicht das Mittel zum höchstmöglichen Glück der grösstmöglichen Zahl sein kann, sondern nur die organisierte Zwangsgesellschaft, d. h. die Vernichtung jeder Bewegungsfreiheit auf wirtschaftlichem Gebiet. Sie weiss, dass die wachsende Freiheit des Menschen von der Natur und seine zunehmende Herrschaft über dieselbe bezahlt werden muss mit wachsender sozialer Unfreiheit.[1]) In dieser Einsicht ist sie dem Liberalismus theoretisch überlegen und setzt eine Wahrheit an Stelle eines Irrtums. In den Irrtümern aber, die sie ungeprüft

1) Vgl. „Das sittliche Bewusstsein“, 2. Aufl., Leipzig bei H. Haacke, S. 315—318.

vom Liberalismus übernommen und beibehalten hat, ist sie wenigstens konsequenter als dieser, und hat das Verdienst, offen aufzudecken, wohin das folgerichtige zu Ende Denken der einmal angenommenen Voraussetzungen führt.[1]) An die Stelle des Humanitätsideals, als Nebenproduktes der Freiheit, tritt bei ihr der Begriff des „menschenwürdigen Daseins", das, in der bisherigen Gesellschaftsordnung für die Mehrzahl unerreichbar, erst in der neuen Zwangsgesellschaft verwirklicht werden soll. Wie sich im Liberalismus das Humanitätsideal mit dem Ideal einer vergeistigten Glückseligkeit decken sollte, so in der Sozialdemokratie das menschenwürdige Dasein mit derjenigen Glückseligkeit, welche für das Proletariat allein in betracht kommen kann, dem sinnlichen Behagen.

Die Kindlichkeit der Illusionen, aus denen die Euthanasie des Staates gefolgert wird, ist so evident, dass Niemand zweifeln kann, die staatlichen Funktionen werden auch nach Einrichtung der Zwangsgesellschaft fort bestehen, nur dass sie dann von dieser ausgeübt werden. Die Kritik dieser Illusionen, die man früher in der „Bourgeois-Litteratur" suchen musste, kann man jetzt auch in der sozialdemokratischen finden.[2]) Die Diktatur des Proletariats stellt sich jetzt wohl keiner mehr der sozialdemokratischen Führer anders vor, als dass die Abgeordneten, Redakteure und Vereinsvorsitzenden der Partei sich künftig auf die Plätze der staatlichen Verwaltungsmaschinerie setzen wollen, auf denen die Vertreter der herrschenden Klassen bisher gesessen haben. Im Übrigen würde der ganze staatliche Geschäftsgang unverändert bleiben, nur dass ein Wechsel der herrschenden politischen Partei stattgefunden hätte, und die ans Ruder gelangte nun mit der Gesetzgebung ihre gewagten Experimente anstellen würde. Dass die materielle Gleichheit und gleichmässige Beglückung Aller ein Hirngespinnst ist, gerade gut genug, um es für die ungebildete, aber illusionsfähige Masse als Aushänge-

1) Ebenda S. 486—495, 499—501.

2) Vgl. z. B. Katzensteins „Kritische Bemerkungen zu Bebels Buch: Die Frau und der Sozialismus" in „Die neue Zeit" 1896/1897, Nr. 10 S. 293—303.

schild zu benutzen, wissen die Parteiauguren sehr wohl und hüten sich darum sorgfältig, den Schleier von dem Ideale zu lüften. Der Enthusiasmus, den diese Fata Morgana vor einem Menschenalter bei unkritischen, abstrakten Idealisten erweckte, ist längst verraucht. Die begeisterten, dilettantischen Autodidakten, welche damals die Partei leiteten, werden sichtlich durch akademisch geschulte Kräfte ersetzt und in den Hintergrund gedrängt, die lediglich noch als Geschäftspolitiker gewürdigt werden müssen. Der Eintritt in die Parteiorganisation ist zu einer politischen Carrière geworden, so gut wie es der in das staatliche Beamtentum oder der in die katholische Kirche ist. Die sozialdemokratische Partei bildet, wie die katholische Kirche, einen Staat im Staate mit eigener Besteuerung, Beamtenhierarchie und Presse, und geht darauf aus, den Staat, den sie über sich hat, aufzusaugen und sich und ihre Leute an die immer noch nahrhafteren grösseren Krippen dieses grösseren Staates zu bringen. Von idealistischem Enthusiasmus ist dabei eben so wenig mehr die Rede, wie etwa in einem Ministerialbureau oder dem Redaktionsbureau einer liberalen Zeitung.

Wie in der Kirche ist auch in dieser Partei eine orthodoxe Dogmatik aufgestellt, die auf alle Fragen fertige Antworten hat und in den Redeschulen der Partei ihren subalternen Agitatoren gedächtnismässig eingetrichtert wird. Das Ideal ist dabei immer nebelhafter und unfassbarer geworden, je ferner sich seine Verwirklichung hinausgeschoben hat, die, ganz wie das christliche Himmelreich, Anfangs der lebenden Generation als nahes Ziel gezeigt wurde, jetzt aber völlig ins Unbestimmte gerückt ist.

Kein Wunder, dass da sich immer einseitiger der brutale Klassenegoismus des Proletariats hervordrängt, das Ideal aber die werbende Kraft auf die gebildete idealistische Jugend sichtlich immer mehr verliert, die es in den verflossenen Jahrzehnten ohne Zweifel besessen hat. Bisher haben alle herrschenden Klassen in der Zeit des staatlichen Aufschwungs sich thatsächlich bemüht, die Gesetzgebung im Sinne ausgleichender Gerechtigkeit und allgemeiner Wohlfahrt zu leiten, und nur die mensch-

liche Schwachheit hat sie dazu geführt, dass sie unwillkürlich dabei doch das Interesse der eigenen Klasse mehr als das der übrigen berücksichtigten. Erst in Zeiten der Erschütterung und des Niederganges pflegt der Klassenegoismus in ungenirter Nacktheit hervorzutreten und die Gesetzgebung für einseitige Sonderinteressen ausbeuten zu wollen. Die sozialdemokratische Geschichtsschreibung aber behauptet, dass zu allen Zeiten die herrschende Klasse die Gesetzgebung und Staatsmacht in bewusster Absicht und aller Gerechtigkeit zum Hohne zu ihren Gunsten und zum Nachteil der Unterdrückten ausgenutzt habe, und sie sucht durch diese Geschichtsfälschung sich selbst gleichsam die entschuldigenden Präzedenzfälle herbeizuschaffen, um den ungerechten Missbrauch der künftigen Gesetzgebung zum einseitigen Nutzen des Proletariats zu beschönigen, auf den ihre Absicht in schamloser Offenheit hinausläuft.

Das sozialdemokratische Ideal der kollektivistischen Zwangsgesellschaft deckt sich, wie ich dies schon vor 22 Jahren dargethan habe, ganz genau mit derjenigen Organisation, die nach der Konsequenz der liberalen Anschauungen das Gefängnis der Zukunft haben müsste.[1]) Es geht darin nicht nur jede Spur von Freiheit und Selbstbestimmung verloren, sondern die dafür verheissene Glückseligkeit ist selbst bloss noch eine des Magens, wie das Vieh auf der Weide sie auch hat. Wenn schon die konsequente Durchführung des demokratischen Prinzips jede Aristokratie vernichtet, alles Hervorragende auf die Kulturstufe des Proletariats herunterzieht und diese dadurch beständig erniedrigen muss bis zur Wiedervertierung, so vollzieht sich dieser Niedergang doppelt schnell nach dem sozialdemokratischen Prinzip, weil hier zugleich jedes Motiv eines Strebens nach hervorragenden Leistungen durch die Gleichmässigkeit der Genussgüterverteilung abgeschnitten wird.[2]) Ein solches Ideal, das in allgemeiner Barbarei und

1) Vgl. „Das Gefängnis der Zukunft" in meinen „Gesammelten Studien und Aufsätzen". 3. Aufl. Leipzig bei Haacke A. X. S. 206—232.

2) Vgl. „Das sittliche Bewusstsein", 2. Aufl. S. 501—509. Die genauere Kritik der Sozialdemokratie findet man in meinem Buch: „Die sozialen Kernfragen",

Bestialität endet, kann nicht nach dem Geschmacke idealistisch gesinnter Gemüter sein; der wirkliche Tod würde einem solchen Tode bei lebendigem Leibe vorzuziehen sein. Selbst der roheste Arbeiter merkt an seinem Leibe, wie der Terrorismus jener Zwangsgesellschaft beschaffen sein würde; denn er bekommt einen Vorschmack davon, wenn er mit einer Mehrheit „zielbewusster Genossen“ in einer Fabrik zusammen arbeitet und es wagt, eine abweichende Ansicht zu haben oder gar seine Beitragszahlungen zur Parteikasse zu verweigern.

Das Ideal ist aber nicht nur seinem Inhalt nach abschreckend, sondern es ist auch thatsächlich unrealisierbar und schon in diesem Sinne utopistisch. Dass eine Minoritätsrevolution entweder misslingt oder nach kurzem Erfolge durch die nachfolgende Reaktion der Mehrheit in einem Meer von Blut ersäuft wird, wissen die sozialdemokratischen Führer sehr wohl. Die Diktatur des Proletariats kann nur dann erreicht werden, wenn die sozialdemokratische Partei die Mehrheit des Volkes auf ihre Seite herübergezogen und sie zum letzten Entscheidungskampfe hinreichend organisiert und mit genügenden Machtmitteln ausgerüstet hat. Nun ist aber die Partei jetzt ungefähr auf dem Punkte angelangt, dass sie nicht mehr viel neue Wahlstimmen und Reichstagssitze aus den Kreisen der industriellen Arbeiterschaft erobern kann. Selbst wenn sie durch Gewinnung des ländlichen Arbeiterproletariats ihre Zahl verdoppelte, so würde sie doch immer erst einen kleinen Bruchteil der Nation ausmachen. Aber schon von ihren jetzigen Wählern würden neun Zehntel die Gefolgschaft bei einer Revolution verweigern, weil sie nur versuchsweise den sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme gegeben haben. Diese v e r s p r e c h e n ihnen wenigstens zu helfen, während sie von den anderen Parteien eine nachdrückliche Wahrnehmung ihrer Interessen nicht erwarten.

Aber auch die Geduld der Arbeiter hat eine Grenze. Nach-

Leipzig bei Haacke, S. 16—17, 25—26, 30—32, 42—44, 58—59, 60—61, 82—83, 94—95, 115—117, 167—170, 189—190, 201—203, 209—211, 277, 295—297, 325—328, 342—343, 366—367, 371—372, 383, 390—391, 430, 509—514, 562—571.

dem sich ein Menschenalter hindurch von diesen Verheissungen nichts erfüllt und die Partei nichts für sie geleistet hat, müssen sie doch endlich einmal misstrauisch werden. Die Arbeiter müssen früher oder später dessen müde werden, mit ihren abgedarbten Groschen einen Stab von Geschäftspolitikern zu alimentieren, die grundsätzlich für ihr Wohl nichts thun wollen, sondern sie als gleichgiltiges Menschenmaterial im Klassenkampf zum Besten einer unabsehbaren Zukunft verbrauchen. Die orthodoxe sozialdemokratische Doktrin fürchtet nichts mehr als eine Verbesserung der Lage der Arbeiter, weil sie nur von einer Verschlechterung derselben bis zur Unerträglichkeit die nötige revolutionäre Spannung erhofft. Mit sauer-süsser Miene haben die Führer dem Drängen ihrer Auftraggeber so weit Rechnung getragen, dass sie gewisse Verbesserungen der Arbeiterlage als zulässig erachten, nicht um der Arbeiter selbst willen, sondern um deren Kraft im Klassenkampfe zu stärken. Aber sie wachen mit Argusaugen darüber, dass diese Verbesserungen ja nicht etwa so weit gehen, um die revolutionäre Spannung zu beseitigen und den Klassenkampf zu einem zeitweiligen Waffenstillstand kommen zu lassen. Wenn diese Sachlage erst einmal von den Wählern durchschaut wird, so muss ein massenhafter Rückgang der Wahlstimmen erfolgen, und dieser Augenblick wird vielleicht früher eintreten, als die Sozialdemokratie im ländlichen Proletariat Anhänger gewinnt. Die älteren Arbeiter sind schon längst stutzig geworden und werden nur noch durch den Terroismus der Jugend bei der Fahne festgehalten, die bei ihrer Unerfahrenheit und Unreife illusionsfähiger und leichtgläubiger ist. Auch die älteren Landarbeiter lachen verächtlich über die Versprechungen in den ihnen in die Hände gesteckten sozialdemokratischen Flugschriften, wenn sie sich erinnern, die nämlichen unerfüllt gebliebenen Verheissungen schon vor fünfundzwanzig Jahren in solchen Blättern gelesen zu haben.

Aus allen diesen Gründen regt sich mächtig die Unzufriedenheit mit den Führern in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und greift der Zweifel an der Richtigkeit des Zieles und der

bisher befolgten Taktik immer weiter um sich. Diese Sachlage spiegelt sich in der Gliederung der Partei in einen rechten Flügel, ein Zentrum und einen linken Flügel. Die Abspaltung und Ausstossung des letzteren ist von Seiten der Partei bereits damals vollzogen worden, als sie die „Jungen“ von sich ausschloss und den Anarchisten die Teilnahme an den sozialistischen Kongressen versagte. Die des rechten Flügels war auf dem drittletzten Parteitag in Gotha nahe daran, sich zu vollziehen, ist aber vorläufig vertagt worden zu Gunsten der äusseren Machtstellung der Partei. Bis jetzt haben die subalternen, auf die orthodoxe Marx-Engel'sche Doktrin eingedrillten und eingeschworenen Geister die Mehrheit auf den deutschen Parteitagen behauptet. Sollte aber ein stärkerer Rückgang der mit dieser Mehrheit unzufriedenen Wähler eintreten, so kann das Blatt sich wenden und dem rechten Flügel die Führung der Partei zufallen, den man etwa den „possibilistischen“ nennen könnte.

Derselbe Umschwung kann auch unabhängig von einem Rückgang der Wahlstimmen durch die Emanzipation der Gewerkschaften von der Vormundschaft der Partei und von ihrem Missbrauch zu politischen Parteizwecken herbeigeführt werden. Ein charakteristisches Symptom für diese Gesinnungswandlung bildet die Beseitigung des sozialdemokratischen Redaktionskomités aus dem Verbandorgan der Buchdruckergewerkschaft, die durch Alter, finanzielle Fundierung und Intelligenz immer an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung gestanden und einen vorbildlichen Einfluss gehabt hat. Die jüngeren gewandten Geschäftspolitiker der Partei wären sicher die ersten, eine solche Drehung des Windes mitzumachen; die subalternen Agitatoren freilich, die nur die auswendig gelernten orthodoxen Phrasen und Schlagworte herunterdonnern, würden meistens unfähig sein, umzulernen und müssten wieder einfache Arbeiter werden. Für die idealistischen, alten Säulen der Partei hat die Stunde ohnehin längst geschlagen; sie werden so wie so mit oder ohne Gnadenbrod bei Seite geschoben, denn es giebt nichts Undankbareres als die Masse.

Ob nun nach ihrer Scheidung vom Anarchismus die ganze

sozialdemokratische Partei sich in eine possibilistische Arbeiterpartei umwandelt, oder ob sich eine solche von ihr abspaltet und der Rest kümmerlich noch eine Weile fortvegetiert, jedenfalls geht sie als das, was sie ihrem Programme nach heute ist, in nicht zu langer Frist zugrunde. An ihre Stelle aber tritt der Anarchismus und der Possibilismus, d. h. eine völlig radikale, auf einem festen Prinzip fussende, aber abstrakt idealistische, und eine opportunistische, prinziplos sich mit Kompromissen begnügende, aber realpolitische Partei.

2. Der Anarchismus.

Wenn die sozialdemokratische Doktrin mit dem Glückseligkeitsziel des Liberalismus Ernst zu machen versucht und darüber die Freiheit in unerträglicher Weise zerstört hatte, so versucht der Anarchismus dasjenige zum Selbstzweck zu erheben, was im Liberalismus nur Mittel gewesen war, die Freiheit. Freiheit und Anarchie sind gleichmässig negative Begriffe, die ganz dasselbe bedeuten, nämlich die Ledigkeit von jedem Herrschaftszwang, sei es anderer Menschen, sei es übermenschlicher Mächte, sei es eines allgemeingiltigen und verbindlichen Gesetzes. Die positive Seite, die der negativen anarchistischen Freiheit entspricht, ist lediglich die grundlose Willkür, das launenhafte Belieben, die absolute Zufälligkeit des Wollens oder Nichtwollens und des eventuell Gewollten, die unbeschränkte Selbstherrlichkeit des Ich, oder die Souveränität des Individuums. Jedes Gesetz, das sich dem Individualwillen aufzuerlegen versucht, gilt nun als abzuwehrende Freiheitsbeschränkung; jedes Ideal, das sich über die subjektive Laune zu stellen und als zu realisierende Norm aufdrängen will, wird als ideologisches Hirngespinnst, als äffendes Trugbild verworfen. Das Allgemeine ist nun berechtigungslos gegenüber dem Einzelnen, die Menschheit oder das Volk gegenüber dem Menschen, der sich als Ich, d. h. als ein Ganzes in sich selbst fühlt; jede Rechtsordnung erscheint nun als anmassende Vergewaltigung des Einzelnen durch die überlegene Macht der Vielen.

Eine Selbstbestimmung nach vernünftigen, selbstgegebenen Gesetzen ist ebenso unmöglich wie Unterwerfung nnter ein heteronomes Gebot; denn die freie Willkür lässt sich ebenso wenig durch sich selbst wie durch etwas Anderes im Vorans binden. Der Wille jedes Augenblicks ist sonverän und darf keine Schranken anerkennen, die er sich selbst in einem vergangenen Augenblick gezogen hat, wenn er nicht gegen das Prinzip der Freiheit verstossen soll. Alle ans der individuellen Anlage stammenden Tendenzen, die den Willen an Regeln binden nnd in feste Bahnen lenken möchten, widersprechen dem Freiheitsprinzip und müssen von diesem ans bekämpft und nnterdrückt werden. Insbesondere gilt dies für solche Tendenzen, die den Eigenwillen in den Dienst fremder Zwecke oder gar des Allgemeinen spannen möchten, z. B. für die sozialen Instinkte und durch die Vorfahren erworbenen moralischen Gefühle, für den sittlichen Takt und Geschmack, vor Allem aber für den Vernunfttrieb, der sich als Sinn für Wahrheit, Ordnnng, Gerechtigkeit, Billigkeit und Zweckmässigkeit äussert.

Es ist zwar nicht ausgeschlossen, dass der Individualwille kraft seiner Freiheit zufällig einmal auch das Gemeinwohl, oder die Hnmanität, oder die Religiosität oder Sittlichkeit zum Inhalt wählt; aber wenn er solchen Idealen dauernd dient, sie irgend welche Macht über sich gewinnen lässt, dann ist es mit seiner Freiheit vorbei, und er ist znm Sklaven jener Ideen geworden. Jedenfalls kann er ebenso gut das allgemeine Verderben, die Menschenquälerei, die Gottesverachtung, den Teufelskultus nnd die Bosheit zum Inhalt seines Willens machen; denn es giebt kein Merkmal mehr, durch das ein Vorzug des einen Inhalts vor dem anderen festzustellen wäre. Nichts hat mehr einen Wert oder eine Berechtigung im objektiven oder absoluten Sinne; aller Wert des Angeublicks entspringt nur aus dem zufälligen Umstande, dass das Wollen dieses Angenblicks in seiner grundlosen Willkür dieses zu seinem Inhalt zu nehmen beliebt hat. Darum hat jetzt nicht einmal mehr die eigene Glückseligkeit einen selbständigen Wert an sich, sondern nur sofern der Wille sie zufällig gerade

erstreht; wenn es ihm belieht, sie verächtlich von sich zu stossen und seine Sache auf Nichts zu stellen, so hat sie gar keinen Wert mehr, und wenn er asketische Selbstqnälerei vorzieht, so ist damit ihr diametrales Gegenteil als das zeitweilig allein Wertvolle gesetzt. Lehre und Unterweisung ist auf diesem Standpunkt nur im negativen Sinne möglich, nämlich als Warnung vor freiheitstörenden Einflüssen, die sich nnvermerkt einschleichen könnten. Da das Freiheitsprinzip die schlechthin nnvernünftige Willkür ist, so ist sein eigentlicher Antipode das Vernnnftprinzip, der Rationalismus, sowohl als hewusster Rationalismus wie in allen seinen nnhewussten Verkleidungen. Alle sogenannte Vernunftwahrheit ist nun der schlimmste Trug und Wahn, und die allein wahre Wahrheit besteht in der Anerkennnng der unvernünftigen Freiheit als alleinigen praktischen Prinzips. Wo so die Vernunft prinzipiell verpönt werden muss, kann nicht mehr vom Erkennen, sondern nur noch von einem Spielen mit Einfällen und gedanklichen Phantasien die Rede sein, die den Schein von Erkenntnissen vorspiegeln.

Dass die absoluten Selbstherrscher und Tyrannen von jeher eine über dem Gesetze stehende Souveränität für sich heansprucht hahen, ist bekannt; aher der Liheralismus hat diesen Anspruch auch von jeher verworfen. Carlyles Heroenkultus hat zuerst für die Heroen der Menschheit eine solche Ausnahme zu rechtfertigen gesucht, aher noch wesentlich im Sinne des Liheralismus, um die Wohlfahrt der von ihnen Geleiteten und Regierten schneller und kräftiger zu fördern, als es auf andere Weise möglich gewesen wäre. Stirner nimmt die Souveränität, die Carlyle nur den Heroen zuschreiht, für jedes Ich in Anspruch, wiegt sich dann aher doch wieder in den Wahn, als oh die Individuen von ihrer unheschränkten Freiheit hloss einen friedlichen nnd freundschaftlichen Gebrauch machen würden. Nietzsche zerstört diese Illusion, indem er das anarchistisch-souveräne Individuum als den bestialischen Tyrannen, als den völlig rücksichtslosen Übermenschen enthüllt, dem die ganze Menschheit nur gleichgiltiges Material zur Befriedigung seiner Launen ist. In diesen heiden

Denkern hat sich die klare Herausstellung und theoretische Durchbildung des anarchistischen Prinzips vollzogen. Was dagegen von revolutionären Politikern für die Theorie des Anarchismus geleistet ist, kommt nicht über unklar tastende Versuche hinaus. Stirner und Nietzsche werden künftig eine ähnliche Bedeutung für die Anarchisten haben, wie Marx und Engels für die Sozialdemokratie gehabt haben und noch haben, und wie Adam Smith, Bentham, Mill und Feuerbach für den Liberalismns gehabt haben. In allen drei Fällen dienten die Theoretiker den Männern der Praxis als Wegweiser.

Bei Stirner und Nietzsche rnht der Anarchismus auf der erkenntnistheoretischen Grundlage des transzendentalen Idealismus. Wenn das Ich der (obwohl vergängliche) Schöpfer seiner selbst und die Welt bloss sein Bewusstseinsinhalt nnd Erkenntnisobjekt ist, so verfährt es nur folgerichtig, wenn es sie anch in praktischer Hinsicht als sein Objekt, sein Eigentum, sein Geschöpf behandelt, und mit ihr in souveräner Willkür ebenso rücksichtslos und skrupellos schaltet wie der Träumende mit seiner Traumwelt. Während Fichte den erkenntnistheoretischen Idealismns hauptsächlich als ein Mittel zur Sicherstellnng des ethischen Idealismus ergriffen und festgehalten hatte, gebührt Stirner und Nietzsche das philosophische Verdienst, die wahren praktischen Konsequenzen des erkenntnistheoretischen Idealismus ans Licht gestellt und ihn dadurch für jeden Besonnenen ad absurdum geführt zu haben. Die Anarchisten aber verstehen diesen Zusammenhang garnicht, halten sich nur an Stirners nnd Nietzsches Lehre von der Selbstherrlichkeit des Ich nnd verpflanzen dieselbe auf den Boden des naiven Realismns, wo sie zu einer thörichten Ungeheuerlichkeit wird.

Wenn alle Menschen zahme Haustiere, liebreiche Engel, oder reine Vernunftwesen wären, so wäre die Gefahr der Anarchie nicht gross; da aber in jedem Menschen neben dem Engel ein gut Teil Bestie und ein Stückchen Teufel schlummert, so wird die Zertrümmerung aller Schntzdämme der Rechtsordnnng und Sittlichkeit in nur zu Vielen die Rohheit und Bosheit erwecken, um

sie rücksichtslos an den Nächsten auszulassen. Die friedlichen und sanften Naturen werden dann garnicht umhin können, ebenfalls zum Hammer zu werden, wenn sie nicht bloss geduldiger Ambos bleiben wollen, d. h. die Folge der Anarchie ist der Krieg Aller gegen Alle, der Kultur und Wohlfahrt zugleich vernichtet. Daran liegt aber garnichts, weil doch Alle nun wirklich ihre Freiheit nicht nur haben, sondern auch ausüben, d. h. weil so allein das anarchistische Prinzip wahrhaft realisiert ist.

Mit diesem Ergebnis ist für andere das Prinzip eben so gerichtet, wie das sozialdemokratische. Der Anarchismus ist zwar das folgerichtige Endergebnis einer Weltanschauung, die das Individuum für etwas in sich Selbständiges, Ganzes, Substantielles ansieht, anstatt für ein Glied eines grösseren Ganzen, das nur in dieser Gliedlichkeit seine Existenz hat, und die dabei doch den Eudämonismus als Illusion überwunden hat. Die Absurdität des Endergebnisses beweist aber auch hier nichts weiter als die Irrtümlichkeit der Voraussetzung, von welcher ausgegangen worden ist. Der Anarchismus kann selbst in den Köpfen seiner Anhänger nur dadurch bestehen, dass er einen Jeden in die Täuschung wiegt, alle Menschen ausser ihm selbst würden einen ganz harmlosen Gebrauch von ihrer Freiheit machen, sobald nur erst die jetzigen freiheitfeindlichen Zustände beseitigt wären. Er entlehnt deshalb dem Liberalismus das Prinzip der freien Assoziation, das dort seine gute Begründung in der gemeinsamen Wohlfahrtsbeförderung hat, hier aber nicht nur der Begründung, sondern auch der unentbehrlichen Voraussetzungen ermangelt. Denn die Freiheit der Beteiligten wird durch die Assoziation nicht gefördert, und die Wohlfahrt ist jetzt an und für sich gleichgiltig. Bestand haben kann aber jedwede Assoziation, z. B. als Ehe oder Arbeitsgesellschaft, nur dann, wenn jeder Teilnehmer seinen Willen vertragsmässig für längere oder kürzere Zeit bindet; dies ist jedoch nach dem anarchistischen Prinzip unmöglich. Mein Wille von morgen kann nicht durch den von heute seiner Freiheit beraubt werden; und doch hat jede Entschliessung der anderen nur einen Sinn, wenn sie auf meine vertragsmässige Freiheitsbeschrän-

kung rechnen kann. Niemand wird Dem Geld leihen, der seinen Willen nicht zur Rückzahlung binden kann, kein Weib sich einem Manne hingeben, der sich ihrem Kinde nicht als Vater verpflichtet fühlt; keine Genossenschaft kann bestehen, in der alle Teilnehmer wie in einem Taubenschlag ein- und ausfliegen.

Wer sich dem gegenüber auf die Güte der menschlichen Natur verlässt, setzt ein abstraktes Ideal der Humanität an Stelle der rauhen Wirklichkeit und beugt das anarchistische Prinzip unvermerkt unter dieses zu realisierende Ideal. In der That ist der Anarchist schon jetzt auf keine Weise am Gebrauch seiner Freiheit zu hindern, wenn er die Folgen nicht scheut; selbst wenn er ins Zuchthaus gesteckt wird, steht es ihm ja jeden Tag frei, auszubrechen oder Mitgefangene und Aufseher tot zu schlagen. Wenn also der Anarchist die Staats- und Gesellschaftsordnung bekämpft, so ist es nur, weil er es vorteilhafter findet, sich bei seinem rücksichtslosen Freiheitsgebrauch bloss der ungeordneten Selbsthilfe der Verletzten und nicht der geordneten Selbsthilfe der Gesellschaft auszusetzen, oder weil er seine Willkürherrschaft leichter einer unorganisierten Vielheit von Einzelnen als einer organisierten Gesellschaft aufzwingen zu können hofft. Das ist aber schon ein Herausfallen aus dem Prinzip, nach welchem es nur auf die Freiheit des Freiheitsgebrauchs, aber nicht auf die Folgen dieses Gebrauchs und noch weniger auf die Leichtigkeit und Gefahrlosigkeit ankommen soll, mit welcher der Eine über die Anderen seine Herrschaft ausüben kann. Nur der Starke und Herrschsüchtige hat ein Interesse an der Auflösung aller Ordnung und an der Herstellung des Krieges Aller gegen Alle; aber selbst von den Starken hat es wieder nur der Stärkste, und die Andern täuschen sich, wenn sie, ein Jeder sich selbst, für den Stärksten halten.

Wer nun trotzdem von der Richtigkeit des anarchistischen Prinzipes überzeugt ist, der kann diese Überzeugung entweder still für sich behalten und, soweit es ihm beliebt, danach handeln, oder er kann es sich zur Aufgabe machen, diese Überzeugung durch Wort und Schrift zu verbreiten, oder er kann allein oder

in Verbindung mit Gesinnungsgenossen versuchen, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu zerstören, um der Anarchie Raum zu schaffen. Welche Entscheidung zwischen diesen Möglichkeiten er trifft, ist aus dem anarchistischen Prinzip nicht abzuleiten, sondern Sache der individuellen Willkür; da der erste Fall eine Parteibildung ausschliesst, so bleiben nur die beiden letzten zu betrachten, die man als den zahmen und wilden, oder rosenroten und brandroten Anarchismus unterscheiden kann.

Gewöhnlich denkt man bei Anarchismus nur an die letztere Spielart, aber mit Unrecht. Alle revolutionären Parteien haben jederzeit die Kampf- und Zerstörungsmittel benutzt, die die Kriegs- und Zerstörungskunst ihrer Zeit ihnen darbot; darin unterscheidet sich der Anarchismus also nicht von anderen revolutionären Parteien, und es ist nicht seine Schuld, dass unsere Zeit ihm wirksamere Zerstörungsmittel liefert, als die bisherige Geschichte kennt. Frühere Revolutionäre kehrten ihre Zerstörungsmittel allerdings nur gegen bestimmte Gewalten, der wilde Anarchismus gegen alle und jede Gewalt; darum erscheinen seine Attentate den anderen Parteien so gänzlich ziellos und planlos. Andere Revolutionäre wurden noch durch irgend welches Gesetz, Sitte oder Religion gebunden, die Anarchisten durch gar keine; darum sind sie in der That Leute, von denen man sich der ungeheuerlichsten Verbrechen versehen kann. Aber es ist darum keineswegs gesagt. dass man sie auch von ihnen zu gewärtigen hat; dies ist nur so lange der Fall, als ungebildete Menschen mit überreizter Phantasie und erblicher psychopathischer Belastung an aller Hoffnung und Besserung der ihnen unerträglich scheinenden Zustände verzweifeln, und die Nachahmung verbrecherischer Vorbilder ihre ansteckende Kraft auf sie entfaltet. In ruhiger veranlagten Völkern und Volksschichten braucht der Anarchismus durchaus nicht solche excentrische Thaten zu zeitigen, durch die er sich selbst in den Augen der grossen Mehrzahl bloss schadet. Sobald gebildete und idealistische Kreise sich ihm zuwenden, wie dies neuerdings der Fall ist, tritt der zahme, rosenrote Anarchismus der geistigen Propaganda in den Vordergrund.

Was diesem nun seine werbende politische Kraft verleiht, kann nur ein Übermass von herrschendem Zwange sein, gegen das er die natürliche Reaktion darstellt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass wir seit dem letzten Menschenalter angefangen haben, unter einem Übermass von Herrschaft auf allen Gebieten zu leiden, welches sich aus einer überhasteten Gesetzgebung entwickelt hat. Um die Unterlassungssünden des Liberalismus wieder gut zu machen, hat eine Schnellfabrikation von Gesetzen stattgefunden, die ein Übermass von Massregelungen, Vielregiererei und tötendem Schreibwerk herbeigeführt hat. Zu viel hat man durch strafrechtliche Regelung eindämmen wollen, wo es besser der automatischen Selbstregulierung überlassen geblieben wäre; die Folge davon ist ein übermässiger Prozentsatz bestrafter Staatsbürger und die schwindende Scheu vor strafrechtlicher Verurteilung. Die Menge der Gesetze und Verordnungen ist nicht nur für den Laien, sondern beinahe auch für den Beamten unübersehbar geworden, ähnlich wie in Frankreich vor der Revolution, und vielleicht das Schlimmste ist, dass sie bei uns nicht bloss auf dem Papiere stehen, sondern von einem gewissenhaften Beamtentum nach Möglichkeit, aber mit wenig Rücksicht auf die konkreten Verhältnisse, befolgt werden. Der Sinn für das Wesentliche, für Einfachheit, praktische Brauchbarkeit und sinngemässe Sachlichkeit der Anwendnng ist in bedenklichem Masse geschwunden; der Buchstabe und die Schablone werden aber um so lästiger, je verwickelter das Leben und je mannigfaltiger die Aufgaben der Verwaltung werden. Die Polizeiaufsicht hat sich immer unerfreulicher in alle Verhältnisse des Lebens eingedrängt und die Art, wie ihre untergeordneten Organe sich ihrer Pflicht entledigen, trägt häufig nicht dazu bei, diesen Zwang weniger empfindlich zu machen. Überspannung in der Strafrechtspflege, der Regierung, der Polizeiaufsicht, der Gesetzgebung, ja sogar in der Schule, das ist die Signatur unserer Zeit; als Folge ergiebt sich die geistige Uniformität der unter gleichen Bedingungen lebenden Individuen, die Abschleifung der Individualitäten und selbständigen Charaktere, die schwindende Fähigkeit und Neigung

zur Initiative und Selbsthilfe, in allen Verlegenheiten das Warten auf Staatshilfe, das allgemeine Drängen zur Staatskrippe und den Beamtenstellungen, die sinkende Unternehmungslust.

Da ist es kein Wunder, dass Bestrebungen Anklang finden, die sich gegen die Hyperarchie wenden, und da jede Gegenbewegung über ihr Ziel hinauszuschiessen pflegt, so mag man es auch dem Antihyperarchismus verzeihen, wenn er sich zum Anarchismus übertreibt. Die Opposition gegen den Zwangsstaat hat der Anarchismus mit dem Liberalismus und der Sozialdemokratie gemein. Aber er begreift es, dass gerade das Wohlfahrtsprinzip des Liberalismus es gewesen ist, welches den Staat in diese Vielgeschäftigkeit hineingetrieben hat, weil der Liberalismus mit seinen eigenen Mitteln seinem Prinzip nicht Genüge thun konnte. Und an der Sozialdemokratie gerade hat sich der Anarchismus entzündet, weil ihm ihre terroristische Zwangsgesellschaft nicht minder unerträglich schien als der Zwangsstaat. Gesetzt der Fall, die Sozialdemokratie hätte ihr Ziel erreicht und die alten Parteien vernichtet, müssten wir dann nicht alle zu den Anarchisten gehen?

Aber auch von dieser Eventualität abgesehen, stellt der Anarchismus dem nächsten Jahrhundert eine grosse und wichtige Aufgabe: die Vereinfachung und praktischere Gestaltung der Gesetzgebung, Rechtspflege, Regierung, Polizeiverwaltung u. s. w. Es taucht damit ein ganz neuer Kreis von Problemen vor unseren Blicken empor, die sehr der Beachtung wert sind, und deren Lösung auch dann nicht unmöglich scheint, wenn man den wertvollen Kern unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung festhält und weiter ausbildet. Es handelt sich darum, den rasch für neue Bedürfnisse gezimmerten provisorischen Notbau, in dem wir uns beengt und gedrückt fühlen, durch eine, allen Bedürfnissen Rechnung tragende und darum wohnliche und behagliche Dauerkonstruktion zu ersetzen. In diesem Sinne erneuert der Anarchismus die eine Seite des Liberalismus, den Kampf gegen allen nicht schlechthin unentbehrlichen Zwang und Massregelung, die Freiheitssehnsucht, aber nicht mehr um der

Wohlfahrt willen, sondern um ihrer selbst willen. Sache der übrigen Parteien ist es, dafür zu sorgen, dass diese Bestrebungen nicht ihr berechtigtes Mass überschreiten oder gar zu thörichten Experimenten führen; Sache der Vorsehung bleibt es, die Illusion des Freiheitsprinzips eben so wie die des Glückseligkeitsprinzips als Vorspann für den Kulturprozess teleologisch zu verwerten.

So stellen sich uns Sozialdemokratie und Anarchismus als die beiden Spaltungsprodukte des Liberalismus dar, die sich bei seiner Auflösung notwendig entwickeln mussten. Dass die Sozialdemokratie sich um ein Menschenalter früher herausschälte, ist darin begründet, dass sie das Ziel des Liberalismus festhält und nur sein Mittel verwirft, und dass sich erst die Unerreichbarkeit des Zieles auch auf anderem Wege herausgestellt haben muss, bevor man dazu kommen kann, das Ziel ganz preiszugeben und das von der Sozialdemokratie verworfene Mittel des Liberalismus als Selbstzweck hinzustellen. Sozialdemokratie und Anarchismus sind gleich utopistisch und in positiver Hinsicht gleich unfruchtbar. In negativer Hinsicht aber durch Kritik der bestehenden Zustände und Aufdeckung ihrer Schäden können sie trotzdem segensreich wirken, indem sie anderen Parteien den Anstoss geben, an die vorhandenen Übelstände die bessernde Hand zu legen.

VII. Die Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie.
(April 1897).

Wiederholentlich ist das deutsche Volk in den letzten Jahren vom Kaiser zum Kampf gegen die Sozialdemokratie aufgefordert worden; aber es besteht keineswegs Einigkeit oder auch nur Klarheit darüber, mit welchen Mitteln ein solcher Kampf wirksam geführt werden könne. Im Nachfolgenden sollen nicht etwa neue unfehlbare Mittel vorgeschlagen und angepriesen werden, sondern es soll nur eine kritische Übersicht über die Leistungsfähigkeit der bisher empfohlenen und in Anwendung gebrachten versucht werden.

Die wissenschaftliche Bekämpfung ist gewiss unentbehrlich; aber für erfolgreich an sich selbst darf man sie nicht halten, solange die Führer und Geführten bei der sozialdemokratischen Theorie ihre Interessen besser gewahrt glauben. Die Einen wollen, die Andern können die wissenschaftliche Widerlegung dessen nicht verstehen, woran sie nun einmal ihr Leben geknüpft oder worauf sie ihre Hoffnungen gebaut haben. Die Wissenschaft kann einen Umschwung wohl vorbereiten und unterstützen, aber nicht herbeiführen.

Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie wären gegenwärtig nicht zu empfehlen. Vor 18 Jahren lag die Sache anders. Die Trennung zwischen Sozialdemokratie und Anarchismus hatte sich damals noch nicht vollzogen, und der Kulturkampf gegen den Katholizismus stand in hellen Flammen. Damals bedurfte die Regierung gesteigerter Vollmachten gegen den einen der beiden wichtigsten inneren Feinde, um den inneren Krieg mit doppelter Front überhaupt weiterführen zu können. Das damalige Sozialistengesetz hatte von vornherein den Fehler, nicht

auf ein Menschenalter gegeben zu sein; trotzdem hat es seinen nächsten Zweck erfüllt, nämlich der Sozialdemokratie einen heilsamen Schrecken vor der Macht des Staates eingeflösst und sie zu einem Verhalten erzogen, welches jede Kollision mit den Gesetzen scheut und nichts mehr zu fürchten scheint, als ein neues Ausnahmegesetz heraufzubeschwören. Das genügt und leistet vielleicht mehr als ein neues solches Gesetz leisten würde. Man kann verschiedener Meinung darüber sein, ob es wohlgethan war, das früher bestehende Ausnahmegesetz nicht weiter zu verlängern; da es aber einmal aufgehoben ist, wäre es nicht weise, ein ähnliches neu einzuführen, solange die Sozialdemokratie im allgemeinen die Staatsgesetze achtet. Für den Fall eines Krieges oder Aufstandes besitzt die Regierung auch ohne Spezialgesetz genügende Vollmachten. Man kann ohne und mit Ausnahmegesetz fertig werden; aber mit jedem Jahrzehnt zwischen beiden abwechseln, das scheint schlimmer als jede Seite der Alternative. Schliesslich hätte auch ein Ausnahmegesetz keine Aussicht vom gegenwärtigen Reichstag genehmigt zu werden, und wenn es doch durchgehen sollte, so würde es die im Gange befindliche Zersetzung und innere Umwandlung der Sozialdemokratie bloss aufhalten.

Verschärfung der allgemeinen Gesetze erschien nach Aufhebung des früheren Ausnahmegesetzes Vielen als ein wünschenswerter Ersatz; aber der mit dem sogenannten Umsturzgesetz gemachte Versuch hat gezeigt, dass dieser Weg doch überwiegende Bedenken gegen sich hat und unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht gangbar ist. Das Vertrauen in eine verständige und zweckmässige Handhabung solcher Gesetze durch die Staatsanwälte und Strafrichter ist im Publikum zu gering, und die reaktionären Bestandteile der Parlamente würden sich auch bei wiederholtem Versuch die Gelegenheit nicht entgehen lassen wollen, kirchliche Tendenzen in ein solches Gesetz einzuschmuggeln. Die Freiheit der Wissenschaft, der Kunst und des Privatlebens würde durch solche Gesetzgebung vermutlich schwerere Einbusse erleiden als die Sozialdemokratie; ja sogar

es würde dadurch ein Teil der Gemässigten auf den radikalen Flügel der Opposition hinübergedrängt werden.

Verschärfte Handhabnng der bestehenden Gesetze und Verwaltungsbefugnisse gegen die Sozialdemokratie kann am wenigsten Erfolg versprechen. Gewiss ist es wünschenswert, dass bestehende Gesetze auch angewendet und veraltete ansdrücklich anfgehoben werden; aber die Gerechtigkeit erheischt, dass diese Anwendung nicht nnr ohne Ansehen der Person, sondern anch ohne Ansehen der Partei erfolgt. Nichts untergräbt mehr das Ansehen des Gesetzes und seiner Vertreter, als wenn aus Opportunitätsgründen von diesem Grundsatz abgewichen wird; nichts erbittert nnd versteift so sehr die Oppositionsparteien, als wenn sie mit ungleichem Masse gemessen nnd staatsanwaltlich nnd polizeilich chikaniert werden. Über das Misslingen solcher Versuche empfinden deshalb nicht nur die Trinmphierenden selber Freude, sondern anch die unbeteiligten und nnbefangenen Staatsbürger. Wo dieselben dagegen gelingen, schaffen sie Märtyrer und erregen das Mitleid der Unbeteiligten. In beiden Fällen knüpfen sie ein Band der Sympathie zwischen den Verfolgten und den Unbeteiligten, welches die Neigung der Letzteren zur Bekämpfung der ersteren dämpft. Obendrein haben aber alle solche Chikanen etwas kleinliches, das des Staates als des Inhabers der obersten Macht nicht würdig erscheint, und reizen die Bekämpften mehr, als sie ihnen schaden.

Der Wahlkampf wird von Vielen als das geeignetste Mittel zur Einschränkung der Sozialdemokratie empfohlen; wenn die Wähler aller übrigen Parteien darin einig wären, so würde die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten sich sehr vermindern. Dieser Vorschlag leidet an einer Ueberschätzung des Werthes parlamentarischer Vertretung. Auch die Sozialdemokratie hat als echtes Kind des Liberalismus bisher den Wert parlamentarischer Vertretnng und parlamentarischen Geschwätzes weit überschätzt, aber doch nnr in dem Glanben, dadurch binnen Kurzem die absolute Mehrheit in der Volksvertretnng zu erlangen. Seit ihr diese Hoffnung in unabsehbare Ferne entschwindet, fängt sie an zn ahnen, dass sie sich von dieser Ueberschätznng zu einer

ganz verfehlten Taktik hat verleiten und von den für sie viel wichtigeren wirtschaftlichen Aufgaben abziehen lassen. Ob 10, 40 oder 80 Sozialdemokraten im Reichstag stimmen und schwatzen, ist gar nicht so wichtig, wie es scheint; je mehr ihrer sind, desto eher wird das deutsche Volk in sich gehen nnd die Reorganisation seiner zerfahrenen Parteiverhältnisse in die Hand nehmen. Ob ein Freisinniger oder Sozialdemokrat mit Nein stimmt, kommt auf dasselbe herans; aber das Votum des Ersteren lullt den Philister in behagliche Sicherheit, das des Letzteren macht ihn stutzig. Es kommt wesentlich darauf an, dass eine genügende Zahl von zuverlässigen Abgeordneten gewählt wird, um die notwendigen und erspriesslichen Vorlagen zu bewilligen; nebensächlich ist dabei, aus welchen Bestandteilen die Opposition sich zusammensetzt.

Die Einigkeit aller anderen Parteien gegen die Sozialdemokratie bei den Wahlen wird nie erreicht werden. Der partikularistische Deutsche stellt nun einmal den Wahlschacher im Parteiinteresse über das Wohl des Ganzen; insbesondere die Oppositionsparteien werden sich immer um die Wahlunterstützung der Sozialdemokraten bemühen und die entsprechenden Gegenleistungen nicht versagen. Den Einen erscheinen die internationalen Ultramontanen, den Andern die internationalen Juden, wieder Andern die einflussreichen Agrarier gefährlicher für das Gemeinwohl als die internationalen Sozialdemokraten, und es ist keine Aussicht dazu, dass Alle sich dahin einigen sollten, die Letzteren für den augenblicklich gefährlichsten aller Feinde des Gemeinwohles zu halten. Aber selbst wenn die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten durch einmütiges Zusammenstehen aller Parteien auf die Hälfte oder noch weniger herabgesetzt würde, könnte deshalb doch gleichzeitig die sozialdemokratische Sache einen grossen Aufschwung im Lande nehmen, da die geistige und wirtschaftliche Bedentung eines Prinzips und seine Macht im Volksleben keineswegs von der Stärke seiner parlamentarischen Vertretung abhängt. —

Da somit die Mittel einer direkten Bekämpfung wenig Erfolg

versprechen, so hat man es mit anderen versucht, welche dazu dienen sollen, der Sozialdemokratie den Boden zu entziehen.

Soziale Reformen sollen die Unzufriedenheit der Arbeiter beseitigen, die sie in die Gefolgschaft der sozialdemokratischen Führer getrieben hat. Dieser Vorschlag verkennt die menschliche Natur. Die Unzufriedenheit ist nicht zu beseitigen; durch Verbesserung der äusseren Lage wird sie nicht vermindert, sondern gesteigert. Wer soziale Reformen anstrebt, um von den Arbeitern Dank und Anerkennung zu ernten, der spottet seiner selbst. Sie nehmen jede Verbesserung ihrer Lage als eine lange versäumte Abschlagszahlung hin, die ihre Begehrlichkeit zur Forderung noch grösserer Zugeständnisse reizt. Es wäre ebenso thöricht, daraus den Arbeitern einen Vorwurf zu machen, als desswegen die wünschenswerten und durchführbaren Reformen zu unterlassen. Die sozialdemokratischen Führer wissen ihren Gläubigen einzureden, dass die zugestandenen Verbesserungen nur aus Furcht vor ihrer Macht bewilligt, also eigentlich ihnen zu verdanken seien, dass sie aber technisch sowohl in den Grundzügen, wie in der Durchführung völlig verfehlt und missraten seien. Die mit allen Organisationen verbundene Unbequemlichkeit vermehrter Schererei und individueller Freiheitsbeschränkung lässt den Arbeitern die letztere Behauptung sehr glaubhaft erscheinen. Solange die Unternehmer noch irgend einen Unternehmergewinn haben, wird die Sozialdemokratie die Arbeiter gegen diesen als einen an ihnen begangenen frevelhaften Raub aufhetzen. Keine soziale Reform kann sie zufriedenstellen, solange es noch Unternehmer giebt.

Die sozialen Reformen, welche die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt heben oder unberührt lassen, könnten unbedenklich in Angriff genommen werden, aber sie gerade werden von der Sozialdemokratie zurückgewiesen, z. B. öffentliche Organisation des Arbeitsnachweises, Einschränkung des Verbrauchs alkoholischer Getränke, bessere zeitliche Verteilung des Arbeitslohnes, Bekämpfung des unsinnigen Modenwechsels. Diejenigen Verbesserungen dagegen, welche von der Sozialdemo-

kratie am dringendsten verlangt werden, die weitere Einschränkung der Kinder- nnd Frauenarbeit und der männlichen Arbeitsdauer und die Lohnerhöhung, setzen die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie im Vergleich zu den Nachbarvölkern herab und sind desshalb nur im Gleichschritt mit diesen durchführbar, wenn nicht massenhafte Arbeiterentlassung als Folge der verringerten Ausfuhr eintreten soll. In vielen Punkten aber, z. B. in der Einschränkung der Kinder- und Frauenarbeit, sind wir den wichtigsten und gefährlichsten Konkurrenten schon um mehrere Tempos voraus und können erst dann weitere Schritte thun, wenn sie uns nachgekommen sind.

Eine nationale Arbeiterpartei müsste gebildet werden, um der internationalen Sozialdemokratie die Anhänger wegzufangen. Die deutsche Arbeiterbewegung war ursprünglich unter Lassalle und seinen Nachfolgern weder antinational noch antimonarchisch; sie wurde Beides erst durch den unheilvollen Einfluss zweier vaterlandsloser Juden. In allen andern Ländern ist der Sozialismus ebenso wie der Katholizismus national geblieben; nur in Deutschland geben sich Beide dazu her, die eigene Mutter zum Nutzen der ausländischen Parteigenossen zu schmähen und zn schädigen. Es hiesse also ohne Zweifel ein kleineres Uebel an die Stelle des grösseren setzen, wenn es gelänge, die internationale Sozialdemokratie durch eine nationaldeutsche zu verdrängen. Aber das Unternehmen scheint aussichtslos. Die internationale Sozialdemokratie hat zu lange Zeit gehabt, in ihren Anhängern den Hass gegen Staat und Regierung und die Verachtung gegen Vaterland nnd Nationalität gross zu ziehen, als dass bei den heutigen Arbeitern ein Verständnis für die politischen Aufgaben Deutschlands und für die zu ihrer Lösung erforderlichen Bedingungen vorausgesetzt werden könnte. Jede Zumutung, für auswärtige und koloniale Politik, für Heer und Flotte Steuern zu bewilligen, würden sie in blindem Hass gegen den Militarismus entrüstet zurückweisen; sie würden darin doch nur einen versteckten Versuch sehen, sie für die Regierungsparteien zu Vorspanndiensten zu missbrauchen.

Selbst wenn es gelänge, diese Schwierigkeit zu überwinden, müssten die Führer einer solchen neuen Parteibildung, um das Vertrauen der Arbeiter zu gewinnen, doch entweder mit ihrer Ueberzeugung im Uebrigen auf sozialdemokratischem Boden stehen, oder eine solche Ueberzeugung erheucheln. Sie müssten also fordern, dass die Unternehmer ihren Gewinn bis zum letzten Groschen hergeben, um die Lage der Arbeiter zu verbessern, dass aber eine Unternehmerklasse, die wegen Mangel an Unternehmergewinn den unzufriedenen Arbeitern keine Verbesserung mehr zu gewähren imstande ist, aufhören müsse zu existieren. Sie müssten also in der Kapitalistenhetze mit der internationalen Sozialdemokratie wetteifern, und wenn sie ihre Ziele erreichten, so würden sie eben so kapitalaufzehrend und kulturmörderisch wirken wie jene. Obwohl in nationaler Hinsicht ein kleineres Übel, wäre eine solche Partei doch in wirtschaftlicher und kulturgeschichtlicher Hinsicht ein ebenso grosses und bliebe desshalb in der Hauptsache ein Gegenstand der Bekämpfung, wenn sie auch in einem speziellen Punkte die Gefahren der internationalen Sozialdemokratie verringerte.

Die Förderung der Gewerkschaften wird desshalb von denen empfohlen, die der Möglichkeit und Nützlichkeit einer neuen politischen Arbeiterpartei zweifelnd gegenüberstehen; insbesondere wird die Beseitigung der jetzt bestehenden Erschwerungen und die Verleihung von Korporationsrechten vorgeschlagen. Es ist möglich, dass eine solche Massregel unmittelbar nach der Gründung des neuen deutschen Reiches den Erfolg gehabt hätte, die sozialdemokratische Bewegung im Keime zu ersticken; aber wahrscheinlich ist selbst das nicht, weil geistige Epidemien, ebenso wie leibliche, weiterwuchern und ihre Zeit haben wollen. Gegenwärtig würde eine solche Begünstigung der Gewerkschaftsbewegung von der Sozialdemokratie als der grösste Sieg gefeiert und zur gewaltigen Stärkung ihrer Macht ausgebeutet werden. Erst dann, wenn der gegenwärtig noch in seinen Anfängen stehende Emanzipationskampf der Gewerkschaften von der Sozialdemokratie zu einem vollständigen Erfolge geführt hat, kann eine solche Massregel günstig

wirken; gegenwärtig aber würde sie diese verheissungsvollen Anfänge vernichten.

Die exspektative Methode scheint nach alledem die einzig anwendbare Behandlung zu sein bei einer Volkskrankheit, gegen die alle sonst vorgeschlagenen Mittel keinen Erfolg versprechen. Das geduldige Abwarten kann zwar nicht eigentlich ein Bekämpfungsmittel heissen, aber es lässt wenigstens der Naturheilkraft freien Raum, stört nicht die spontane Genesung durch verkehrte Eingriffe und kann so in vielen Fällen immerhin als die möglichst rationelle Behandlung eines Übels gelten. Die Frage ist nur, ob bei gänzlicher Ermangelung unterstützender Heilmittel die Naturheilkraft ausreichen wird, den Krankheitsstoff wieder auszuscheiden. Wer vor 25 Jahren das klägliche Ende des Liberalismus in Österreich, Belgien und Deutschland verkündet hätte, den hätte man wohl für nicht recht bei Sinnen gehalten. Vor 30 Jahren wurde meine Behauptung ausgelacht, dass in nicht langer Zeit gegen dreissig Sozialdemokraten im norddeutschen Bundestag sitzen würden; heute findet man meine Behauptung ebenso unglaubhaft, dass in kurzer Zeit die marxistische Sozialdemokratie sich auflösen oder umgestalten werde. Es hat eben Alles seine Zeit, auch die geistigen Epidemien; sobald das Volk sich an ihr Gift gewöhnt hat, verschwinden sie wieder oder werden endemisch ungefährlich. Immerhin ist solch ein unthätiges Abwarten für unsere ungeduldige Zeit recht langweilig, und desshalb sei zum Schluss auf eine geschichtliche Erscheinung hingewiesen, die bei längerer Fortdauer dazu angethan scheint, den inneren Zersetzungsprozess der Sozialzemokratie durch mächtige äussere Anstösse zu beschleunigen.

Die Sozialdemokratie sieht mit tiefem Schmerze, dass seit etwa fünf Jahren alle grösseren Ausstände für die Arbeiter verloren gehen, und selbst die bei kleineren Ausständen erzielten schwachen Erfolge selten behauptet werden können. Öffentlich verkündet sie zwar bei jedem Ausstand, dass sein Verlust ihr durch dauernde Verschärfung des Klassengegensatzes viel grössere Vorteile zuführen würde als sein Gewinn; aber heimlich denkt

sie ganz anders. Denn sie sieht mit wachsender Sorge, dass die auf die grosse Revolution abzielende Klassenverhetzung eine Spekulation auf ein fernes, immer weiter rückendes Phantasieziel ist, dass aber die gegenwärtigen Fehlschläge und vergeblich dargebrachten materiellen Opfer ihr Ansehen beim Arbeiterstande schwer erschüttern. Wie geht es zu, dass die Ausstände verloren gehen, während doch die Lage der Industrie seit fast zwei Jahren sehr günstig ist? Der Grund dieser Erscheinung ist für die Sozialdemokratie noch viel besorgnisserregender als die Thatsache selbst; er ist nämlich lediglich die Existenz der Sozialdemokratie und der Glaube der Unternehmer, dass sie hinter den Ausständen steht.

Es liegt im Interesse der Unternehmer, körperlich und geistig tüchtige Arbeiter zu haben und für die Erhaltung eines solchen Stammes von Arbeitern nach Kräften Sorge zu tragen; deshalb lassen sie bei ungünstiger Konjunktur mehr arbeiten, als der Markt es verlangt, und bewilligen bei günstiger Konjunktur lieber mässige Mehrforderungen, als dass sie ihre erprobten Arbeiter gehen lassen. Die Unternehmer wissen ganz genau, dass ihr Gedeihen auf die Dauer von dem der Arbeiter abhängt und dass das solidarische Interesse beider Theile eine friedliche Harmonie des Zusammenwirkens und eine freundliche Verständigung im Falle von Meinungsverschiedenheiten verlangt. Wenn also die Arbeiter bei günstiger Konjunktur irgend welche Ansprüche auf Besserung ihrer Lage erheben, so werden die Unternehmer sie entgegenkommend prüfen und einen Stillstand der Fabrikation selbst durch Opfer zu vermeiden suchen. Anders, wenn sich in den wirtschaftlichen Interessenstreit der politische Parteigegensatz einmischt, d. h. wenn die Unternehmer glauben, dass die Forderungen von der Sozialdemokratie inspirirt oder unterstützt seien, dass eine künstliche Aufhetzung ihrer Arbeiter zum Ausstande vorliege, oder dass der etwa ausgebrochene Ausstand durch die Sozialdemokratie unterstützt, verlängert und versteift werde. Dann handelt es sich nicht mehr um den harmonischen Ausgleich relativer Gegensätze im Rahmen eines solidarischen Gesammtinteresses, sondern

nm den Kampf der Notwehr gegen eine schlechthin feindliche Macht, um das Ringen des Selbsterhaltungstriebes gegen einen Feind, der es auf die völlige Vernichtung abgesehen hat und jeden Teilsieg nur als Schritt zu diesem Ziele ausnutzt. Dann wird durch diesen Kampf bis auf's Messer jede Rücksicht des Wohlwollens und der Versöhnlichkeit zum Schweigen gebracht, jede Regung des Mitleides unwirksam gemacht, die die Position des Todfeindes stärken könnte, jeder Nerv und Muskel zur kaltgrimmigen Entschlossenheit gespannt und unerhörte Opfer geduldig dargebracht, um diesem Feinde keinen Zoll breit Boden einzuräumen. Denn es gilt dann für die Unternehmer einen Verteidigungskampf auf Leben und Tod nicht nur um die eigene Existenz und die ihrer Frauen und Kinder, sondern um die Existenz der bürgerlichen Gesellschaft und der Kultur. Was den Arbeitern sonst bereitwillig zugestanden wäre, wird ihnen verweigert, nur weil die im Hintergrunde lauernde Socialdemokratie das Zugeständnis als ihren Sieg feiern, ihren Einfluss auf die Arbeiterschaft dadurch befestigen und einen Schritt weiter in dem Vernichtungskampf gegen das Unternehmertum und das Kapital vorrücken würde.

Und dies gilt nicht bloss für den einzelnen Unternehmer, dessen Widerstandskraft leichter zu brechen ist, sondern auch für die Konkurrenten derselben Örtlichkeit. Solange die Ausstände als spontane Einzelerscheinungen auftraten, freute sich Jeder, wenn sein Konkurrent durch einen solchen lahm gelegt wurde; seit sich aber die Ueberzeugung Bahn gebrochen hat, dass die Sozialdemokratie die Arbeiterschaften planmässig zu taktischen Vorstössen auf bestimmten Punkten kommandirt, seitdem schweigt selbst der erbittertste Konkurrenzneid und macht einem Zusammenschluss zur gemeinsamen Abwehr des Feindes Platz. Der Einzelausstand wird nun mit der allgemeinen Arbeitsaussperrung beantwortet, und wie fremde Gewerkschaften den ausständigen Arbeitern Subsistenzmittel zuführen, so beteiligen sich wohl auch die Unternehmer anderer Zweige an der Zeichnung eines Garantiefonds zur Stützung der schwächeren unter den be-

troffenen Unternehmern. Das Unternehmertum fühlt sich vorläufig noch stark genug, um diesen Verteidigungskampf gegen die Sozialdemokratie aus eigener Kraft zu führen; es erwartet keine Unterstützung von anderen Bevölkerungsklassen, wohl aber rechnet es darauf, dass das unbeteiligte Publikum Neutralität bewahrt und nicht etwa die Sozialdemokratie durch Geldsendungen an die Ausständigen indirekt unterstützt. Diese Sachlage fängt das Publikum instinktiv an zu begreifen. In anderen Ländern, wo es keine sozialdemokratische Partei giebt, fliessen die Unterstützungen für Ausständige weit reichlicher; in Deutschland kommen sie nur aus solchen Kreisen, die „Arbeiterfang" damit treiben, d. h. die Arbeiter der Sozialdemokratie abspenstig machen und für andere Parteibildungen, z. B. die nationalsoziale, gewinnen wollen. Das deutsche Publikum im Allgemeinen, das sonst so gern mit den Schwachen und Leidenden sympathisirt, legt seinen Gefühlen Zwang auf, sobald es begreift, dass es sich um eine Notwehr des Unternehmertumes gegen die Vorstösse der Sozialdemokratie in ihrem Vernichtungskriege gegen Kapital und Kultur handelt. Früher prüfte das Publikum, auf welcher Seite im besonderen Falle das grössere Recht sei, und liess seine Sympathien von dem Ausfall dieser Prüfung bestimmen. Jetzt lehnt es beinahe schon solche Prüfung ab.

Die Arbeiter haben gleichfalls bereits angefangen, diesen Zusammenhang zu durchschauen; es dämmert ihnen die Ahnung auf, dass allein die Existenz der Sozialdemokratie es ist, was seit fünf Jahren alle ihre Opfer vergeblich macht. Daraus entspringt eben das Bestreben der Gewerkschaften, sich von der Sozialdemokratie zu emanzipieren, den Klassenkampf als unfruchtbar aufzugeben, den politischen Charakter abzustreifen, die Interessensolidarität zwischen Unternehmern und Arbeitern wieder in den Vordergrund zu rücken, und etwaige Ausstände nur nach vorheriger Prüfung der Forderungen und der Kassenrücklagen zu unterstützen. Es kann sein, dass diese Bewegung weiteren Umfang annimmt; auch wenn sie ihr Ziel erreicht, wird sie das einmal erregte Misstrauen der Unternehmer nicht so bald wieder

beseitigen, wofern die Sozialdemokratie als politisches Parteigebilde bestehen bleibt und die Mehrzahl der Gewerkvereinsmitglieder zugleich Mitglied dieser Partei bleibt.

Die Sozialdemokratie befindet sich hierbei in der grössten Verlegenheit. Sie kann nicht den Arbeitern zu Liebe ihre Auflösung beschliessen, sondern höchstens sich der grössten Vorsicht und Zurückhaltnng in Ausstandssachen befleissigen. Aber dadurch wird sie bei den Unternehmern den einmal bestehenden Verdacht nicht wieder zerstreuen. Anch wenn sie es vermeidet, ihre Vertrauensmänner zu den Ausständigen zu senden, wird man doch glauben, dass sie mit ihnen brieflich verkehre, und solange ihre Zeitungen für die Ausständigen gegen die Unternehmer Partei ergreifen und zu Unterstützungen der Ersteren auffordern, so lange wird der Glaube fortdauern, dass die Sozialdemokratie hinter dem Ausstande stehe. So lange wird aber auch die Einsicht in Arbeiterkreisen zunehmen müssen, dass die Existenz der Sozialdemokratie das eigentliche Hindernis für die Verbesserung ihrer Lage bilde, und diese Einsicht muss über kurz oder lang der Sozialdemokratie alle diejenigen Anhänger entziehen, die nicht ans Überzeugung von der Richtigkeit ihrer Prinzipien, sondern nur in der Hoffnung, durch sie eine Besserung ihrer Lage zu erhalten, für sie zahlen und stimmen. Das sind aber mindestens neun Zehnteile.

Es ist im Interesse der Arbeiter gewiss sehr zu beklagen, dass sie für die Sozialdemokratie leiden müssen. Aber es ist noch immer so in geschichtlichen Kämpfen gewesen, dass die Verführten und die unschuldig zwischen die Parteien Geratenen von den Leiden des Krieges am schwersten betroffen werden, während die Verführer nnd die Anstifter des Krieges oft leer ausgehen. Der ganze Arbeiterstand wird noch längere Zeit dafür büssen müssen, dass sich Teile von ihm als Vortruppen von der Sozialdemokratie haben gegen das Unternehmertum in's Gefecht schicken lassen. Das Unternehmertum ist der einzige Stand, der den Kampf gegen die Sozialdemokratie activ nnd, wenn es von den übrigen Ständen nicht behindert wird, mit Aussicht auf

Erfolg führen kann; aber es ist zu bedanern, dass bei der einmal gegebenen Sachlage das Unternehmertnm einen plausiblen Vorwand hat, um den Arbeitern auch solche von ihnen verlangte Verbesserungen vorzuenthalten, die es ihnen ohne Nachteil für sich selbst, ja sogar zum gemeinsamen Vorteil gewähren könnte. Aber auch dafür trägt die Sozialdemokratie die Schuld, welche dem Unternehmertnm den Kampf auf Tod und Leben aufgezwungen und damit erst die ganze Rücksichtslosigkeit des Kriegszustandes heraufbeschworen hat. Andererseits muss diese Sachlage für die dentsche Gesetzgebung zu einer um so dringenderen Anfforderung werden, die zeitgemässen und durchführbaren Verbesserungen im Lose der Arbeiter nicht von dem guten Willen der Unternehmer abhängig zu machen, sondern im Wege der sozialen Reform herbeiznführen; den Unternehmern aber stellt sie die Aufgabe, doppelt sorgfältig zu prüfen, was sie ihren Arbeitern an Verbesserungen zn gewähren imstande sind, noch ehe diese es beanspruchen, nnd ehe sie ihnen durch Ansstandsdrohungen die Bewilligung erschweren.

VIII. Die agrarische Frage.

(Juni 1898).

1. Die Not der Landwirtschaft.

Dass die deutsche Landwirtschaft sich in einer schwierigen Lage befindet, ist leider nur zu wahr. Allerdings gilt dies vorzugsweise von dem Grossgrundbesitz, der auf den Verkauf seiner Bodenprodukte angewiesen ist, gar nicht für den Kleingrundbesitz, der nur für den eigenen Bedarf produziert, oder gar von Bodenprodukten noch hinzukaufen muss, und nur in geringerem Masse für den landwirtschaftlichen Mittelstand, der nur einen kleinen Teil seiner Produkte zu Gelde zu machen braucht. Aber gerade der Grossgrundbesitzerstand ist für den Staat sehr wichtig, da er einen grossen Teil der Offiziere und Beamten stellt und einen starken Halt des überlieferten Staatsbewusstseins und der monarchischen Loyalität bildet. Wenn viele seiner Mitglieder ihren Grundbesitz einbüssten, so würde es nicht so leicht sein, sie zu ersetzen, da die für sie eintretenden Hypothekengläubiger selten zur Gutsverwaltung befähigt und zum Vertauschen ihrer städtischen Gewohnheiten mit einem Landaufenthalt geneigt wären. Es wäre ein nationales Unglück, wenn ein erheblicher Teil des Bodens Eigentum städtischer Privatpersonen oder Kreditanstalten würde, und hinfort nur durch Verwalter oder Pächter bewirtschaftet würde. Noch schlimmer wäre es, wenn der Getreidebau in dem Masse aufhörte, lohnend zu sein, dass er zu Gunsten der Weidewirtschaft eine erhebliche Einschränkung erführe; denn damit würde die Notwendigkeit der Getreideeinfuhr und die Gefahr einer Aushungerung im Kriegsfalle zunehmen. Wenn auch nur noch ein Drittel des deutschen Volkes sich mit Landwirtschaft und Gartenbau beschäftigt, so beziehen doch noch

drei Viertel desselben ihre Nahrungsmittel aus dem Ertrage des heimischen Bodens, nnd es ist von höchster Wichtigkeit, dass der heimische Boden so viel als möglich zur Volksernährung beiträgt.

Die Ursachen der Not sind mannigfacher Art. Der Wert der Bodenprodukte ist seit zwanzig Jahren gesunken, die Arbeitslöhne gestiegen; infolgedessen ist der Reinertrag der Landwirtschaft, sofern sie auf Verkauf nnd gemietete Arbeitskräfte angewiesen ist, gesunken. Nun ist freilich im letzten Menschenalter der Reinertrag nm nicht mehr gesunken als der Zinsfuss für danernde Anlage im Allgemeinen, nämlich nm etwa ein Drittel, so dass die Kapitalisten, die ihr Kapital im Grnndbesitz angelegt haben, in dieser Hinsicht nicht übler daran sind, als Diejenigen, die sich Staatsanleihen, Prioritätsobligationen oder Dividenden tragende Aktien gekauft haben. Aber während die Letzteren im Dnrchschnitt ihre Wertpapiere schuldenfrei besitzen, müssen die Ersteren durchschnittlich vier Fünftel ihres Eigentums an die Besitzer der Hypotheken verzinsen, deren Zinsfuss nicht ganz so schnell wie die Bodenrente gefallen ist. Während die Letzteren nnr die kapitalisierte Rente bezahlt haben, haben die Ersteren im Kaufpreise noch einen Zuschlag mitbezahlt, der sich als ein Hoffnungskauf künftiger Konjunkturgewinne durch wachsende Bodenrente darstellt.

Der Gutsbesitzer hat also einen doppelten Nachteil im Vergleich zum Staatsrentner oder Aktionär: einerseits ist sein Reinertrag schneller gesnnken als der Zinsfuss seiner Hypothekenschulden; andererseits hat er den Teil des Kaufpreises verloren, in welchem die Hoffnung auf steigende Bodenrente eskomptirt war. Von dem ersteren Nachteil wird er um so schwerer bedrückt, je höher sein Gnt verschnldet ist; aber er wird gar nicht davon betroffen, wenn es schnldenfrei ist. Der letztere Schaden entspringt aus einer fehlgeschlagenen Spekulation auf Konjnnkturgewinn ans steigender Bodenrente; von ihm sind mehr oder weniger Alle betroffen, die in den letzten zwanzig Jahren Güter gekauft, oder zn Schätznngswerten übernommen haben. Es liegt

auf der Hand, dass Jeder, der in eine Spekulation eintritt, auch auf Verlust infolge fehlgeschlagener Erwartungen gefasst sein muss. Im Laufe des letzten Jahrhunderts hat der Gutsbesitzerstand kolossale Konjunkturgewinne eingestrichen, da sich der Güterwert vervierfacht hat; aber den Riesengewinnen im Anfang und in der Mitte des Jahrhunderts stehen erhebliche Verluste in den dreissiger Jahren und am Ende des Jahrhunderts gegenüber, und es ist schlimm für die Generation der Gutsbesitzer, die gerade von solcher ungünstigen Konjunktur betroffen wird. Die Söhne müssen einen Teil der Gewinne, die ihre Väter eingestrichen haben, wieder herausgeben; aber die Familien haben sich darauf nicht eingerichtet und klagen nun bloss darum über ihr Unglück, weil der Glückszuwachs der Väter in übereilter Hast bereits anderweitig verteilt und verzehrt ist.

Es kommen noch einige andere Umstände hinzu, welche den gegenwärtigen Niedergang des Reinertrags besonders empfindlich machen, das sind der ländliche Arbeitermangel, die gesteigerte Lebenshaltung und die erhöhten Ansprüche an die wirtschaftliche Tüchtigkeit der Gutsbesitzer.

Ein Arbeitermangel war auf dem Lande so lange nicht spürbar, als die Industriearbeiter in den Städten schlecht bezahlt, die Verkehrsgelegenheiten umständlich und kostspielig und das Recht auf Freizügigkeit noch gesetzlich beschränkt war. Die gewaltige Steigerung der städtischen Löhne musste auf die ländlichen Arbeiter als Lockspeise wirken, sobald das Eisenbahnnetz entwickelt und das Menschenrecht zur freien Verwertung der persönlichen Arbeitskraft gesetzlich sicher gestellt war. Durch Einführung einer landwirtschaftlichen Saisonindustrie (Brennerei, Zuckerfabrikation) gewöhnten die Grundbesitzer selbst ihre Arbeiter an ein unstetes Wanderleben und leiteten sie dazu an, ihre Arbeitskraft da zu verwerten, wo sie am besten bezahlt wurde. Durch Einführung der Dreschmaschine wurde die Zahl der für den Winter erforderlichen ständigen Arbeitskräfte eingeschränkt und die sommerliche Bestellung der Ernte teilweise selbst zu einer Saisonarbeit mit weit hergeholten Hilfskräften.

Jetzt erst traten die verderblichen Folgen der „Bauernlegung“ zu Tage, die von den Vorfahren der heutigen Grundbesitzer in den letzten Jahrhunderten aus kurzsichtiger Gewinnsucht geübt worden war. Das heutige Geschlecht büsst für die aufgehäuften Sünden seiner Ahnen, weil ihm der Nachwuchs an Arbeitern aus den jüngeren Söhnen der Bauernhöfe fehlt. Selbst für gesteigerten Lohn sind in den Ostprovinzen die notwendigen Arbeiter und das Gesinde, ohne welches das Leben einer Land-Aristokratie unerträglich wird, aus dem Kreise deutscher Reichsangehöriger kaum noch aufzutreiben. In Mittel-, West- und Süddeutschland dagegen, wo noch Bauern genug sind und eine Mischung von landwirtschaftlichen Zwergbetrieben mit gewerblicher Thätigkeit besteht, ist von dieser Not nichts zu merken.

Durch die gewaltige Steigerung der Gutserträge bis zu Ende der siebziger Jahre hatten die Gutsbesitzer sich und ihre Kinder an eine beträchtlich gesteigerte Lebenshaltung gewöhnt. Die Zunahme des Reichtums und der Luxus in Handels- und Gewerbekreisen wirkte dabei als Ansporn, um die bedrohte Stellung als erster Stand im Staate auch durch Entfaltung äusseren Aufwandes im Wettbewerb mit den neuen Nebenbuhlern zu behaupten. In den letzten zwanzig Jahren hat nun Handel und Gewerbe einen weiteren Aufschwung genommen, während die Bodenrente zurückgegangen ist. Das jüngere Geschlecht der Gutsbesitzer aber hatte im Durchschnitt nicht die sittliche Kraft, sich von den luxuriösen Gewohnheiten ihrer Väter in den sechziger und siebziger Jahren zu der einfacheren Lebenshaltung ihrer Grossväter in den dreissiger und vierziger Jahren zurückzuschrauben, während der Luxus des städtischen Bürgertums vor ihren Augen zunahm. Insbesondere konnten die Söhne und Töchter der Gutsbesitzer sich schwer darein finden, hinter denen der reichen Stadtbürger zurückzustehen, und die Eltern waren oft zu schwach, ihnen die Mittel zu versagen, um sich nicht von den Kindern städtischer Parvenus ausstechen zu lassen.

Es kommt hinzu, dass der Staatsdienst im Heere und der Verwaltung immer höhere Aufwendungen an standesgemässen Zu-

lagen und Unterhaltskosten erfordert. Die Erlangung einer solchen Stelle, die ihren Mann ohne Zulage standesgemäss ernährt, ist jetzt nur noch durch allmälige Aufwendung eines Kapitals möglich, so dass wir mitten in einem System des verschleierten Stellenkaufs drinstecken. Diese Kapitalien flüssig zu machen, fällt den Gutsbesitzern jetzt viel schwerer als dem städtischen Bürgertum, und doch müssen sie beschafft werden, wenn der Grundbesitz auf seinen herkömmlichen Einfluss im Staat und in der Gesellschaft nicht freiwillig verzichten will.

Bei der einfachen, mehr extensiven Bewirtschaftungsweise im ersten Drittel dieses Jahrhunderts bedurfte es keiner besonderen Fachbildung für den Gutsbesitzer. Es genügte, dass er als Kind auf dem Gute seines Vaters aufwuchs und die Ferien seiner Schulzeit und Dienstzeit dort verlebte. Gegenwärtig, wo der Boden drei- und vierfachen Rohertrag bringen muss, um die Lasten und Unkosten zu decken, bedarf es dagegen besonderer Tüchtigkeit und gründlicher, fachmässiger Vorbildung, um einen befriedigenden Reinertrag herauszuwirtschaften, und für dieselbe Bodenfläche eines viel grösseren Betriebsfonds als früher. Der heutige Landwirt muss nicht nur technisch, sondern auch kaufmännisch geschult sein, und seine technische Ausbildung darf nicht mehr eine rein praktische sein, sondern muss auf der wissenschaftlichen Höhe unserer Zeit stehen. Um eine solche zu erwerben, dazu gehören aber mindestens drei, auch wohl vier Jahre. Nur wo solche Vorbildung sich mit persönlicher Tüchtigkeit, Energie, Fleiss, hauswirtschaftlicher Sparsamkeit, mit Weitblick und Umsicht vereinigt, kann der Besitzer bei genügender Kapitalkraft auch heute noch auf einen befriedigenden wirtschaftlichen Reinertrag rechnen. Diese Bedingungen sind aber in den seltensten Fällen erfüllt, da die Söhne zunächst in der städtischen Garnison ihre Jugend zu geniessen wünschen, und die Väter hoffen, dass dieselben durch reiche Heiraten das in der Jugend Versäumte wieder einbringen werden. Kein Wunder, dass da unsere Landwirte bei der auf allen Gebieten so verschärften Konkurrenz nicht gedeihen können.

2. Die Mittel der Abhülfe.

Derjenige Verlust, der aus verfehlter Spekulation auf stetige Steigerung der Bodenrente für die gegenwärtigen Besitzer entsprungen ist, muss unweigerlich abgeschrieben werden; es ist nur zu bedauern, dass die ungeschickte Verwendung des 200 Millionenfonds in den polnischen Provinzen die Güterpreise im Osten noch immer hoch über ihrem reellen Kapitalwert hält, und die Gesundung in dieser Hinsicht erschwert. Anders liegt es mit der Verschuldung, dem Hypothekenzinsfuss, dem Arbeitermangel und der Vorbildung der Landwirte; in allen diesen Punkten ist wirksame Abhilfe möglich.

Dass das Sinken des Hypothekenzinsfusses hinter dem des Reinertrages zurückgeblieben ist, hat lediglich darin seinen Grund, dass Preussen und das Reich die rechtzeitige Konvertierung der Staatsanleihen in den achtziger Jahren unterlassen und dadurch das deutsche Publikum verhindert hat, sich an den dreiprozentigen Zinsfuss erster Sicherheiten zu gewöhnen. Infolge dessen mussten die Versuche einiger Landschaften, ihre 3½prozentigen Pfandbriefe in 3prozentige zu konvertieren, misslingen. Der Zinsfuss der Pfandbriefe folgt dem der Staatsanleihen, aber er kann ihm nicht im Sinken vorangehen. Der Staat hat die Konvertierung bis jetzt unterlassen, um die Interessen der Offiziers- und Beamtenfamilien zu schonen, und da diese wieder grossenteils den Gutsbesitzern verwandt sind, so haben diese bis jetzt nicht einsehen wollen, dass die Konvertierung der Staatsanleihen die für den Augenblick wichtigste Hilfe wäre, die der Staat ihnen überhaupt zu Teil werden lassen kann.

Die vorhandene hypothekarische Verschuldung muss durch Zwangstilgung beseitigt und die Quellen, aus denen sie entsprungen ist, müssen für die Zukunft verschlossen werden. Die Zinsdifferenz von ½ Prozent, die nach Konvertierung der Staatsanleihen und Pfandbriefe den Besitzern zu Gute kommt, reicht zur allmäligen Tilgung aus, wofern nur die Wiederaufnahme von Pfandbriefen nach Tilgung eines Teils der Schuld verboten wird. Die Hypo-

thekenverschnldung entspringt teils ans Erbteilung (Abfindungshypotheken), teils aus Restkaufgeldern, teils aus Anfbesserungsdarlehen, teils aus Konsolidiernng persönlicher Schnlden. Alle diese Quellen müssen verschlossen werden, mit Ansnahme der Ameliorationsanleihen; diese aber dürften nur von staatlich beaufsichtigten Anstalten nach sorgfältiger Prüfung der Zweckmässigkeit nnd nnter Verpflichtnng zn rascher Tilgung gewährt werden.

Abfindungshypotheken an Miterben müssten verboten und durch Realteilnng oder Idealteilung des Gutes ersetzt werden, wofern die Ersparnisse des letzten Besitzers zur Abfindung der Nacherben nicht ausreichen. Die Realteilnng beim Erbgang müsste gesetzlich *vorgeschrieben* sein, wo die für die Verwaltung zweckmässige Maximalgrösse des Besitzes überschritten ist, nnd gesetzlich *verboten*, wo der Besitz nnter dem für eine Familie erforderlichen Mindestmass bleibt. Alle bisherigen Erörterungen über Anerbenrecht sind *grundsätzlich verfehlt*, weil sie auf die *Grösse* des Besitzes *keine Rücksicht nehmen*. Die blosse Abfindnngs*rente* ist ebenso ruinös für den Grundbesitzer, wie die Abfindungs*hypothek*, ja noch schlimmer, weil sie ihn in falsche Sicherheit einwiegt. Nur die *Idealteilnng* mit Reinertragsanteil (Tantièmeberechtigung) der Nacherben kann der Grundbesitz ertragen, vorausgesetzt, dass er noch gross genng ist, um mehr als eine Familie standesgemäss zu ernähren. Wo diese Bedingung *nicht* erfüllt ist, da ist im Staatsinteresse wie im Familieninteresse *völlige Enterbung* der Nacherben geboten.

Wer ein Gnt kaufen will, soll kein grösseres wählen, als er bar auszahlen kann, damit er als freier Mann auf freiem Grunde sitzt nnd nicht seinen Glänbigern frohndet. Die Grossmannssucht, die lieber ein fünfmal so grosses Gnt mit 80 Proz. hypothekarischer Belastung kauft, muss der Staat den Lenten anstreiben, nm sich vor immer nenen notleidenden Landwirten zu wahren. Es wäre ein grosses Glück für den Staat, wenn wir fünfmal soviel Landwirte wie jetzt hätten, deren jeder ein schuldenfreies Gnt sorglos

und zufrieden bewirtschaftete. Deshalb ist die hypothekarische Eintragung von Restkaufgeldern gesetzlich zu verbieten.

Wenn jeder Landwirt nur ein so grosses Gut besässe, dass sein Kapital ihm über den Kaufpreis hinaus noch einen genügenden Betriebs- nnd Reservefond übrig liesse, so brauchte er überhaupt keinen Kredit. Für gewöhnliche Fälle würde der Betriebsfond, für ausserordentliche Nothstände der Reservefond ausreichen. Wo die genügenden Mittel fehlen und Personalkredit zu Hilfe genommen werden muss, da besteht bereits keine völlig solide Wirtschaft mehr. Wächst einem solchen Landwirt allmählich die zunehmende persönliche Schuldenlast über den Kopf, so sucht er sie hypothekarisch zu konsolidieren, d. h. die negativen Ergebnisse seiner Misswirtschaft zu verewigen. Ein solcher geht früher oder später sicher zugrunde, falls ihm nicht eine steigende Konjunktur Rettung bringt. Solange es keine Veranstaltungen znr Gewährung billigen Personalkredits für Landwirte gab, mochte die Gesetzgebung über die Hypothekarisierung der Personalschulden hinwegsehen; seit aber der 50 Millionenfond vermittelst der Genossenschaften dem Kreditbedürfnis entgegenkommt, muss jede neue hypothekarische Eintragung verboten werden, die nicht behördlich für Ameliorationszwecke genehmigt ist.

Das fortdanernde fernere Anwachsen der Hypothekenverschuldung noch über den Ersatz der erfolgten Tilgungen hinaus kann nur verhindert werden durch Schliessung der Grundbücher für Neneintragungen. Solange die Grundbesitzer das n i c h t e i n s e h e n, i s t i h n e n ü b e r h a u p t n i c h t z u h e l f e n. Was man anch thnn mag, um den Reinertrag ihrer Güter künstlich zu heben, so kann dies doch alles nur die Not der Landwirtschaft für die Zuknnft steigern, weil es die mögliche hypothekarische Belastungsgrenze derselben steigert und die freie Eintragung früher oder später doch von der eröffneten Möglichkeit Gebrauch machen lässt. N u r Z w a n g s t i l g u n g i n V e r b i n d u n g m i t d e r S c h l i e s s u n g d e r G r u n d b ü c h e r f ü r N e u e i n t r a g u n g e n kann die Söhne und Enkel unserer Gutsbesitzer aus Pächtern ihrer Hypothekengläubiger wieder in freie Eigentümer zurück-

verwandeln. Dann aber können auch fünfmal so viel Gutsbesitzerfamilien ebensogut wie die jetzigen auf demselben Flächenraum leben und dem Staate eine Menge frischer Kräfte zuführen, weit wertvollere, als ihm jetzt die von Hypothekenzinsen lebenden städtischen Familien liefern.

Dem ländlichen Arbeitermangel der östlichen Provinzen kann nur dadurch abgeholfen werden, dass wieder eine genügende Zahl von Bauerngütern zwischen dem Grossgrundbesitz eingeschoben wird. In einer Zeit steigender Konjunktur ist dies fast unmöglich, weil dann kein Grossgrundbesitzer sein Gut dazu hergeben mag, es in Parzellen zu zerschlagen. Die jetzige Zeit des landwirtschaftlichen Notstandes muss deshalb so sehr als möglich für diesen Zweck ausgenutzt werden. Die Rentengutsgesetze haben schon etwas geleistet, bedürfen aber noch mancher Verbesserungen, um ihre Aufgabe ganz zu erfüllen. Das heutige Geschlecht der Grossgrundbesitzer kann einigen Trost aus dem Gedanken schöpfen, dass ohne die jetzige Notlage im allgemeinen ihre Nachkommen gänzlich ausserstande sein würden, den immer dringender werdenden Mangel an Arbeitern zu überwinden, dass sie aber durch die Parzellierungen in dieser Notstandsperiode für künftig dauernde Abhilfe erlangen können.

Inbezug auf bescheidenere Lebenshaltung kann der Hof, der oberste Kriegsherr und die Regierung den Gutsbesitzern sehr zu Hilfe kommen, wenn ersterer mit gutem Beispiel vorangeht und die letzteren beiden den Regimentskommandos und Regierungspräsidien nicht bloss allgemeine Anweisungen zur Einschränkung des Luxus ihrer Untergebenen erteilen, sondern präzise Bestimmungen, wieviel Zulage sie für ihre Offiziere und Beamten fordern dürfen. Wenn die Geldaristokratie nur erst sähe, dass die Geburtsaristokratie den Wettkampf im Luxus endgiltig aufgiebt, dann würde sie bald ihre Bemühung darauf richten, die letztere an Einfachheit und Schlichtheit der Sitten nachzuahmen. Freilich ist dazu vor allen Dingen das Vorbild von oben erforderlich; solange jedes Frühstück eines Militärkasinos, das von einem hohen Gaste beehrt wird, die militärische Einfachheit vermissen lässt,

kann man von den schönsten allgemeinen Verfügungen gar keine Wirkung erwarten.

Die jüngeren Söhne der Gutsbesitzer mögen sich nach wie vor dem Staatsdienste widmen; die Anerben aber sollten sich, um den gesteigerten Ansprüchen der Zeit genügen und eine rationelle und intensive Wirtschaft treiben zu können, durch eine gründliche praktische und theoretische Schulung nach allen Richtungen auf ihren künftigen Beruf als Landwirte vorbereiten, anstatt in kleinen Kavallerie-Garnisonen ihrer Väter Schulden zu vermehren. Deutschlands Boden könnte in der That auch heute noch das deutsche Volk ernähren, wenn fachmässige Bildung, Intelligenz und Kapitalkraft sich bei seiner Bewirtschaftung vereinigten, um überall eine rationelle und intensive Wirtschaft sicherzustellen. Aber die heutige Generation besitzt diese Eigenschaften in zu wenigen Exemplaren, und sie macht bisher zu wenig Anstalten, um sie wenigstens ihren Söhnen zu verschaffen. Wenn auch die Landwirtschaft im ganzen grössere Beständigkeit zeigt als Gewerbe und Handel, so muss sie doch auch imstande sein, wechselnden Verhältnissen zu folgen, unrentabel gewordene Produktionszweige *rechtzeitig* aufzugeben und sich mit raschem Entschluss auf solche zu werfen, für die sich ein Bedürfnis entwickelt hat. Wenn z. B. Deutschland jetzt über 100 Millionen für Produkte der Geflügelzucht, gegen 70 Millionen für Obst und Wein und gegen 40 Millionen für Flachs ans Ausland zahlt, wenn allein die Einfuhr an Eiern den Wert der Roggeneinfuhr übersteigt, so liegen darin Fingerzeige, wieviel die deutschen Landwirte sich entgehen lassen, weil sie rationelle Geflügelzucht und Obstkultur noch nicht verstehen.

Die Notlage der Landwirtschaft ist also keineswegs aussichtslos. Wenn erst die Staatsschuldenkonvertierung erfolgt und die Konvertierung der Pfandbriefe auf 3 Proz. nach sich zieht, wenn dann die Zwangstilgung und die Schliessung der Grundbücher für Neueintragungen zusammenwirken, um die bestehende Verschuldung zu beseitigen und ihren Wiedereintritt und ihr weiteres Anwachsen zu verhindern, wenn der Arbeitermangel

gehoben wird, wenn Einfachheit der Sitten und ernste Berufsarbeit die Ausgaben vermindern und den Ertrag erhöhen, dann werden die deutschen Landwirte wieder gedeihen auch ohne Aufbesserung der gegenwärtigen Konjunktur. Aber dazu gehört Geduld, Entsagung, Fleiss, der Bruch mit lange genährten Gewohnheiten und Selbsttäuschungen und der Verzicht auf herkömmliche Ansprüche. Sich in eine solche Lage zu finden, ist nicht leicht, und es ist kein Wunder, wenn die gezeigte Zukunftshilfe vermittelst gegenwärtiger Opfer missachtet und nach augenblicklichen Heilmitteln ausgespäht wird.[1])

3. Die Forderungen der Agrarier.

1. Verstaatlichung der ländlichen Hypotheken. Der Staat soll die Hypotheken durch 3prozentige Staatsanleihe ablösen, die Tilgung sehr verlangsamen oder noch lieber ganz beseitigen, aber den älteren Staatsgläubigern nach wie vor 3½ Proz. Zins weiter zahlen. Während private Hypothekengläubiger und Pfandbrief-Institute genötigt sind, an die Stelle bankerotter Gutsbesitzer zu treten, ist bei dem Staate eine solche Neigung, sich mit Privatbesitz zu belasten, weniger zu erwarten. Der Einfluss der Gutsbesitzer auf die Regierung würde dahin gerichtet sein, mit Rücksicht auf die Not der Landwirtschaft vom Staate als Gläubiger die äusserste Nachsicht gegen zahlungsunfähige Gutsbesitzer zu erwirken.

2. Verstaatlichung der Reichsbank und Verpflichtung der verstaatlichten Reichsbank zur Gewährung billigen Wechselkredits an Grundbesitzer. Dass die Zentral-Genossenschaftskasse mit 50 Millionen ausgestattet ist und diese Staatsgelder mit 3 Proz., d. h. ⅘ Proz. unter dem durchschnittlichen Diskontosatz für feinste Geschäftswechsel im Jahre 1897 verleiht, genügt nicht. Die Reichsbank soll ihr Kapital von 120 Millionen und ihr Notenausgaberecht auch noch diesem Zwecke dienstbar machen. Da

1) Vgl. meine „Sozialen Kernfragen" (Leipzig, Haacke) S. 72—82, 293—295, 349—360, 417—430, 440—514. Die günstige Zeit zur Konvertierung der Staatsanleihen ist leider zu Ende der neunziger Jahre ebenso verpasst worden wie in den achtziger Jahren.

sie dies als Privatinstitut niemals thun wird, muss sie verstaatlicht werden; dann wird der Einfluss der Agrarier auf die Regierung schon ausreichen, sie in den Dienst der Gutsbesitzer zu stellen.

3. Einführung des Bimetallismus zu dem ehemaligen Wertverhältnis zwischen Gold und Silber von 1 zu $15^1/_2$. Die Wirkung dieser Massregel wäre Rückkehr zur thatsächlichen Silberwährung, da das Gold binnen kurzem aus dem Lande strömen würde. Der Preis des Silbers auf dem Weltmarkt würde sich zwar durch solche Massregel ein wenig heben, aber schwerlich über die Hälfte des Nominalwertes der Silbermünzen hinausgelangen. Wir hätten dann eine Währung, welche alle Schuldverpflichtungen nach Kapitalwert, Zins und Tilgungsraten um etwa die Hälfte erleichterte. Der Preis der Produkte würde sich sofort dem neuen Geldwert anpassen, also auf das Doppelte emporschnellen. Die Arbeitslöhne dagegen würden sich nur langsam und allmählich nach dem neuen Geldwerte regeln, also in der Zwischenzeit den Gutsbesitzern die Herstellungskosten ihrer Produkte verbilligen. Diese Ersparnis an Arbeitslöhnen wäre allerdings vorübergehend und würde sich in etwa zehn bis zwanzig Jahren ausgleichen; die Ersparnis an Zinsen und Tilgungsraten wäre aber ebenso dauernd wie der Gewinn am Preis der Produkte. Beide Vorteile würden sogar immer mehr wachsen, da der Silberpreis infolge fortschreitender Verbesserung der Fabrikationsmethoden auch nach Einführung der Silberwährung bald wieder weiter fallen würde.

4. Beträchtliche Erhöhung der Getreidepreise, sei es durch staatliches Getreidemonopol (Antrag Kanitz), sei es durch Einfuhrverbot, sei es durch starke Erhöhung der bestehenden Getreidezölle.

5. Erhöhung der Viehpreise durch Vieheinfuhrverbot auf Grund der Thatsache, dass in allen Viehausfuhrländern ansteckende Krankheiten unter dem Vieh vorkommen.

6. Verbot oder Bekämpfung aller mit heimischen Landwirtschafts-Produkten konkurrierenden Kunstprodukte und

Auslandserzeugnisse, z. B. Margarine, künstliche Süssstoffe, Kunstweine, Quebrachorinde, Schweineschmalz, Kokosbutter, Schafwolle etc., sei es durch hohe Steuern und Zölle, sei es durch Erschwerung des Verkaufs.

7. Verhinderung von Kanalbauten, sofern diese nicht bloss der Ausfuhr von heimischen Landwirtschafts-Produkten, sondern überwiegend der Einfuhr ausländischer dienen.

8. Forderung von Vorzugstarifen auf den Staatsbahnen für die Ausfuhr heimischer Landwirtschaftsprodukte. Die Agrarier möchten zwar die Deutschen verhindern, billigere ausländische Landwirthschaftsprodukte zu kaufen, aber sich die Freiheit offen halten, ihre eigenen Produkte auf ausländische Märkte zu bringen, wenn sie dort teuerer als auf den heimischen bezahlt werden.

9. Erhöhung der Personentarife der vierten Klasse, oder womöglich gänzliche Beseitigung der vierten Wagenklasse, um die Abwanderung ländlicher Arbeiter und Dienstboten nach den Städten zu erschweren.

10. Unbeschränkte Erlaubnis zum Hereinziehen ausländischer Arbeiter als Ersatz für die abwandernden Deutschen.

11. Beseitigung aller Zoll- und Handelsverträge, welche die Durchführung der vorhergehenden Forderungen verhindern oder erschweren. Das Reich soll freie Hand behalten, um auch künftig noch weitere Massregeln zugunsten seiner Gutsbesitzer und zum Nachteil des Auslands zu treffen, wenn die bisher vorgeschlagenen nicht ausreichen sollten, die Not der Landwirtschaft für immer zu beseitigen. Deshalb sind alle Handelsverträge von langfristiger Geltung zu verwerfen, höchstens einjährige zu gestatten, am meisten aber ein vertragloser Zustand mit autonomem Tarif zu empfehlen. Führt das zu einem Zollkriege mit allen anderen Staaten, so ist das nur erwünscht, denn umso rascher nähern wir uns dem Ideal des geschlossenen Wirtschaftsgebietes. Der Bruch der bestehenden Handelsverträge zugunsten der heimischen Landwirtschaft ist nur zu empfehlen und durch die Notlage der Landwirtschaft hinlänglich gerechtfertigt.

Sollte er zu einem Kriege mit Waffen führen, so wäre doch auf Sieg zu hoffen; aber selbst ein Ende mit Schrecken wäre besser als ein Schrecken ohne Ende, ein ehrenvoller, rascher Untergang besser als ein langsames Hinsiechen.

12. Bessere Ausgestaltung der Zucker- und Branntweinsteuer-Gesetzgebung zugunsten der Landwirte, da die bisherigen Versuche der Gesetzgebung den an sie geknüpften Erwartungen nicht entsprochen haben.

13. Unterwerfung des Produktenhandels unter die Interessen der Landwirtschaft.

4. Kritik der agrarischen Forderungen.

Alle diese Forderungen laufen darauf hinaus, dass andere Berufsklassen, seien es die Konsumenten, seien es die Gläubiger, sei es die Gesamtheit der Steuerzahler durch Vermittelung des Staates, den Gutsbesitzern etwas zuwenden, das ihnen nach der freien Gestaltung des wirtschaftlichen Verkehrs nicht zufallen würde. Nun ist ja eine solche Unterstützung einer Berufsklasse durch die andern nicht schlechthin zu verwerfen, wenn der Bestand dieser Berufsklasse anders nicht aufrecht zu erhalten ist, wenn sie durch solche Zuwendungen dem Staate wirklich dauernd erhalten werden kann, und wenn die Verhinderung ihres Unterganges ein dringendes Staatsinteresse ist. Aus diesem Gesichtspunkt ist durch die Gesetzgebung der letzten zwei Jahre den Gutsbesitzern schon recht viel zugewendet worden, das hierfür den übrigen Staatsbürgern entzogen werden musste. Die Kornzölle, die Zuckerausfuhrprämien, der Erlass eines Teiles der Branntweinsteuer, die Erschwerung des Margarineverkaufs, die Verleihung von 50 Millionen Mark Staatsgeldern um $^4/_5$ Proz. unter dem Reichsbank-Diskontosatz, die Erschwerung des Produktenhandels — das Alles stellt solche Begünstigungen der Landwirte auf Kosten der Nation oder einzelner Berufsklassen dar. Was die deutschen Landwirte auf diesem Wege in den letzten zwei Jahrzehnten an Zuwendungen aus Anderer Tasche bereits erhalten haben, beläuft sich nicht mehr auf Millionen, sondern auf Milliarden.

Die erste Voraussetzung für eine solche Subvention einer Berufsklasse ist, dass der Erfolg auch wirklich erreicht wird. Nach Ansicht der Landwirte aber ist der Erfolg dnrch die bisherigen Znwendungen nicht erreicht, d. h. ist die Not heute grösser als je. Die zweite Voraussetznng ist, dass die dentsche Landwirtschaft ohne solche Unterstützung aus den Taschen des Volkes nicht aufrecht zu erhalten sei. Aber die unverschuldeten Fideikommissbesitzer, ja sogar die mässig verschuldeten, tüchtigen nnd sparsamen Gutsbesitzer und die meisten Bauern nnd Kleinbesitzer könnten sehr wohl anch ohne diese Subvention bestehen; nur die überschuldeten, untüchtigen nnd unwirtschaftlichen müssten zu Grunde gehen. Es liegt aber im Interesse des Staates oder der Nation nicht, die Letzteren zu erhalten, sondern sie durch kapitalkräftigere, intelligentere nnd sparsamere Landwirte zu ersetzen. Freilich darf ein solcher Ersatz nur allmählich erfolgen, *weil zum Nachwnchs Zeit gehört.*

Deshalb allein war es gerechtfertigt, wenn der Staat durch mässige Kornzölle die Getreidepreise hob, die Viehseuchengesetze streng handhabte und andere Mittel versuchte, um die landwirtschaftliche Krisis zu mildern. Aber solche Hülfen können nicht für ewig Anwendung finden, sondern nur für eine gewisse Zeit, bis die Landwirtschaft sich der neuen Lage angepasst hat; dann muss das natürliche Verhältnis wieder hergestellt werden. Diejenigen Landwirte, welche die in dieser Uebergangsperiode gebotenen Hülfen unbenutzt gelassen haben, nm sich auf die nene Lage einzurichten, können sich nicht beklagen, wenn die Geschichte über sie hinwegschreitet. Ist es in dieser Uebergangsperiode nicht möglich, sie durch intelligente Gutsbesitzer zu ersetzen, so müssen sie eben durch Bauern ersetzt werden. Der englische Getreidebau ist nur dadurch zn Grunde gegangen, weil England keine kleine Bauernwirtschaften mehr hatte, und weil Gesetz und Reichtum die rechtzeitige Zerschlagung des Grossgrundbesitzes in kleine Banerngüter verhinderten. Wir haben noch Bauerngüter nnd sind nicht behindert, die bankerotten Rittergüter in Banerngüter aufznteilen. Es ist gewiss gerechtfertigt, *noch einige Jahr-*

zehnte hindurch mässige Getreidezölle aufrecht zu erhalten, damit die Reinigung des Gutsbesitzerstandes von untüchtigen und unwirtschaftlichen Elementen sich ohne schroffe Krisen vollzieht; aber die Zölle müssen späterhin allmälich vermindert werden, und sie müssen endlich ganz aufhören, wenn die jetzigen Hauptgetreideländer von ihren Erzeugnissen immer mehr verbrauchen und immer weniger zur Ausfuhr übrig behalten. Es wird nach der ungünstigen Konjunktur für die Landwirtschaft bei zunehmender Einwohnerzahl sicherlich wieder eine günstige kommen, die alle früheren übertrifft.

Den Gutsbesitzern ist bis jetzt beim Essen der Staatshülfe nur der Appetit nach immer verstärkten Gaben gewachsen. Sie pochen auf ihr vermeintliches Recht auf ein solches Mass von Staatshülfe, dass auch den Schwächeren und Untüchtigeren das Bestehen gesichert ist: sie verwechseln aber dabei das Staatsinteresse am Bestande der nationalen Landwirtschaft und dasjenige an dem Bestehen einzelner Landwirte. Ihre Forderungen müssen schon darum Bedenken erwecken, weil wenig volkswirtschaftliche Bildung und Einsicht unter den Gutsbesitzern vertreten ist, und dieser Mangel durch die Verkehrtheit verschiedener bisher von ihnen verlangter Massnahmen praktisch erwiesen ist. Unsere bestehende Branntwein- und Zuckerbesteuerung ist ebenso wie die über die Börse und den Margarineverkauf von den Agrariern verlangt und durchgesetzt worden. Die Misserfolge auf diesen Gebieten werden aber schon nach so kurzer Probe von den Agrariern selbst teils offen, teils unter vier Augen eingestanden. Das lange verteidigte System der Zuckerausfuhrprämien, die so eifrig betriebene Kontingentierung der Spiritusfabrikation werden heute schon als Fehler preisgegeben; das Verbot des Terminhandels musste den Landwirten selbst Schaden bringen, so lange sie nicht die Kapitalkraft und wirtschaftliche Reife besassen, ihre Erntevorräte nur allmählich zum Verkauf zu bringen. Die den Getreideexport begünstigenden Eisenbahntarife verleiteten die Gutsbesitzer zum frühzeitigen Verkauf ihrer Ernte an's Ausland, während später nicht nur das Volk, sondern teilweise auch sie

selbst das billig aus dem Lande gejagte Nähr- und Saatkorn zu viel teureren Preisen zurückkaufen mussten. Nach diesen Erfahrungen sind ihre weiteren, noch unverwirklichten Forderungen doppelt vorsichtig zu prüfen. Der verzweifelnde Bankrotteur greift erfahrungsmässig bald nach Strohhalmen, bald nach den abenteuerlichsten Projekten, um noch eine Rettung zu versuchen. Die Agrarier lieben es aber, sich selbst als verzweifelnde Bankrotteure darzustellen, die völlig unfähig sind, sich selbst zu helfen.

Wenn der Staat damit vorgeht, seine Anleihezinsen herabzusetzen, so folgt die Herabsetzung der Pfandbrief- und Hypotheken-Zinsen ganz von selbst nach, ohne dass es der Hypothekenverstaatlichung bedürfte. Wenn der Staat seine Schulden mit 3½ Proz. zu verzinsen fortfährt, so ist eine Hypothekenverstaatlichung auf 3prozentiger Grundlage sehr gewagt, sowohl wegen des augenblicklichen Misslingens als auch wegen der späteren Folgen. Es würde darauf hinauslaufen, dass alle Landwirte zu Staatsdomänenpächtern würden, und die Steuerzahler für die nicht eingehenden Pachtsummen aufkommen müssten.

Die Verstaatlichung der Reichsbank und ihre Dienstbarmachung für die Landwirte würde binnen Kurzem die Reichsbank in den Bankerott der notleidenden Landwirte mit hineinreissen, die feste Säule des nationalen Geld- und Kreditsystems untergraben und die furchtbarste Geld- und Kreditkrise über uns heraufbeschwören. Mit der jetzigen Organisation der Reichsbank würde das gemischte System von Privateigentum, Staatsverwaltung und Privataufsicht aus der Welt geschafft, das für so manchen andern Wirtschaftszweig noch vorbildlich werden kann. Schon die Zentralgenossenschaftskasse hat den Landwirten den Kredit so sehr erleichtert, dass sie nach der Klage des Ministers zu ungesunder Kreditbenutzung geradezu verführt worden sind. Würde auch die Reichsbank auf diesen Weg gedrängt, so wäre des fröhlichen Borgens kein Ende. Wenn aber die Verstaatlichung durchgeht, so dürfte die Regierung schwerlich imstande sein, gegen die agrarischen Ansprüche in dieser Richtung fest zu bleiben. Die Vorgänge bei der National-Hypotheken-Kredit-

Gesellschaft sind gerade zu rechter Zeit gekommen, um dem Publikum die Augen darüber zu öffnen, was man von Hypotheken- und Kreditinstituten zu erwarten hat, die zum Schein unter Staatsaufsicht, in Wirklichkeit aber unter agrarischem Einfluss stehen.

Ob Staaten wie Österreich, Russland, Rumänien, Italien und Japan wohl daran gethan haben, sich um die Einführung der Goldwährung zu bemühen, ist sehr fraglich. Ob Deutschland seiner Zeit weise gehandelt hat, den Empfang der französischen Kriegsentschädigung als Gelegenheitsanlass zur Einführung der Goldwährung zu benutzen, darüber lässt sich wenigstens streiten. Ich glaube, dass der grossartige Aufschwung des Handels und Gewerbes in Deutschland wenigstens nachträglich diese Massregel gerechtfertigt hat, die seiner Zeit vielleicht verfrüht scheinen konnte. Denn dass wir jetzt wahrscheinlich reif und reich genug sind, um die Goldwährung zu ertragen und zu behaupten, und dass jetzt die Rückkehr zu den früheren Zuständen ein schwerer wirtschaftlicher Fehler wäre, das steht für mich fest. Die Agrarier haben gar kein Interesse an einer Währungsänderung, ausser wenn durch sie eine „Seisachtheia", ein völliger Umsturz der Werte zu Gunsten der Schuldner und Produzenten und zum Nachteil der Gläubiger, Rentner, Angestellten und Arbeiter herbeigeführt wird. Dass aber eine solche das schwerste nationale Unglück wäre, kann nur der an ihr Interessierte verkennen. Sie würde wirken wie eine Papiergeld-Inflation, d. h. unter schweren Entbehrungen der Arbeiter und Angestellten zu einer Überproduktion anreizen, der dann die furchtbarste Krisis für Alle nachfolgte. Ein Volk, das sein Heil auf Geldverschlechterung baut, muss nachher desto schwerer und länger für den augenblicklichen Schwindelerfolg büssen.

Die künstliche Erhöhung der Produktionspreise durch Monopole, Einfuhrverbote und Zölle ist weiter nichts als eine Belastung der Konsumenten zu Gunsten der Landwirte. Werte werden dadurch nicht geschaffen und das Volk als Ganzes nicht bereichert. Ein Monopol mit festem Durchschnittsverkaufspreis würde in

billigen Jahren die Kornpreise um 50 bis 100 Proz. künstlich vertenern. Ein Einfuhrverbot würde den ärmsten Teil des Volkes dem Hungertode preisgeben, weil die heimische Produktion thatsächlich schon lange nicht mehr zur Volksernährung ausreicht. Über die Hälfte des Brotpreises steckt im Getreidepreis, und darum steigen und fallen die Brotpreise reichlich halb so sehr wie die Kornpreise. Die Fleischpreise sind in noch viel höherem Masse von den Viehpreisen abhängig. Sobald ein Süssstoff entdeckt wird, dessen Geschmack hinter dem des Znckers nicht zurücksteht, ist die ganze Znckerprodnktion überflüssig, weil künstlich gesüsstes Mehl und Stärkemehl weit nahrhafter sind als Zncker. Die Margarine, billiges Schmalz und Kokosbntter sind unschätzbare Bereicherungen für den Tisch der minder bemittelten Volksklassen nnd für die Volksernährung, nnd man darf die Hoffnung nicht aufgeben, dass es künftig gelingen wird, noch schmackhaftere pflanzliche Fette zu gewinnen als Öle nnd Kokosbntter. Ihren Verbrauch dem Volke zn erschweren oder zu verekeln, schliesst eine schwere Verantwortlichkeit in sich. Noch grösser ist freilich die, Urheber der chronischen Volksvergiftung durch Branntwein zn sein und selbst den Anträgen auf verschärfte Rektifikation Widerstand zn leisten. Wenn die Spiritusbereitung aus Holzabfällen sich bewährt, so wird es geradezu znr Sünde, wertvolle Volksnahrungsmittel wie die Kartoffeln noch ferner zu vernichten, bloss nm das Volksgift auf teuerem Wege herznstellen, das sich auf weit billigerem gewinnen lässt. Die Agrarier werden es aber sicherlich nicht unversncht lassen, die Spiritnsbereitung ans Sägespähnen gesetzlich verbieten, oder doch auf jede Weise erschweren zn lassen.

Unsere Zeit steht im Zeichen des Verkehrs; kein Fortschritt ist in dieser Hinsicht dringlicher als der Ausbau des deutschen Kanalnetzes, der wegen zu hohen Standes des Zinsfusses allzu lange vernachlässigt geblieben ist, jetzt aber bei dem gesunkenen Zinsfuss desto kräftiger in Angriff genommen werden kann und muss. Wer sich diesem dringlichsten Kulturfortschritt widersetzt, handelt geradezu kulturfeindlich; nicht minder Derjenige, welcher

die Freizügigkeit aufheben oder auf Umwegen erschwereu, oder die von den Vorfahren für die deutsche Knltur eroberten östlichen Landesteile aus Klasseninteresse wieder der Slavisierung ansliefern will. Was hilft uns die Rückeroberuug des Elsass, wenn nnsere östlichen Gutsbesitzer fünfmal so grosse Landstriche ohne Schwertstreich dem Deutschtum verloren gehen lassen? Wenn Dentschlaud nur die Wahl hätte, die Grossgrundbesitzer der Ostprovinzen oder den Boden dieser Provinzen selbst zu verlieren, so könnte die Entscheidung keinen Augenblick zweifelhaft sein. Deutsche Bauern würden auch ohne dazwischen liegende Rittergüter die Ostmarken gegen die slavische Rückstauflut verteidigen; dentsche Rittergutsbesitzer ohne die nötige Zahl dazwischen liegeuder Bauerngüter vermögen es nicht mehr, sondern leisten ihr wissentlich und geflissentlich Vorschnb. Alle Bestrebnngen zur Erhaltung des Deutschtums in den polnischen Landesteilen sind vergeblich, der gauze 200 Millionenfond weggeworfen, so lange die deutschen Gutsbesitzer in ihrem Bestreben fortfahren, das Land durch polnische Arbeiter zu polonisieren und ihren Einfluss darauf richten, dass man mit diesem vaterlandsfeindlichen Treiben Nachsicht übe.

Deutschland führt gegenwärtig an Ackerbau- nnd Forstwirtschaftsprodukten für etwa 1100, an Viehzuchtsprodukten für etwa 800, an Kolonialwaren, Tabak, Mineralölen, nicht einheimischen Rohstoffen nnd Halbfabrikaten für die Textilindustrie sowie an Bergwerksprodukten, Fischen u. s. w. für etwa 1500 Millionen Mark ein. Alle diese eingeführten Güter sind augenblicklich unentbehrlich, teils nnmittelbar für die Befriedigung der gewohnheitsmässigen Lebensbedürfnisse des Volkes, teils mittelbar für nnsere gewerbliche Prodnction. Die Hälfte unserer Industrie ist auf ausländische Rohstoffe augewiesen, und müsste stillstehen, sobald diese Einfuhr aufhörte. Von 4 $1/2$ Milliarden Gesammteinfuhr sind also etwa 3 $1/2$ Milliarden dem Volke unentbehrlich. Allein an Nahrungsmitteln müssen gegen 2 Milliarden eingeführt werden, während die Eigeuproduktion an solchen gegen 6 Milliarden beträgt. Ein Viertel des deutschen Volkes hängt also mit

seiner Ernährung vom Auslande ab, und muss verhungern, wenn dieses ihm die Nahrungsmittel verweigert. Das thut es aber indirekt, sobald es sich weigert, dem deutschen Volke die Waren abzukaufen, mit dem dieses bisher die Einfuhr bezahlt hat. Deutschland in einen Zollkrieg mit aller Welt verwickeln, heisst also nichts Anderes, als ein Vierteil des Volkes zum Hungertode oder zur Auswanderung verurteilen. Der Zollkrieg mit aller Welt ist aber gerade der Zustand, zu dem die agrarischen Forderungen mit unausweichlicher Notwendigkeit hindrängen.

Die Aufgabe der Staatsregierung besteht darin, die Interessen aller Berufsstände in Harmonie zu setzen; diese Harmonie, welche Allen gerecht wird, ist nur dadurch zu erzielen, dass jeder nach seiner relativen Bedeutung im Staate berücksichtigt wird. Nun betrug die agrarische Bevölkerung in Deutschland bei Beginn dieses Jahrhunderts etwa 80 Proz. und wird am Ende desselben schwerlich noch mehr als 30 Proz. betragen. Wenn also i. J. 1800 die Regierung die agrarischen Interessen in Deutschland im Vergleich zu Handel und Gewerbe im Verhältnis von 4:1 berücksichtigen musste, so darf sie es i. J. 1900 nur noch im Verhältnis von 3:7. Von den drei Zehnteln agrarischer Bevölkerung ist aber nur ein kleiner Teil Besitzer: den Besitzlosen ist es gleichgiltig, ob sie Herren oder Bauern dienen, und die Besitzenden haben meistens Zwergwirtschaften im Nebenbetrieb, so dass sie landwirtschaftliche Produkte zukaufen müssen, also von der landwirtschaftlichen Not gar nicht berührt werden. Selbst nach der Schätzung der agrarierfreundlichen Regierung sind nur etwa 5 Millionen Köpfe, also ein starkes Elftel des deutschen Volkes an den Kornzöllen irgendwie positiv interessiert. Noch nicht ein Tausendstel des deutschen Volkes gehört dem Grossgrundbesitzerstande an, der nur etwa 13000 Familien umfasst.

Diese Zahlen sind nun aber den Agrariern sehr unbequem; sie wollen ihre politische Stellung im Staate und ihr soziales Verhältnis zum Hofe dazu missbrauchen, ihren wirtschaftlichen Interessen ein grösseres Mass von Berücksichtigung zu erzwingen, als ihnen gegenwärtig nach ihrem relativen Gewicht im System

der deutschen Volkswirtschaft gebührt. Obwohl der Reichtum der Landwirtschaft in diesem Jahrhnndert sich vervierfacht, und die agrarische Bevölkerung sich nicht vermindert hat, sehen doch die Agrarier ihre relative wirtschaftliche Bedentung schwinden und dadurch zngleich ihre politische gefährdet, weil Handel und Gewerbe in derselben Zeit ihren Reichtum nnd ihre Bevölkerungsziffer soviel schneller vermehrt haben.

Gleichsam das Symbol nnd der Sammelplatz ihrer glücklicheren Konkurrenten ist die Börse, nnd desshalb konzentriert sich gegen diese die ganze Abneigung, die der Sieger im wirtschaftlichen Wettlauf dem Überholten einzuflössen pflegt. Aber diese Abneigung ist blind, weil sie der Einsicht in die Unentbehrlichkeit eines organisierten Zentralmarktes auch für die Produzenten ermangelt. Blinder Eifer schadet nur, nicht bloss dem, gegen den er gerichtet ist, sondern anch dem, der sich ihm hingiebt. So haben anch die mannigfachen agrarischen Chikanen gegen die Börse den Gutsbesitzern noch mehr geschadet als den Kauflenten; sie haben die Stellung des Grosshandels gegenüber dem Kleinhandel noch günstiger gemacht, als sie ohnehin schon war, nnd haben die dentsche Volkswirtschaft im Ganzen geschädigt, ohne dass auch nur der dem Ausland darans erwachsene Nntzen diesen Schaden aufwöge. Die Aufhebnng des Getreideterminhandels z. B. ist zwar ein Zukunftsideal; aber so lange unsre Landwirte ihre jetzige wirtschaftliche Unreife, Knrzsichtigkeit nnd Unsolidität bewahren, werden sie selbst am meisten nnter derselben leiden. Von fortgesetzten nnd verschärften agrarischen Drangsalierungen der Börsen ist schwerlich ein anderes Ergebnis zn erwarten, weil den massgebenden Führern die nötige Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge nnd die erforderliche Unbefangenheit des Urteils fehlt, um die schädigenden Rückwirkungen ihrer Bestrebnngen auf ihre eigenen Interessen zu durchschanen.

---

5. Die agrarische Partei im Verhältnis zu den übrigen Parteien.

Die Anstrengung der Agrarier, ihre bedrohte wirtschaftliche Stellung durch eine politische „Sammlung“ zu retten, zeigt uns den letzten Verzweiflungskampf eines einst die Alleinherrschaft übenden Standes um die Rettung des früheren Wohlstandes und Ansehens. Bis zu diesem Augenblick kämpft zwar der Bund der Landwirte noch als Wirtschaftsgruppe, die mit verschiedenen politischen Parteien Fühlung hat, aber sein Bestreben geht offenbar dahin, den Rahmen der alten Parteien zu sprengen und sich, wenn er aus den Wahlen siegreich hervorgeht, als die herrschende politische Partei der Zukunft an die Stelle der zertrümmerten alten Parteien zu setzen. Anstatt in der unkaufmännischen und unsoliden Borgwirtschaft und Verschuldung den Grund ihres wirtschaftlichen Rückganges trotz Vervierfachung des Wertes ihrer Güter zu sehen, fordern die Gutsbesitzer vom Staate die Gewährleistung eines Standeseinkommens, das ihnen die Behauptung ihres politischen Einflusses ermöglicht. Anstatt sich mit dem Schicksal, das sie thatsächlich in die zweite Reihe zurückgeschoben hat, würdevoll abzufinden, wollen sie durch Missbrauch des ihnen verbliebenen Restes von Macht dem Schicksal trotzen.

Man sollte meinen, dass die Kraft von etwa 13000 Familien zu schwach sein müsste, um sich die Ausbeutung eines Volkes von 53 Millionen zu sichern. Aber in Österreich sind es sogar nur 600 Familien, die die Schicksale des Reiches bestimmen. Bei den Wahlen könnten freilich die Grossgrundbesitzer nichts erreichen, wenn ihnen nicht der Regierungsapparat, die evangelischen Geistlichen, ein Teil der Grossindustriellen, ihre eigenen Angestellten und Arbeiter und der grösste Teil der Bauern mit ihrem Anhang Beistand leisteten.

Diejenigen Grossindustriellen, die sich mit den Agrariern zu dem Programme der Sammlung verbündet haben, rechnen darauf, dass die Regierung stark genug sein wird, um die Gelüste der siegreichen Agrarier zu zügeln, soweit der deutsche Handel als Grundlage der Industrie durch sie gefährdet wird, dass aber der

Sieg derselben ihre eigene Stellnng als Arbeitgeber im Kampf mit ihren Arbeitern verbessern, die Fortsetzung der Sozialreform aufhalten und die Polizeiherrschaft über die Arbeiterkreise stärken werde. Die ländlichen Kleinbesitzer und Arbeiter halten bis jetzt ihr Interesse noch grossenteils für zusammenfallend mit dem der Grossgrundbesitzer; aber weil die Einsicht in den Gegensatz beider Interessen überall dämmert und stellenweise schon zum Durchbruch gelangt ist, darum gerade haben es die Grossgrundbesitzer, die sich fälschlich Agrarier nennen, so eilig, die bevorstehenden Wahlen als die vielleicht letzte Gelegenheit zur Befestigung ihres parlamentarischen Einflusses auszunutzen.

Die Grossindustriellen, die sich mit den Agrariern verbündet haben, spielen ein gefährliches Spiel. Die Regierung hat schon in der letzten Legislaturperiode zu viel Proben davon abgelegt, dass sie ihre wohlbegründete, bessere Überzeugung dem Hintertreppeneinfluss der Agrarier hat zum Opfer bringen müssen, als dass man sich für die Zukunft in Sicherheit wiegen dürfte. Wenn sich in der nächsten Legislatnrperiode zu diesem Hintertreppeneinfluss ein verstärkter parlamentarischer gesellt, so müssen wir uns darauf gefasst machen, dass die Regierung jede Kraft einbüsst, den agrarischen Forderungen Widerstand zu leisten, oder dass sogar reine Agrarier zur Regierung berufen werden, die dann mit der Durchführung ihres Parteiprogrammes experimentieren. Niemand würde früher und schwerer nnter einer solchen Wendung der Dinge leiden als die Grossindustriellen, welche wesentlich auf die von den Agrariern bedrohte Ausfuhr angewiesen sind. Die Reue über das geschlossene Wahlbündnis würde dann zu spät kommen, und anch die Machtverschärfung der Gerichte und Polizei würde sich dann unfähig erweisen, die hungernden Massen der brotlos werdenden Arbeiter im Zaume zu halten.

Wir haben augenblicklich drei Parteien, welche durch Verwirklichung ihrer Ziele Deutschland zu Grunde richten würden, die Sozialdemokratie, das Zentrum und die Agrarier. Es handelt sich nur darum, die relative Gefährlichkeit der drei zu bestimmen. Der Sieg der Sozialdemokratie, d. h. die Diktatur des Proletariats

mit unentgeltlicher Expropriation aller Kapitalisten zu Gunsten des Gemeinwesens, ergäbe einen völligen Zusammenbruch aller bestehenden Organisationen ohne brauchbaren Ersatz, allgemeines Elend, Hungersnot, chaotischen Bürgerkrieg und endlich einen Cäsarismus, der aus den Trümmern einen Neubau errichtete. Der Kulturprozess würde dadurch einige Menschenalter einbüssen, aber doch nach Überwindung der Revolution und ihrer wirtschaftlichen Folgen an das Erbe der Vergangenheit anknüpfen und schliesslich wieder weitergehen.

Der Sieg des Ultramontanismus dagegen würde zwar zunächst das wirtschaftliche Gedeihen nicht schädigen, aber geistigen Tod und damit für absehbare Zeit das Ende der nationalen Kultur bedeuten. Deshalb allein schon ist die ultramontane Partei viel gefährlicher als die sozialdemokratische. Es kommt aber hinzu, dass sie eine unabsehbare Dauer vor sich hat, während die Sozialdemokratie sich in spätestens einem Menschenalter in etwas ganz Anderes, viel Harmloseres umgewandelt haben wird, dass der Ultramontanismus für immer der Gegner eines ketzerischen Kaisertums sein und bleiben wird, die Sozialdemokratie aber sehr wohl zu einer monarchischen Partei unter einem protestantischen Kaiser werden kann. Die ultramontane Partei wird um so gefährlicher, die sozialdemokratische um so ungefährlicher, je mehr Abgeordnete sie in die Parlamente entsendet. Die Sozialdemokratie ist schon jetzt bloss noch theoretisch eine revolutionäre, praktisch aber eine soziale Reformpartei; es ist gar nicht daran zu denken, dass sie jemals eine Mehrheit im Reichstage erlangen könnte, und wenn sie doch eine solche erlangt hätte, wären ihre Führer die Letzten dazu, die unabsehbare Gefahr einer plötzlichen allgemeinen Verstaatlichung der Produktionsmittel heraufzubeschwören.

Sie hat gegenwärtig keinen Einfluss auf die Regierung, bereitet sich aber mehr und mehr darauf vor, die ultramontane Partei in ihrer Rolle als Regierungspartei abzulösen. Wie die Caprivischen Handelsverträge nur dadurch zustande gekommen sind, dass die Sozialdemokratie als eine der Regierungsparteien

funktionierte, so werden auch die künftigen Handelsverträge den Agrariern nur dadurch abgerungen werden können, dass die Regierung sich mit auf die Sozialdemokratie stützen kann. Die ultramontane Partei ist die das Parlament beherrschende Partei und zugleich die Regierungspartei der Gegenwart; sie wird diese Stellung schrittweise dazu benutzen, um so viel Konzessionen von der Regierung zu erlangen wie möglich. Wenn dann die Regierung auf den Punkt gelangt ist, dass weitere Konzessionen ihr unmöglich sind, dann wird hoffentlich die Umbildung der sozialdemokratischen Partei so weit fortgeschritten sein, dass die Regierung in ihr eine sichere Stütze gegen weitere ultramontane Anmassungen findet.

In den jüngeren Kreisen der sozialdemokratischen Partei ist nicht nur Intelligenz und wissenschaftliche Bildung, sondern auch Fleiss und ernste Arbeit zu finden, die nur vorläufig noch durch die vorgefundenen marxistischen Dogmen eingeschnürt sind, aber bereits von allen Seiten her an ihnen rütteln und bald genug damit enden werden, sie völlig einzureissen. In der ultramontanen Partei dagegen ist nur taktisches Geschick und formale Bildung, keine wissenschaftliche Vertiefung und kein lauteres, selbstzweckliches Wahrheitsstreben zu finden; an eine Kritik des katholischen Dogmas ist in ihr gar nicht zu denken, geschweige denn an dessen einstige Überwindung. In beiden Parteien aber ist doch die Parteifahne mit einem Ideal, in der ultramontanen mit einem transzendenten, in der sozialdemokratischen mit einem irdischen geschmückt, das *allen* Kreisen des Volkes und der Menschheit zu Gute kommen soll. In der agrarischen Partei dagegen herrscht der *nackte Klassenegoismus* einer seit Jahrtausenden bevorrechteten Aristokratie, die ihre bevorzugte Stellung auf Kosten der übrigen Volksbestandteile behaupten will, obwohl sie längst aufgehört hat, führender Bildungsträger des Volkes zu sein. Die agrarische Partei zeichnet sich weder durch Intelligenz, noch durch Geistesbildung, noch durch ernste, wissenschaftlich vertiefte Arbeit, noch durch volkswirtschaftliche Kenntnisse und Einsicht aus.

Die sozialdemokratische Partei hat schon heute aufgehört, eine Gefahr für unser Staatsleben zu sein, seitdem sie die Anarchisten von sich ausgeschieden und den revolutionären Charakter praktisch abgestreift hat. Die ultramontane Partei ist die grösste und eigentliche innere und äussere Zukunftsgefahr des Deutschen Reiches; aber für die Gegenwart hat sie mit den Lebensinteressen desselben einen klugen Scheinfrieden geschlossen. Die agrarische Partei ist die akute Gegenwartsgefahr. Sie wird die demagogische Anspannung und die pekuniären Opfer, die sie sich für die bevorstehenden Wahlen auferlegt hat, schwerlich auf die Dauer durchführen können; es handelt sich für sie darum, bei diesen Wahlen zu siegen, und Deutschland in den nächsten fünf Jahren nach ihren Interessen einzurichten, oder zu fallen, und dann wohl für immer, weil im nächsten Jahrhundert die Bauern ihr schwerlich noch Vorspanndienste leisten werden. Ist die agrarische Gefahr bei den nächsten Wahlen abgewehrt, so ist sie wohl für immer beseitigt.

Glücklicherweise werden diese Erwägungen durch keinerlei wichtige Staatsinteressen durchkreuzt, denen die Mehrheit der anderen Parteien nicht die gebührende Rechnung zu tragen pflegt. Landheer und Marine sind samt ihrer Bewaffnung und Verpflegung gesetzlich sicher gestellt; sollten neue notwendige Bedürfnisse auftauchen, denen der künftige Reichstag seine Anerkennung versagt, so hat ja die Regierung die Auflösung in der Hand. Die bevorstehenden Wahlen dürfen und müssen also ganz unter den Gesichtspunkt gestellt werden, dass es in ihnen gilt, die einzige akute Gefahr der Gegenwart, die agrarische, abzuwehren. —

Bis jetzt wollen die Gutsbesitzer von den wirklichen Heilmitteln ihrer Lage nichts hören; wie der Opiumesser nach Opium und wieder nach Opium verlangt, so schreien die durch unsolide Kreditwirtschaft an den Rand des Abgrund Gebrachten nach immer mehr, immer leichterem und immer unsoliderem Kredit. Die durch untüchtige und unhaushälterische Wirtschaft den Staat und das Volk ebenso wie sich selbst geschädigt haben, fordern

von eben diesem Staat und Volk steigende Opfer, um ihre schlechte Wirtschaft fortsetzen zu können. Je mehr der Staat ihnen darin nachgiebt, desto höher wird der kapitalisierte Scheinwert der Güter über ihren reellen Ertragswert emporgetrieben, desto ungesunder wird die Position der Besitzer und desto schwieriger die einstige Heilung des Übels. Die unsolide Borgwirtschaft führt folgerichtig zur Spekulation auf Verunsolidierung der Reichsbank, Geldverschlechterung, Brotwucher, Verkehrsunterbindung, Slawisierung der Ostmarken, Einfuhrverbote, Zollkriege, Ruin der Ausfuhr und Hungertod der in diesem Jahrhundert zugewachsenen Industriebevölkerung, die dem Vaterlande den Charakter eines reinen Ackerbaustaates abgestreift hat.

Wenn hingegen der gesunde Sinn des deutschen Volkes sich gegen solche Verirrungen rechtzeitig empört, wenn der Verzweiflungskampf der Agrarier bei den Wahlen sich als vergeblich herausstellt, dann ist zu hoffen, dass die besonneneren Elemente unter den Gutsbesitzern gegen die blinden Heisssporne die Oberhand gewinnen, und dass die Einsicht sich Bahn bricht, welche Rettungsmittel allein erreichbar sind und zum Ziele führen.

IX. Die Kreditwirtschaft.

(Januar 1896).

Das neunzehnte Jahrhundert hat mehr als eines der vorhergehenden unter dem Zeichen des Kredits gestanden. Wenn man auf den volkswirtschaftlichen Aufschwung zurückblickt, den es uns gebracht hat, so lässt es sich begreifen, dass eine Volkswirtschaftslehre, die sich vorzugsweise auf die im Handelsstand gemachten Erfahrungen stützt, den Kredit als etwas Segensreiches anzupreisen nicht müde wird. Freilich nur den produktiven Kredit oder den Kredit für produktive Zwecke; denn einen unproduktiven Kredit wird niemand verteidigen.

Da zeigt sich dann aber sofort, dass die Grenzen zwischen produktivem und unproduktivem Kredit sich praktisch leicht verwischen und dass die Gewöhnung an Kreditwirtschaft im allgemeinen leicht dazu verführt, auch unproduktive Kredite zu benutzen. Die meisten Staatsanleihen sind ein einfacher Missbrauch des Staatskredits zu unproduktiven Zwecken, der aus einer unsoliden und leichtfertigen Wirtschaft entspringt. Denn sie dienen entweder zur Deckung laufender Ausgaben, die durch Steuern hätten aufgebracht werden müssen, oder zur Bestreitung der Kosten für ungerechte Kriege, die sich bei grösserer Mässigung und Besonnenheit hätten vermeiden lassen, oder gar zur Beförderung eines unberechtigten Luxus der zeitweiligen Machthaber. Es ist ein falsches Argument, ertraglose Anlagen darum den zukünftigen Geschlechtern aufzubürden, weil auch die Vorteile dieser Anlagen ihnen noch mit zuteil werden; denn an jede künftige Generation werden neue Aufgaben herantreten, die sie zu bewältigen hat, ebenso wie an die jetzige. Darum darf sich auch das heutige Geschlecht der Lösung der ihm gestellten dringlichen

Aufgaben aus eigenen Mitteln nicht entziehen und sollte sich schämen, das Erbe, das es seinen Kindern und Enkeln zu hinterlassen die Ehrenpflicht hat, sich im voraus von diesen bezahlen zu lassen. Staatsanleihen sind nur soweit gerechtfertigt, als sie entweder auf produktive Anlagen verwendet werden, die ihr Kapital ohne Zuschüsse der Steuerzahler verzinsen und amortisieren, oder als sie zur Abwehr und Ueberwindung vorübergehender Notstände bestimmt sind, wie Hungersnöte, Überschwemmungen, aufgedrängte Kriege.

Man kann Zweifel hegen, ob es vorteilhaft ist, wenn jeder Neugeborene als Gemeinde- oder Staatsbürger sich sofort im ideellen Teilbesitz eines beträchtlichen Gemeinde- oder Staatsvermögens befindet; denn solche Zustände können leicht die Thatkraft der Bürger beeinträchtigen und ein träges, genusssüchtiges Geschlecht heranziehen. Aber daran kann kein Zweifel bestehen, dass es ein Unglück ist, wenn jeder Neugeborene mit einer beträchtlichen Kapitalschuld ins Leben tritt und einen erheblichen Teil seiner Lebensarbeit bloss darauf verwenden muss, die Zinsen dieser Erbschuld aufzubringen.

Zu dem unproduktiven Kredit gehören auch alle Hypothekenschulden, deren Ertrag nicht zur Gutsamelioration verwendet worden ist, sondern die nur zu dem Zweck dem Gute aufgebürdet sind, um mehrere Familien statt einer aus dem Ertrage des Gutes zu ernähren, oder um eine besser zu ernähren, als das Gut durch seine Erträge vermag. Ersteres ist der Fall bei Erbteilungen und Verkäufen, wenn der Gutsertrag auf mehrere Erben des verstorbenen Besitzers oder auf den Verkäufer und Käufer verteilt wird, indem ein fester Teil des Ertrages in Form von Hypothekenzinsen von dem Nettoertrage ausgeschieden wird. Letzteres dagegen ist der Fall, wenn die Familie des Besitzers über ihren Stand hinaus lebt, sei es, dass der Aufwand auf dem Gute von dem Hausherrn selbst getrieben wird, sei es in der Ferne von den einzelnen Familienmitgliedern. Die Erkenntnis bricht sich immer allgemeiner Bahn, dass der neuerdings eingetretene Preis der landwirtschaftlichen Erzeugnisse niemals zu einer Not-

lage der Landwirtschaft hätte führen können, wenn der Grundbesitz unverschuldet oder nur mit produktiven Schulden belastet wäre, d. h. dass die Not des Grundbesitzes letzten Endes bloss aus dem Unsegen der Kreditwirtschaft entsprungen ist.

Aber auch für produktiven Kredit könnte der Satz, dass Kredit segensreich wirkt, nur bedingungsweise richtig sein, nämlich für solange, als noch keine anderen, zweckmässigeren Formen gefunden nnd eingebürgert sind, nm die Ersparnisse aller Stände dem volkswirtschaftlichen Fortschritt znr Verfügung zu stellen. Denn dass mit dem Kredit auch Gefahren verknüpft sind, ist wohl niemals verkannt worden. Aber solange die Produktion und Konsumtion nnd der Austausch zwischen beiden sich in enger begrenzten und gleichmässigeren Bahnen bewegte, waren diese Gefahren verhältnismässig gering im Vergleich zu den durch den Kredit erlangten Vorteilen, nnd solange die Inanspruchnahme des Kredits sich in der Hauptsache nicht über den Handelsstand hinaus ausdehnte, waren auch die Nachteile des Kredits auf diesen Stand beschränkt. Die Erweiterung des Marktes, die Abhängigkeit der örtlichen Märkte von den Konjunkturen des Weltmarktes nnd die vorläufige Unübersehbarkeit aller der Faktoren, die auf diese von Einfluss sind, hat die Handelskrisen (Geldkrisen und Kreditkrisen) sehr viel häufiger gemacht als früher nnd hat die Produktions- nnd Absatzkrisen zu ihnen hinzugefügt. In dem Masse, als auch der Grnndbesitz und das Gewerbe sich daran gewöhnt haben, sich des Kredits zu bedienen, sind anch sie in die Krisen mit hineinbezogen nnd den individnellen und allgemeinen Gefahren des Kredits ausgesetzt worden.

Am gefährlichsten ist der kurzfristige Kredit. Dieser ist geradezn unsolide, wenn der Schnldner keine gegründete Aussicht hat, das Darlehn znr Verfallfrist zurückzuzahlen. Aber selbst wenn diese gegründete Aussicht vorhanden ist, kann sie doch durch unvorhergesehene Umstände getäuscht werden, z. B. wenn der Exporteur oder Detaillist seinen Warenwechsel nicht einlösen kann, weil in dem Lande, in das er die Waren gesandt hat, eine Krisis ausgebrochen ist, die die Waren unverkäuflich macht, be-

ziehungsweise weil er in schlechten Zeiten vom Publikum die Zahlungen für verkaufte Waren nicht erhält, auf die er nach dem Durchschnittslauf des Geschäftes rechnen durfte. Schon minder gefährlich ist der langfristige Kredit mit einmaligem Verfalltermin, wie er z. B. bei Hypotheken unter Privaten jetzt noch die Regel bildet. Aber er setzt doch voraus, dass dem Schuldner bis zum Verfalltermin das Kapital zur Rückzahlung zugeflossen sein werde, sei es durch Erbschaft, angehäufte Ersparnisse oder Kontrahierung einer neuen Schuld bei Dritten. Sind aber die ersten Bedingungen nicht erfüllt, und fällt die Rückzahlungspflicht in eine Zeit, in welcher es schwer ist, neue Gläubiger zu finden, so tritt die Zahlungsunfähigkeit mit ihren Folgen ein.

Noch weniger gefährlich ist der langfristige Kredit mit allmählicher gleichmässiger Rückzahlung (Amortisation) des Kapitals. Immerhin muss aber doch der Schuldner die Zinsen und die Amortisationsraten pünktlich aufbringen. Dies wird ihm leicht werden, wenn das Unternehmen, in dem er das Darlehen werbend angelegt hat, gut rentiert, aber schwer, wenn es zeitweilig weniger einbringt, als die fälligen Raten erfordern, wie es häufig bei jungen Unternehmungen, die sich erst einbürgern müssen, und bei jungen und alten in Krisen und schlechten Zeiten der Fall ist. Solange die Reservefonds ausreichen, um das Defizit zu decken, kann die Produktion weitergehen; sobald aber diese fehlen oder erschöpft sind, ist die Zahlungsunfähigkeit da, welche in der Regel die Kündigung des Kredits und den Zusammenbruch des Unternehmens zur Folge hat. Der Grundbesitz kommt auf diese Weise in die Hände der Hypothekengläubiger, die nur zu oft von seiner Bewirtschaftung nichts verstehen und das Leben auf dem Lande nicht lieben; die grossen industriellen Unternehmungen aber geraten dabei leicht in Stillstand und Verfall sodass nützliche Produktionen aufhören und eine Menge von Arbeiterfamilien unverschuldet brotlos werden.

Am ungefährlichsten erscheint der vonseiten des Gläubigers unkündbare Kredit ohne Amortisation, der sich vom Rentenkauf, nur noch dadurch unterscheidet, dass das Kapital im voraus fest

bestimmt und in Ziffern angegeben ist, für welches der Schuldner die Rente abzulösen berechtigt ist. Ein solcher Kredit steht bisher nur Staaten zur Verfügung; die Bestrebungen, das reine Rentenprinzip auch in den Grundkredit einzuführen, haben bis jetzt keinen Erfolg gehabt. Wenn man aber berücksichtigt, dass die Amortisationsrate bei langfristigen Darlehen doch nur einen kleinen Bruchteil der Zinsrate auszumachen pflegt, so ergiebt sich, dass die Gefahren des Kredits hier auch nur um diesen Bruchteil verringert sind. Die Wirkung ist dieselbe, als ob der Zinsfuss um den Betrag der Amortisationsrate niedriger vereinbart worden wäre. Wird die fällige Rate nicht herausgewirtschaftet, so tritt die Zahlungsunfähigkeit mit allen ihren Folgen ein, gleichviel, ob in der Rate bloss Zins oder Zins und Amortisation zugleich enthalten ist. Wohl aber liegt in dem Mangel der Amortisationsverpflichtung für den Schuldner eine Verleitung zu unsolider Wirtschaft, insofern ihm jede Nötigung zur Verminderung der Schuld fehlt.

Alle Krisen entspringen aus einer vorhergegangenen Überspekulation bei günstiger Konjunktur, die Überspekulation aber wird durch nichts mehr genährt, als durch den Kredit. Die landwirtschaftliche Krise der Gegenwart ist z. B. wesentlich eine Folge der Überspekulation in Gütern, durch welche die Kaufpreise im letzten Menschenalter zu einer Höhe emporgeschraubt worden waren, die mit dem wirklichen Ertrage in keinem Verhältnis mehr stand, sondern nur noch die von der Zukunft erhofften Ertragssteigerungen eskomptierte. Die Güterpreise hätten aber garnicht zu solcher spekulativen Höhe emporgeschraubt werden können, wenn nicht unsere Hypothekengesetzgebung gestattet hätte, beliebige Teile des Kaufgeldes durch blosse hypothekarische Eintragung, d. h. durch Kredit, zu begleichen. Ebenso würde die industrielle Produktion bei günstiger Konjunktur sich nicht zur spekulativen Überproduktion erweitern können, wenn sie sich nicht in reichlichem Masse auf Kredit stützen könnte. Wären die Industrie und der Handel darauf angewiesen, auch bei günstiger Konjunktur lediglich mit demselben Kapital zu

arbeiten, das sie bei mittlerer Konjunktur auch schon zur Verfügung hatten, so würde allerdings ein Teil der so plötzlich ins Kraut geschossenen Nachfrage unbefriedigt bleiben, und die an diesem Teil der Nachfrage erzielten Gewinne würden dem Handel und der Industrie entgehen. Indessen für die Konsumenten wäre es ein Vorteil, wenn sie verhindert würden, ihre bisherigen Gewohnheiten im Verbrauch zu plötzlich zu steigern; denn diese Steigerung erhöht doch nur ihre Bedürfnisse zu einem Grade, der nach dem bald erfolgenden Rückschlag doch keine Befriedigung mehr findet und sie dann die Entbehrung um so schmerzlicher fühlen lässt. Industrie und Handel aber würden mit dem Verzicht auf die rasch vorübergehenden und noch dazu mit teurem Zins bezahlten Gewinne der Hochkonjunktur alle die weit schwereren Verluste abwehren, die ihnen nachher aus der Krisis und dem dauernden Niedergang erwachsen.

Wenn man zu den Einbussen der besser situierten Unternehmungen die Verluste hinzurechnet, die durch den Zusammenbruch der schwächeren dem Volkswohlstand direkt und indirekt zugefügt werden, so wird man gewiss sagen können, dass dieses Verlustsaldo aus dem Rückschlag im ganzen schwerer wiegt als das Gewinnsaldo der Hochkonjunktur, das durch aussergewöhnliche Kreditanspannung erzielt wurde. Die Volkszufriedenheit und der Volkswohlstand im allgemeinen würden ebenso wie der Handels- und Gewerbestand im besonderen dabei mehr gewinnen als verlieren, wenn ihnen derjenige Kredit abgeschnitten würde, durch den allein es ihnen ermöglicht wird, sich in Überspekulation zu stürzen. Die Krisen mit all ihrem Gefolge von Elend würden mit der Überspekulation und diese mit der Kreditwirtschaft aufhören, die Springfluten und Sturmfluten in der wirtschaftlichen Flut und Ebbe würden verschwinden und einer sanften und gleichmässigen Wellenbewegung, einem mässigen Schwanken um das Durchschnittsniveau Platz machen, dem die Produktion und Konsumtion ohne Schwierigkeiten zu folgen vermöchte.

Wenn ein einmal bestehendes Unternehmen, das wertvolle Güter produzirt oder zum Verbrauch verwendbar macht, die Be-

triebskosten einschliesslich der Besoldung des Unternehmers aufbringt, so ist es ohne Zweifel im Interesse des Nationalwohlstandes geboten, dass es fortgesetzt wird, gleichviel, ob für das darin angelegte Kapital eine Verzinsung herauskommt oder nicht. Ja, sogar wenn das Unternehmen Zuschüsse zu den Betriebskosten erfordert, mnss es so lange fortgesetzt werden, als einerseits die Hoffnnng besteht, für künftig das Gleichgewicht wiederherstellen zn können, und als andererseits die Kapitalverluste beim Einstellen des Betriebes noch grösser zu werden drohen, als bei seiner Fortsetzung. Dieser Grundsatz wird aber durchbrochen durch das Kreditprinzip, welches als Bedingung für die Fortsetzung des Unternehmens durch den bisherigen Unternehmer die Rentabilität aufstellt, d. h. einen die Betriebskosten nm mindestens soviel übersteigenden Ertrag, als die Verzinsung nnd Amortisation des gewährten Kredits beträgt. Dieser Grundsatz hat nun zwar seine volkswirtschaftliche Berechtigung, insoweit es sich um die Anlage neuer Unternehmungen handelt, aber nicht, wo der Fortbestand von bereits im Gange befindlichen Unternehmungen in Frage gestellt ist. Es besteht bei letzteren offenbar ein Widerspruch zwischen dem volkswirtschaftlichen Interesse der Nation und dem privatwirtschaftlichen des Glänbigers. Solange der Kredit aus anderen Gründen unentbehrlich erscheint, mnss dieser Widerspruch unter Znrücksetzung dieses volkswirtschaftlichen Interesses ertragen werden. Indess mnss dieser Widerspruch doch zur Prüfung der Frage auffordern, ob denn wirklich der Kredit unentbehrlich sei.

Notstandskredite sind überall da unentbehrlich, wo nicht mit genügendem Reservefond gewirtschaftet wird oder wo ein für gewöhnliche Fälle ausreichender Reservefond durch lang andauernde oder gehäufte wirtschaftliche Unglücksfälle aufgezehrt ist. Wirtschaften mit unzureichendem Reservefond ist allemal ein Zeichen wirtschaftlicher Unreife; die hieraus entspringenden Notstände können in der Regel nicht als unverschuldete angesehen werden und müssen also mit dem Fortschritt der Nation zu wirtschaftlicher Reife von selbst aufhören. Jeder Notstand,

dem durch Versicherung vorzubeugen ist, verliert nach Einrichtung der entsprechenden Versicherung seine Gefahr; wer sich von der Versicherung ausschliesst, kann sich über den etwaigen Notstand nicht mehr als über einen unverschuldeten beklagen. Hierher gehört nicht nur Brand-, Hagel- und Viehversicherung, sondern auch die Versicherung gegen Einbruch, gegen Untreue der eigenen Angestellten und gegen Verluste durch Insolvenzen der Schuldner (Delkredereversicherung).

Wo Versicherung und eigener Reservefond nicht ausreicht, da hat die Interessensolidarität des Berufsstandes, der Gemeinde, der Provinz, des Staates einzutreten; es ist ein gemeines Interesse, dass ein wirtschaftlich tüchtiges Glied der Gesellschaft nicht durch Kreditmangel an einem unverschuldeten Notstande zu Grunde gehe, sondern für das Ganze erhalten werde. Dazu gehören Organisationen, die den Notstandskredit unter angemessenen Bedingungen vermitteln, damit der Notleidende nicht dem Wucher in die Hände falle. Das Vereins- und Genossenschaftswesen mit oder ohne Unterstützung durch Verwaltungsinstanzen hat diese Aufgabe zu lösen und ist hierbei mit rasch fortschreitendem Erfolge am Werke, so dass die Zeit nicht mehr fern scheint, wo die Frage des Notstandskredits als gelöst wird gelten können.

Unentbehrlich ist auch der Meliorationskredit. Nur unter besonders günstigen Verhältnissen wird dei Grundbesitzer so viel Kapital ersparen können oder aus anderen Quellen verfügbar haben, um Ameliorationen vorzunehmen, die doch für den Nationalwohlstand ebenso wichtig und vielleicht noch wichtiger sind, als für seine Privatinteressen. Auch hier also ist das Eintreten öffentlicher Anstalten geboten, seien es landschaftliche Pfandbriefinstitute, Ablösungskommissionen, Landeskultur-Rentenbanken, Kreissparkassen oder sonstige Behörden. Die wünschenswerten und lohnenden Ameliorationen des vaterländischen Bodens dürfen durchaus nicht aufgeschoben werden, bis die Grundbesitzer zufällig über das nötige Kapital verfügen können, sondern müssen zur Mehrung des Bodenertrages überall da ermöglicht werden, wo der Besitzer und der sachverständige Vertreter des

öffentlichen Interesses über die Rentabilität nach dem jeweiligen Stande des Zinsfusses einig sind. Zu solchen Ameliorationen gehört auch die Herstellung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden bei der Teilung von Gütern, die als geteilte einen besseren Ertrag liefern können; leider wird sie in unserer jetzigen Gesetzgebung noch nicht dazu gerechnet.

Aller andere Kredit als der Notstands- und Meliorationskredit kann nicht als unentbehrlich behauptet werden, d. h. der Fortschritt des Wirtschaftslebens geht dahin, ihn in wachsendem Masse entbehrlicher zu machen, und die Formen des jetzt noch üblichen Kredits so umzuwandeln, dass er aufhört, dem Begriff des Kredits zu entsprechen.

Schlechthin entbehrlich ist der unproduktive Staats- und Gemeindekredit. Nur wenn der Grundsatz der Berechtigungslosigkeit eines solchen zum gesicherten Bestandteil der öffentlichen Meinung wird, nur dann ist zu hoffen, dass die Parlamente und Gemeindevertretungen endlich den Mut finden werden, für notwendige, aber unproduktive Ausgaben die erforderlichen Steuererhöhungen zu bewilligen, diejenigen Ausgaben aber, für welche eine zeitweilige Deckung fehlt, trotz des Wehegeschreies der Interessenten zu vertagen. Ja es ist noch mehr nötig, nämlich die Tilgung der vorhandenen Schulden. Niemals sollte eine Zinsermässigung zu einem anderen Zwecke vorgenommen werden, als zu dem, den ersparten Zins auf Amortisation zu verwenden; für diesen Zweck sollte aber auch jede thunliche Zinsermässigung rücksichtslos durchgeführt werden.

Entbehrlich ist ferner der Erbteilungskredit, wie er sich als hypothekarische Belastung des Stammgutes zu Gunsten der Miterben darstellt. An seiner Statt hat ideelle Teilhaberschaft oder Realteilung zu treten, soweit das Gut gross genug ist, um mehrere Familien standesgemäss zu ernähren; wenn aber das Gut dazu zu klein ist, so muss Anerbenrecht eintreten, und die Miterben müssen sich mit dem begnügen, was der Erblasser im Laufe seines Lebens für sie an Ersparnissen zurückzulegen vermocht hat. Kann das Gut mehr als eine Familie ernähren, so

ist es besser, dass alle von ihm ernährten Familien auch als Landleute auf ihm wohnen und ihm ihre Arbeit zuwenden, als dass bloss eine derselben auf ihm lebt und die übrigen den ungesunden Zug in die Städte vermehren. Kann es aber nur eine Familie ernähren, so darf dieser auch ihre Ernährung nicht mehr durch Eintragung von Hypotheken zu Gunsten Anderer verkümmert werden, wenn sie die Tüchtigkeit zur Erfüllung ihrer wichtigen sozialen Aufgabe behalten soll.

Ebenso entbehrlich ist der hypothekarische Kaufgeldkredit. Niemand soll einen grösseren Grundbesitz kaufen, als er mit eigenen Mitteln bar auszahlen kann. Zur Bewirtschaftung grösserer Objekte steht die Teilhaberschaft in den verschiedensten rechtlichen Formen offen. Es wäre besser, die Hypothekengläubiger und der nominelle Besitzer eines grossen Geschäftshauses verwalteten dieses gemeinsam, als dass die Verwaltung dem Letzteren allein ohne Kontrolle anvertraut ist. Alle Grundstückskrisen hätten dann ein Ende, wenn die unbedingte Verpflichtung des Besitzers zur Zinszahlung durch ein Recht der verschiedenen Teilhaber auf Dividende ersetzt würde und ihnen dafür auch der entsprechende Anteil an der Verwaltung zustände. Die jetzigen Hypotheken müssten zu dem Zweck in bevorrechtete Besitzanteile umgewandelt werden, deren Vorrecht sich sowohl auf das eingeschossene Kapital im Falle der Liquidation und des Konkurses, als auch auf den vereinbarten Zins erstrecken könnte. Auch Nachzahlung des ausgefallenen Zinses aus dem Ertrage besserer Jahre könnte festgesetzt werden; nur der Anspruch auf einen Zins, der nicht herausgewirtschaftet ist, und das Recht der Kapitalkündigung bei fehlendem Ertrage müsste fortfallen, womit dann die massenhaften Subhastationen und die Häuserkrache in schlechten Zeiten beseitigt wären.

Danach ist aber überhaupt der Hypothekenkredit für Private etwas Überflüssiges, für öffentliche Anstalten aber nur soweit notwendig, als er Meliorationsdarlehen betrifft, wogegen die Notstandsdarlehen als persönlicher Kredit zu behandeln sind. Wegen der Zwecklosigkeit und Gemeingefährlichkeit des Hypo-

thekarkredits müsste deshalb alle Neueintragung von Hypotheken in die Grundbücher für Private gesetzlich verboten werden. Wenn die Notlage des Grundbesitzes aus der Hypothekenlast stammt, so ist dauernde Hilfe nur möglich durch Verstopfung dieser Quelle seiner Not. Soweit eine Umwandlung der bestehenden Hypotheken in Besitzanteile nicht durchführbar scheint, muss mindestens für die in der ersten Hälfte des Wertes stehenden Hypotheken ein gesetzlicher Amortisationszwang sowohl den Gläubigern, als den Schuldnern auferlegt werden, damit die Verschuldung nicht eine ewige wird. Der jetzige Zeitpunkt ist wegen seines sinkenden Zinsfusses für eine solche Massregel besonders günstig, da die Zinsermässigung als Amortisationsrate dienen kann.

Was für den Grundbesitz gilt, das gilt auch für die Grossindustrie. Alle Obligationenschulden sind verwerflich, weil sie die Verpflichtung zur Zahlung von Zinsen und Amortisationsraten auferlegen, während garnicht abzusehen ist, ob auch Erträge da sein werden, aus denen die Zahlung geleistet werden kann. Deshalb muss allen Unternehmungen die behördliche Genehmigung zur Ausgabe von Prioritätsobligationen unbedingt versagt werden. Erweiterungsanlagen sind aus neu auszugebenden Aktien oder Prioritäts-Aktien zu bestreiten, welchen letzteren das Vorrecht auf Zins allein oder auf Zins und Kapital und das Recht auf Nachzahlung ausgefallener Zinsen vertragsmässig zugesprochen werden kann. Auch Prioritätsaktien verschiedenen Ranges sind zulässig, desgleichen die allmähliche Amortisation derselben mit oder ohne Ausgabe von Genussscheinen. Bei den bestehenden Aktiengesellschaften hören mit vollendeter Amortisation die jetzt noch bestehenden Obligationen von selbst auf, können aber auch vorher in Prioritätsaktien umgewandelt werden.

Die kleinere Industrie, die im Privatbesitz ist, verliert mit dem Recht, auf ihren Grundbesitz Hypotheken eintragen zu lassen, beziehungsweise mit der Pflicht, die vorhandenen Hypotheken zu amortisieren, ohnehin die Möglichkeit, sich grössere langfristige Darlehen auf Grund hinreichender Pfandobjekte zu verschaffen.

Der Personalkredit aber hat in der Industrie nnd im Handel in der Regel die Form von kurzfristigen Darlehen, sei es den des Wechselkredits oder den des Kontokorrentkredits mit verhältnismässig kurzen Kündigungsfristen. Mehr und mehr erlangen in der Industrie die grossen Unternehmungen das Übergewicht über die kleinen, und in immer grösserem Umfange wandeln sich die grossen Unternehmungen spätestens in der dritten Generation in Aktiengesellschaften um. Die kleinere Privatindustrie ist darauf angewiesen, entweder die Erweiterung ihrer Unternehmungen von dem Zuwachs ihrer Ersparnisse abhängig zu machen oder stille oder thätige Teilnehmer mit neuen Kapitalien heranzuziehen. Was nicht auf einem dieser Wege zu einem grossen Unternehmen emporwächst, pflegt selten mehr als zwei Generationen zu überleben; wird es aber gross, so gelangt es schliesslich doch zur Umwandlung in eine Aktiengesellschaft.

Der Wechselkredit kann sich, soweit er nicht nnsolid ist, nur auf Waren und Erzeugnisse beziehen, deren Kaufpreis erst später fällig wird; der Kontokorrentkredit aber wird entweder von Familienangehörigen und Freunden oder von Bankgeschäften und solchen kaufmännischen Geschäften gewährt, die diesen Zweig des Bankgeschäftes als Nebenberuf betreiben. Der Wechselkredit wird umso solider, auf je kürzere Fristen er läuft, weil in kurzen Fristen die Gefahr einer Änderung der Marktlage geringer ist. Er kann aber nmso knrzfristiger sein, je mehr die Gewohnheit der Barzahlnng des Publikums an die Detailhandlnngen um sich greift nnd der Missbranch des Anschreibens anfhört. Deshalb trägt nichts mehr zur Gesundung des Geschäftslebens bei als die Konsumvereine und Warenhänser, die nnr gegen bar verkaufen und dadurch das Publikum zum Verzicht auf Kredit erziehen.

Im Grosshandel muss der Wechselkredit allmählich in Check- und Lombardkredit übergeführt werden. Die Bankgeschäfte, die den Wechselkredit vermitteln, eröffnen schon jetzt den grösseren Firmen, mit denen sie arbeiten, offenen Kredit in bestimmter Höhe, bis zu welcher gezogen werden kann, ohne die Warenunterlage der einzelnen Wechsel nachzuweisen. Sie gewähren

aber diesen Kredit billiger, wenn sie zugleich die Guthaben derselben Firmen verwalten, d. h. von diesen die eingehenden Zahlnngen, soweit sie nicht sofort anderweitig verwendet werden, überwiesen erhalten. Je grösseren Umfang diese Banken haben, desto mehr Einblick in das Geschäftsleben nnd seine Schwankungen steht ihnen offen, und desto eher sind sie in der Lage, bei drohenden Krisen ihre Knnden rechtzeitig zn warnen und zur Einschränkung ihrer Operationen anzuhalten. Der nächste Schritt znr Konsolidierung muss dann darin bestehen, dass die Kaufleute nicht nnr die augenblicklich unverwendbaren Barbestände, sondern auch ihren Reservefond bei der betreffenden Bank anlegen, sei es in bar, sei es in lombardfähigen Werten. Wenn die Form des Wechsels dann anch aus jnridischen Rücksichten noch beibehalten wird, so geht doch der Wechsel in geschäftlicher Hinsicht bei barem Gnthaben in den Check, bei Effektendepot in Lombardkredit über. Beide aber sind garnicht mehr Kredit im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern nur Verfügungen über und Anweisnngen auf einen bestimmten Teil des eigenen Guthabens. So kann aller Wechselkredit die Bedentnng nnd Gefahr des Kredits abstreifen, wenn nur die Kauflente über hinreichend grosse Kapitalien im Verhältnis zn ihrem Umsatz verfügen.

Wer noch kein so grosses eigenes Kapitel besitzt, um sein Geschäft in dem Umfange zu betreiben, wie seine Verbindungen es ihm gestatten und wünschenswert machen, der sncht deshalb Leihkapital dazn zu bekommen. So lange es sich um kleine Posten handelt, die von Verwandten oder Freunden dem Kaufmann anvertraut werden, haben solche Geschäftsbeziehungen den Charakter einer Gefälligkeit von der einen oder von der anderen Seite. Sobald aber grössere Posten inbetracht kommen, tritt sofort das Bedenkliche dieses Kredits zu Tage. Denn wenn die geschäftliche Lage des Kaufmanns schwierig wird, nnd er das geliehene Geld am wenigsten entbehren kann, dann wird der Gläubiger misstrauisch und kündigt. Vielleicht wäre sein Interesse besser gewahrt, wenn er zeitweilig Zuschüsse gewährte, bis die Schwierigkeit überwunden ist; da

er aber keinen genauen Einblick und oft auch kein genügendes Verständnis besitzt, so sucht er für sich zu retten, was er retten kann, und führt gerade dadurch oft genug nicht allein den Ruin seines Schuldners, sondern auch eigene Verluste herbei. Deshalb ist es allemal rationeller, grössere Posten nicht als Darlehn, sondern als Beteiligung in einem Handelsgeschäft oder industriellen Unternehmen anzulegen, dafür aber auch das Recht zur Kontrolle zu erlangen und auszuüben.

Die neuere Gesetzgebung hat gerade darin Grosses geleistet, der Beteiligung die mannigfachsten Formen zu eröffnen, die den verschiedensten Zwecken und Umfängen der Unternehmungen angepasst sind, und wenn sich in dieser Hinsicht neue Bedürfnisse herausstellen sollten, wird die Gesetzgebung nicht zögern, ihnen entgegenzukommen. Alles, was bisher der Kredit leisten musste, kann die Beteiligung auch leisten; aber die Gefahren des Kredits werden bei der Beteiligung ganz vermieden. Die Unternehmer werden den Kredit nicht vermissen, sobald sich ihnen nur eine genügende Beteiligung erschlossen haben wird. Die Schwierigkeit liegt nur darin, alle die kleinen Quellen, die jetzt den Kredit speisen, so zu fassen und zu leiten, dass sie künftig die Beteiligung speisen. Dazu bedarf es allerdings vermittelnder Einrichtungen, wie wir sie auch jetzt schon in ausgedehntem Masse für den Kredit haben. Die Sparkassen, kleineren Bankgeschäfte, Grossbanken, Pfandbriefinstitute etc. suchen heute noch grösstenteils durch Kreditgewährung an Kreditsuchende die ihnen anvertrauten Kapitalien zu verwerten; teilweise aber sind sie auch schon zu Beteiligungen übergegangen, allen voran die Grossbanken, denen neben den Sparkassen überhaupt in Zukunft ein immer grösserer Anteil am Vermittelungsgeschäft in der Geldverwertung zufallen dürfte.

Der solide kleine Rentner oder Sparer wird sich zunächst bekreuzigen vor einer Zukunft, in der alle Staatsanleihen der geordneten Kulturstaaten, alle Prioritätsobligationen, Pfandbriefe und Hypothekenanteilscheine vom Kurszettel verschwunden sein werden. Aber er kann sich trösten. Der Kurszettel einer solchen

Zuknnft wird, mit dem heutigen verglichen, noch viel mehr angewachsen sein, als der hentige es gegen den vor dreissig und fünzig Jahren ist. Es wird dann die grösste Auswahl von einheimischen Bank- und Industrieaktien nebst Prioritätsaktien zur Verfügung stehen, die im Durchschnitt sehr viel grösseren, älteren nnd darum auch solideren Unternehmungen als die hentigen angehören werden, freilich anch eine entsprechend niedrigere Rente abwerfen werden. Daneben wird eine grosse Zahl von Anteilscheinen ansländischer und überseeischer Unternehmnngen den Knrszettel füllen, die bei geringerer Sicherheit einen entsprechend höheren Ertrag abwerfen, aber unter europäischer oder gemischter Leitung immer noch solider fundirt sein werden als die hentigen exotischen Staatsanleihen. Wer nicht selbst Aktien erwerben oder sich als Kommanditist, stiller Teilhaber, Gesellschafter oder Genossenschafter bei einem Unternehmen beteiligen will, der wird sein Geld Sparkassen oder Grossbanken zur Verwertung übergeben können, die ihm bei langen Kündigungsfristen einen mässigen aber festen Zins gewähren, und statt seiner die Auswahl der Beteiligungen, den Ansgleich der schwankenden Erträge und die Kontrolle der unterstützten Unternehmungen übernehmen.

Der Zinsfuss wird nach dem Aufhören der Krisen sehr viel beständiger werden, als er es im letzten Jahrhundert gewesen ist. Allerdings wird er noch weiter heruntergehen dnrch Verminderung der Risikoprämien; aber darein müssen die Kapitalisten sich mit Gednld finden. Denn ein solches Heruntergehen des Zinsfusses durch Beseitigung der Nachfrage nach nngesundem nnd nnsolidem Kredit nnd durch Verminderung der Risikoprämien ist ein Symptom des volkswirtschaftlichen Gedeihens und trägt mehr als irgend etwas anderes zum Kulturfortschritt der Nation bei. Einerseits werden nämlich bei sinkendem Zinsfuss eine Menge kulturdienlicher Kapitalinvestitionen möglich, die bei höherem Zinsfuss als nicht rentabel genug unterbleiben mnssten, z. B. Kanalbauten, Moor- und Haidekulturen, Boden-Ameliorationen, Verbesserung der ländlichen und städtischen Arbeiterwohnungen, Assanierungsarbeiten etc. Andererseits bedeutet das Sinken des

Zinsfusses eine Verminderung des Anteils des Kapitals am Arbeitsertrage, so dass bei gleicher Grösse des gesamten nationalen Arbeitsertrages eine grössere Quote als bisher für den Anteil der Arbeiter übrig bleibt und notwendig diesen zufallen muss.

Das Aufhören der Kreditwirtschaft würde demnach in mehr als einer Hinsicht zur Lösnng der sozialen Frage beitragen: durch Beseitigung der Krisen nnd Konjunkturschwankungen nebst ihren verheerenden Folgen, durch Förderung der Kultur- und Wohlfahrtseinrichtungen und durch Erhöhnng des Anteiles der Arbeiter am nationalen Arbeitsertrage. Die Beseitigung der Kreditwirtschaft in dem angegebenen Sinne ist aber auch nicht eine Utopie, sondern ein schon jetzt dentlich erkennbares Ziel, anf das unsere wirtschaftliche und geschäftliche Entwickelung hinstrebt. Es ist in unsere Hand gelegt, diese Bewegung in verblendeter Verkennung aufzuhalten oder durch befördernde Massregeln zu beschlennigen. Damit aber das Letztere geschehe, ist es vor allen Dingen nötig, die öffentliche Meinung über die Schädlichkeit und Entbehrlichkeit der Kreditwirtschaft aufzuklären nnd, hierzn ein Scherflein beizutrageu, war der Zweck dieser Zeilen.[1])

1) Vgl. „Die sozialen Kernfragen“ (Leipzig, H. Haacke) S. 229—234, 452, 454—482.

X. Das heutige Gymnasium.

(März 1899).

Der Gymnasial-Lehrplan von 1892 ist nun seit sechs Jahren in Wirksamkeit und man kann schon jetzt über seine Erfolge ein sicheres Urteil fällen. Dieses Urteil stimmt wesentlich mit dem überein, was ich bei seinem Erscheinen ausgesprochen habe.[1] Wenn es damals galt, die erzielten Fortschritte und Verbesserungen mit Dank anzuerkennen, so gilt es jetzt, die schon damals bemerkten Mängel hervorzukehren, zumal sich deren ungünstige Wirkungen in der Erfahrung noch weit schärfer und unerfreulicher bemerkbar gemacht haben, als man damals voraussehen konnte. Das errungene Gute festhalten, aber die daneben bebegangenen Fehler verbessern, das ist jetzt die Aufgabe.

Unsere Gymnasiasten treten jetzt mit besseren geschichtlichen, mathematischen, naturwissenschaftlichen Kenntnissen ausgerüstet in's Leben als früher; aber dafür ist nicht nur ihre Kenntnis der alten Sprachen, sondern auch die des Französischen geringer geworden, und vor allen Dingen haben sie weniger arbeiten, denken und urteilen gelernt. Dies drückt sich in den zurückgehenden Leistungen im deutschen Aufsatz aus, trotzdem die Stundenzahl des Deutschen vermehrt ist. Der Grund liegt darin, dass die Fächer, welche mit dem Gedächtnis bewältigt werden müssen, das Übergewicht erlangt haben, und dass auch in den Sprachen ein mehr gedächtnismässiger Betrieb den früher üblichen verstandesmässigen verdrängt hat. Unsere ganze Unterrichtsweise hat sich der orientalischen, chinesischen genähert und von der formellen Schulung des Verstandes entfernt, auf die früher das

1) „Die Gegenwart" 1892 Nr. 13, wieder abgedruckt in „Tagesfragen" S. 165—178. (Leipzig bei H. Haacke).

Hauptgewicht gelegt wurde. Es liegt die Gefahr nahe, dass wir beim Weiterschreiten in dieser Richtnng den Vorsprnng verringern, den die abendländische Bildung vor der morgenländischen bis jetzt vorans hat.

Die Erleichterung, die den drei Unterklassen zu Teil geworden ist, ist wenigstens im Lateinischen nur scheinbar; denn da das grammatische Pensum dieser Klassen dasselbe geblieben ist, so müssen die Schüler die gegen früher weggefallenen zwei lateinischen Wochenstunden durch vermehrte Anspannung in der Klasse, vermehrte häusliche Arbeit nnd nötigenfalls durch häusliche Nachhilfe ersetzen. Die im Französischen und Griechischen für Quinta und Quarta eingetretene Entlastung rächt sich bitter in den Mittelklassen, wo die Überbürdung dafür um so schlimmer geworden ist. Die Schüler kommen jetzt mit unzulänglicher grammatischer Vorbereitung an die Lektüre des Cäsar nnd Xenophon heran, nnd weil sie das Gefühl des mangelhaften Könnens haben, fehlt ihnen auch die Freudigkeit der Arbeit in der Schule nnd für die Schule. Konzentration nnd Verintensivierung des Unterrichts sollen das wieder einbringen, was durch die verminderte Stundenzahl der Unterklassen versäumt wird. Die Folge davon ist stärkere Anspannung der Lehrer nnd Schüler während der Schulzeit, und raschere Ermüdung Beider. Da nun in allen Fächern intensiver Unterricht vorgeschrieben ist und auch die Nebenfächer bei den Versetzungsprüfungen mitsprechen, so ist die Folge eine Überanstrengung der Schüler in der Schule von Tertia ab, da kein Knabe es ohne Schaden für seine Gesnndheit auf die Daner aushalten kann, fünf Stnnden des Vormittags wirklich aufmerksam zu sein.

Die Überbürdung, die früher anf die ganze Schulzeit verteilt war, konzentriert sich jetzt wesentlich anf die drei Mittelklassen, erreicht aber da anch eine fast unerträgliche Höhe. Der angehende Tertianer hat jetzt sechs Jahreswochenstunden weniger an Latein, ebenso viel weniger an Griechisch und zwei weniger au Französisch hinter sich, als es bis zum Jahr 1882 der Fall war; er soll aber in den drei Jahren bis zur Versetznngsprüfung

für Obersekunda nicht nur dasselbe Pensum in Formenlehre und Syntax der drei Sprachen bewältigen, wie damals, sondern sogar ein noch grösseres, nämlich die griechische und französische Syntax bis zu ihrem völligen Abschluss. Daneben hat er gesteigerten Ansprüchen in Mathematik, Geschichte, Naturkunde und Deutsch zu genügen. Im Griechischen ist diese Aufgabe einfach unlösbar; insbesondere das Pensum der Untertertia, welches das frühere Pensum der Quarta und Untertertia umspannt, ist schlechterdings nicht zu bewältigen. Die Folge ist, dass die Mehrzahl der Tertianer 2—4 Stunden wöchentlich Nachhilfeunterricht nehmen muss, um die zu geringe Stundenzahl der Schule zu ersetzen. Im Lateinischen soll in den drei Mittelklassen mit verminderter Stundenzahl bei unsicher vorgebildeten Schülern dasselbe Ergebnis wie früher erreicht werden, was natürlich auch nur durch Nachhilfestunden möglich ist. Bei manchen Schulen hat sich die Unterprima gleichsam offiziell zur Hilfslehrerschaft für die Unter- und Mittelklassen entwickelt.

Diese Nachhilfestunden sind, wenn sie während der Schulzeit die Nachmittage belasten, eine entschiedene Ueberbürdung der Schüler — wenn sie als Wiederholungskurse in die Ferien verlegt werden, eine Verkümmerung der zur Erholung bestimmten Ruhezeiten — in beiden Fällen eine Verteuerung der Ausbildung und eine Bankrotterklärnng der Schulorganisation. Sie verfehlen aber auch so noch häufig genug ihren Zweck. Es ist Thatsache, dass die Klassenziele immer unvollkommener erreicht werden. Die Urteile der Lehrer über die Arbeiten gehen beständig herab; von den Klassenarbeiten sind sehr wenige mehr als genügend, recht viele, oft die Mehrzahl, weniger als genügend. Um nicht gar zu schlechte Ergebnisse vorzuführen, müssen die Lehrer die Probearbeiten immer enger dem kurz vorher Durchgeübten anpassen und immer mehr zu einem blendenden Schein erniedrigen, auch ihre Urteile immer milder stimmen.

Es wäre sehr zu wünschen, dass die Unterrichts-Verwaltung eine statistische Untersuchung darüber veranlasste, wie gross der durchschnittliche Prozentsatz der nicht versetzten Schüler jeder

Klasse in Preussen gegenwärtig ist, und wie gross er vor fünfzig Jahren war. Der Unterschied beider Zifferreihen würde jeden denkenden Menschen stutzig machen. Nach meiner Schätzung hat der Prozentsatz der Sitzenbleibenden sich mehr als verdoppelt, in den Mittelklassen vielleicht verdreifacht. Nur sehr begabte Schüler machen jetzt noch das Gymnasium in neun Jahren durch, gute in zehn Jahren, mittelmässige in 11—12, und schwache erreichen das Ziel überhaupt nicht. Man muss sich klar machen, welcher Zuwachs an Verdruss, Sorgen und Kummer dadurch in die Familie getragen wird, ganz abgesehen von den erhöhten Erziehungskosten.

Es ist ferner Thatsache, dass nicht nur die Gleichgiltigkeit der Schüler gegen die meisten Lehrfächer, sondern auch ihre Abneigung gegen die Schule überhaupt im letzten Menschenalter bedenklich gewachsen ist. Sie haben das Gefühl, dass ihrer Aufmerksamkeit in der Klasse und ihrem häuslichen Fleiss mehr zugemutet wird, als Beide im Durchschnitt leisten können; sie leiden unter diesem Missverhältnis, empfinden es als unbillig und lassen es die Schule durch Widerwillen entgelten, sei es nun, dass sie hoffnungslos erlahmen, oder durch Überanstrengung mitzukommen suchen. Nicht nur die Lehrer müssen ungerechter Weise in dem Gefühl der Schüler gegen sie für das, was die Schuleinrichtung verfehlt hat, büssen, auch die Unterrichtsgegenstände werden bedauerlicher Weise den Schülern verleidet, weil diese es sind, mit denen die Schule sie plagt.

Fragt man sich nun, wo der Fehler der Organisation steckt, so müssen die Unterklassen von den Mittel- und Oberklassen unterschieden werden. In den Unterklassen liegt der Fehler im Stundenplan; in den Mittel- und Oberklassen ist der Stundenplan wenig anzufechten, desto mehr aber die Bestimmung der Klassenziele.

Das humanistische Gymnasium hatte bis 1882 in den drei Unterklassen je 10 Stunden Latein, in Quinta 4, in Quarta 2 Stunden Französisch, in Quarta 6 Stunden Griechisch. Gegen diesen Lehrplan sind sachliche Einwendungen niemals erhoben

worden. Die 30 Stunden Latein boten dem Lehrer hinreichend Zeit, um auch ohne Überbürdung mit häuslichen Arbeiten die Formenlehre sicher einzuüben, und das griechische Klassenpensum der Quarta war so bescheiden bemessen, dass die Schüler sich bequem in die neue Sprache hineinfinden konnten. Von derjenigen Fremdsprache, an welcher in den Unterklassen die Schüler Grammatik lernen sollen, kann man gar nicht genug Stunden ansetzen, und dieser Grundsatz ist unabhängig von der anderen Frage, welche Sprache hierzu die geeigneteste ist. Gerade die Unterklassen mit dem noch frischen Gedächtnis sind die passendsten für einen grundlegenden Sprachunterricht, auf dem dann die oberen Klassen fortbauen, während die Realwissenschaften in die Mittel- und Oberklassen gehören, wo das Urteil und der Verstand der Schüler gereifter ist. Wenn man trotzdem die Zahl der jährlichen Lateinstunden auf 8 vermindert und die 6 griechischen Stunden in Quarta gestrichen hat, so ist das keineswegs aus inneren sachlichen Gründen geschehen, sondern aus der ganz äusserlichen Erwägung, den Lehrplan des humanistischen Gymnasiums in den drei Unterklassen dem des Realgymnasiums gleich machen zu wollen, um die Wahl der Schulart den Eltern um ein Jahr länger offen zu halten. Erst die verminderte Stundenzahl des Lateinischen ergab in Sexta und Quinta jene Überbürdung mit häuslichen Arbeiten, die die Hinausschiebung des Französischen von Quinta auf Quarta wünschenswert erscheinen liess.

Die falsche Bestimmung der Klassenziele in den Oberklassen setzt sich aus zwei Gründen zusammen, einerseits aus der unberechtigten Festhaltuug übertriebener philologischer Ansprüche für das Lateinische in Obersekunda und Prima, andererseits aus der unglücklichen Idee, durch die Unter- und Mittelklassen des Gymnasiums dem aus der Untersekunda abgehenden Schüler eine in sich abgeschlossene Bildung ins Leben mitgeben zu wollen.

Seitdem glücklicherweise der veraltete Anspruch aufgegeben ist, die Gymnasiasten lateinisch schreiben und sprechen zu lehren, kann das lateinische Extemporale und Exercitium nur noch den Zweck haben, die Formenlehre und Syntax sicher genug einzu-

üben, dass der Bau der Sprache in einem solchen Masse beherrscht wird, wie es für eine verständnisvolle Lektüre lateinischer Klassiker erforderlich ist. Dieses Ziel muss aber nach 45 Jahreswochenstunden (je 8 in den 3 Unterklassen und je 7 in den 3 Mittelklassen) erreicht sein; es würde freilich noch besser als jetzt in 48 Jahreswochenstunden erreicht werden, wenn die Stundenzahl in den 3 Unterklassen auf 10 erhöht, in den 3 Mittelklassen auf 6 ermässigt würde. Das lateinische Extemporale in den 3 Oberklassen ist nach dem Wegfall des lateinischen Aufsatzes etwas schlechthin Überflüssiges. Da die Formenlehre und Syntax bereits erledigt ist, so bleibt dem Lehrer nichts übrig, als die Schüler in die Feinheiten des Stils einzuführen, deren Beherrschung für sie ganz zwecklos ist. Ausserdem sind diese stilistischen Vorschriften ganz willkürlich, indem sie die zulässige Schreibweise auf die Reden und durchgeteilten Schriften Ciceros beschränken. Sämtliche übrigen lateinischen Klassiker würden im Abiturientenexamen wegen stilistischer Unzulässigkeiten nicht mit glattem „Genügend" bestehen, ja sogar Cicero selbst nicht, wenn er es wagte, einen Stil zu schreiben, wie in seinen Briefen. Da es aussichtslos ist, die Philologen von ihrem Stolze auf ihr allein seligmachendes klassisches Latein zu bekehren, so bleibt, um unsere Söhne vor dieser Beglückung zu bewahren, nichts übrig, als das lateinische Extemporale in Obersekunda und Prima abzuschaffen, das keinen Beitrag mehr zur allgemeinen Bildung liefert. Dieser Erfolg wird und muss früher oder später eintreten. Die stilistischen Lateinübungen werden ebenso sicher fallen, wie der lateinische Aufsatz gefallen ist, zu welchem als Vorübung zu dienen ihre einzige Daseinsberechtigung ausmachte.

Anders liegt die Sache beim Französischen und Griechischen. Wenn das Gymnasium seiner Natur nach ausserstande ist, die Schüler französisch sprechen zu lehren, so muss es sie wenigstens dahin bringen, einen korrekten französischen Brief zu schreiben; wenn es das nicht leistet, so ist überhaupt nicht einzusehen, wozu es Französisch in seinen Lehrplan aufgenommen hat. Nun ist es aber ganz unmöglich, dass die Formenlehre und Syntax in

bloss 13 Jahreswochenstunden bis zum Abgang von Untersekunda zn genügender Sicherheit gelange; es muss vielmehr die Syntax anch in den Oberklassen fortgesetzt nnd durch Extemporalien eingeübt werden. Ebenso unmöglich ist es, die griechische Formenlehre und Syntax in 18 Jahreswochenstunden bis znm Abgang aus Untersekunda zu bewältigen. Es gehören dazu mindestens 28—30 Stunden, d. h. entweder vier Jahreskurse zu 7 oder 5 Jahreskurse zu 6 Stunden. Es muss also das grammatische Pensum und seine Einübung durch Extemporalien mindestens bis zur Oberseknnda verlängert werden, wie es nach dem Lehrplan von 1882 der Fall war, sei es nun, dass der Anfang des Griechischen auf Qnarta zurückverlegt wird, sei es, dass Tertia und Sekunda wieder sieben griechische Stunden erhalten wie im Lehrplan von 1882.

Anch im Pensum der Mathematik hat das Bemühen, mit der Unterseknnda einen Abschluss herbeizuführen, zu Verschiebungen des Lehrstoffes geführt, die die Untersekunda mit Halbverstandenem überbürden und in der Obersekunda eine Lücke lassen, die mit Lückenbüssern ausgefüllt werden muss. Die Körperberechnnng nnd die trigonometrischen Fnnctionen sind aus dem Pensum der Untersekunda jedenfalls wieder auszuscheiden, wenn auch die Logarithmen ihr verbleiben mögen.

Die Zwischenprüfung am Schlusse der Untersekunda hat ihren Zweck völlig verfehlt, ungeeignete Elemente, die doch nicht die Prima durchmachen wollen oder können, vom Gymnasium fern zn halten und die Unter- und Mittelklassen von diesem Ballast zu befreien. Dieser Zweck kann nur erreicht werden, wenn die Berechtigung der Schulen, znm einjährigen Dienst zn befähigen, ansschliesslich an die Abgangsprüfung der obersten Klasse geknüpft wird. Dann würden die bloss auf die Einjährigenberechtigung abzielenden Schüler sich rechtzeitig den Realschulen znwenden, oder aber genötigt sein, sich vor der Kreisersatzkommission prüfen zu lassen. Die kleinstädtischen Gymnasien, die keinem wirklichen Bedürfnis entsprechen, würden sich dann ganz von selbst in Realschnlen umwandeln. Dann läge aber auch

kein Grund mehr vor, den Lehrgang des Gymnasiums zu Gunsten solcher Schüler zu verunstalten, die nur missbräuchlich diese Anstalten belasten.

Bei den Versetzungsprüfungen wird der Fehler begangen, dass auf die Nebenfächer zu viel Wert gelegt wird, insbesondere auf solche, deren Lehrstoff bis zum Abgang aus der Prima doch wieder vergessen wird und für das Mitkommen in den oberen Klassen nicht unbedingt erforderlich ist. Wenn ein Schüler in Latein, Griechisch und Mathematik genügend ist, so muss er versetzt werden, da er Lücken in den andern Fächern später immer noch nachholen kann. Der deutsche Aufsatz ist zwar ein Hauptgegenstand bei der Entlassung von der Schule in's Leben, aber nicht für die Versetzung von einer Klasse in die andere. Er zeigt den Grad der Verstandesreife und Ausdrucksfähigkeit an, der oft erst in den Oberklassen sich sprungweise entwickelt, und wohl durch rationellen Unterricht in allen Gegenständen gefördert, aber nicht durch Drillen in bestimmter Richtung in den deutschen Lehrstunden erzwungen werden kann. Mit der Beschränkung der Versetzungsreife auf die Hauptgegenstände würde ein wesentlicher Grund der Überbürdung hinwegfallen. Mit einer gründlicheren Vorbereitung in der lateinischen und griechischen Formenlehre würde der altsprachliche Unterricht in den Mittel- und Oberklassen, mit der Fortsetzung des griechischen und französischen Extemporales bis Obersekunda und Prima auch der Unterricht dieser beiden Sprachen in den Oberklassen wieder fruchtbarer werden, und die jetzt überwiegend gedächtnismässige Behandlung der Sprachen wieder mehr zu einer verstandesmässigen zurückgeführt werden. Damit würde sich nicht nur das Interesse und die Freudigkeit der Schüler am Sprachunterricht wieder heben, sondern es würden auch bald günstige Rückwirkungen auf die Leistungen im deutschen Aufsatz hervortreten.

Das Beste wäre, wenn der Lehrplan genau so, wie er vor 1882 war, in den drei Unterklassen wieder hergestellt würde; dann könnte der der Mittel- und Oberklassen in der Hauptsache unverändert bleiben, bis auf die überflüssig werdende Stunde des

lateinischen Extemporales in Obersekunda und Prima, die mit weit mehr Nutzen künftig als dritte Stunde dem Französischen zugelegt und für das französische Extemporale verwendet werden könnte.

Sollte indess eine solche Abhülfe für die im Jahre 1882 und 1892 begangenen Fehler aus äusseren Gründen nicht erreichbar sein, so würde doch wenigstens die Vermehrung der lateinischen Stunden um je zwei in den Unterklassen und die Wiederherstellung der siebenten griechischen Stunde in Tertia und Sekunda zu verlangen sein, wie sie von 1882 bis 1892 bestand. Wenn das Latein in Tertia und Sekunda seine siebente Stunde an das Griechische abträte, so würde ihm dieser Ausfall durch den Gewinn in den drei Unterklassen nicht nur aufgewogen, sondern überwogen; es würde immer noch drei Stunden Zuwachs gegen den jetzigen Lehrplan erlangen, die es allerdings in den Oberklassen wieder einbüssen würde, wenn es die sechste (Extemporale-)Stunde an das Französische abgäbe. Auf die mythologischen Geschichtserzählungen und den naturkundlichen Unterricht in den Unterklassen kann ich keinen Wert legen; jede Nachfrage bei den Abiturienten wird ergeben, dass Beides weggeworfene Zeit war. Die Freunde der Realwissenschaften sind durchaus im Irrtum, wenn sie glauben, durch solchen 7—11 Jahr vor dem Abgang von der Schule erhaltenen Unterricht die Kenntnisse und die Befähigung des Zöglings für das Leben irgendwie zu verbessern. Sie brauchen deshalb die Ausführung meiner Vorschläge nicht zu bekämpfen, die den Mittel- und Oberklassen die errungene Verstärkung an Realwissenschaften völlig belässt. Die Freunde der alten Sprachen aber müssen meine Vorschläge willkommen heissen, da sie den Unterricht in denselben um 4 bis 6 Stunden Griechisch und 3 Stunden Lateinisch verstärken.

In keinem Jahrhundert hat der Lehrplan der gelehrten Schule so grosse Umwälzungen erlebt, wie im letzten. Vor hundert Jahren gab es noch keinen höheren Lehrerstand, und das Gymnasium war wesentlich eine Lateinschule. Griechisch wurde in ihr entweder gar nicht oder doch nur etwa so viel ge-

trieben wie jetzt Hebräisch, d. h. gerade genug, um den Theologen das Vergleichen der Bibelstellen im Urtext zu ermöglichen. Jetzt dagegen umfasst der Unterricht in anderen Gegenständen als den alten Sprachen mehr als drei Fünftel der Lehrstunden; auf das Griechische wird mindestens die sechsfache Zeit mehr als damals verwendet, und das Latein hat die grösste Einbusse erlitten. Wer die Zeichen der Zeit zu deuten versteht, wird daraus die Vermutung schöpfen können, in welcher Richtung die weiteren Wandlungen des Gymnasiums im nächsten Jahrhundert sich bewegen werden.

Dass auf die Dauer der Unterricht in zwei alten Sprachen nicht aufrecht zu erhalten ist, habe ich immer behauptet, ebenso, dass für die germanischen und slavischen Völker als einzige tote Unterrichtssprache das Griechische vor dem Lateinischen den Vorzug verdient. Bis aber diese Einsicht in weitereu Kreisen durchgedrungen ist, haudelt es sich darum, eine erträgliche Zwischenstation zu gewinnen, auf der es sich vorläufig aushalten lässt. Dass das Gymnasium der Lehrpläue von 1892 eine solche vorläufig haltbare Etappe nicht ist, darüber dürften nachgerade Freunde des altsprachlichen wie des realwissenschaftlichen Unterrichts einig sein. Die alten Sprachen bedürfen entweder einer Stärkung, für die zwar nicht in den Mittel- und Oberklassen, wohl aber in den Unterklassen der geuügende Platz bequem vorhanden ist; oder das Gymnasium geht seinem Uutergange entgegen. Die sogenannten Reformgymnasien, die das Latein in Tertia und das Griechische in Sekuuda beginnen, siud keine Gymnasien mehr, sondern Bürgerschulen mit aufgesetzten Gymnasialkursen. Wenn erst ein Paar Jahrgänge Abiturieuten das Mass der auf diesen Anstalten erreichbaren Kenntnisse öffentlich kundgethan haben werden, so wird sich unaufhaltsam die Einsicht Bahn brechen, dass die Oberrealschulen diesen Anstalten an einheitlicher und gründlicher Bildung bei Weitem vorzuziehen sind. Soll also die deutsche Bildung vor einer völligen Amerikanisieruug bewahrt werden, so muss das Gymnasium in einer haltbaren Gestalt gerettet werden. Da dies aber nur in einer den

modernen Bildungsansprüchen gerecht werdenden Weise geschehen kann, so darf von den in die Mittel- und Oberklassen aufgenommenen Realwissenschaften nichts wieder aus denselben entfernt werden; es bleibt also nichts übrig, als die alten Sprachen, die sich in den Mittel- und Oberklassen in der Hauptsache mit dem ihnen jetzt angewiesenen Platz begnügen müssen, in der angezeigten Weise in den Unterklassen zu verstärken.[1])

1) Was dabei herauskommt, deckt sich ziemlich genau mit dem Lehrplan, den ich bereits im Jahre 1872 aufgestellt und ausführlich begründet habe („Zur Reform des höheren Schulwesens“, Leipzig bei Hermann Haacke, S. 24—57).

XI. Die Kanalfrage.

(September 1900).

Kanäle sind unzweifelhaft ein höchst wichtiges Kulturwerk, nämlich ein Hauptmittel zur Verbilligung des Verkehrs von Massengütern, die nicht leicht verderben. In Deutschland ist der Kanalban allzulange zurückgestellt worden, weil es dem Staat an Mitteln für diesen Zweck fehlte oder auch der Zinsfuss zu hoch war, um Staatsanleihen zum Zweck von Kanalbauten zn gestatten. Woher nnn die starke Gegnerschaft gegen den geplanten Rhein-Elbe-Kanal, der doch früher vom preussischen Landtag selbst gewünscht war? Die anfänglich von agrarischen Befürchtungen ausgehende Opposition hat sich von diesem verfehlten Ursprung ziemlich freigemacht, dafür aber bei genauerer Prüfung nicht zu unterschätzende Bedenken gegen den Entwurf der Regierung zu Tage gefördert.

Solange es keine Landstrassen giebt, sind selbst die kleinsten Wasseradern ein grosser Segen, mögen sie auch nnr kleine Kähne tragen wie in China. Gnte Landstrassen, die einen regen Güterverkehr ermöglichen, fordern schon Kanäle von grösseren Abmessnngen, auf denen Schiffe von 400 Tonnen Tragfähigkeit fahren können. Eisenbahnen lassen dann die Unznlänglichkeit solcher kleinen Kanäle dentlich fühlen nnd zwingen zu Anlagen für Schiffe von 600—1000 Tonnen Tragfähigkeit. Breitspurige Bahnen wie in Rnssland nnd den Vereinigten Staaten können einen weit massenhafteren Güterverkehr bewältigen; Kanäle, deren Verkehr von ihnen gespeist wird, oder die gar mit ihnen konkurrieren sollen, müssen deshalb noch viel grössere Abmessungen haben. Es ist nicht nnwahrscheinlich, dass das alte Europa im nächsten Jahrhnndert gezwungen sein wird, zu einer grösseren

Spurweite überzugehen, um nicht gegen Russland und Amerika mit seinen Verkehrsmitteln allzusehr ins Hintertreffen zu geraten, um den Güterwagen eine grössere Ladefähigkeit zu geben und für die Personenwagen eine Konstruktion mit sanfterem Gange auch bei schneller Fahrt zu ermöglichen. Welche Umwälzungen unserem Bahnwesen im zwanzigsten Jahrhundert durch stärkere Schienen, elektrischen Betrieb, Entlastung der Güterbahnen durch direkte Schnellzugslinien für blossen Personenverkehr u. s. w. bevorstehen, lässt sich noch garnicht ermessen. Jedenfalls ist die Erwartung nicht unberechtigt, dass schon nach ein bis zwei Menschenaltern die Leistungsfähigkeit unserer Bahnen sehr viel grösser sein wird als jetzt. In demselben Verhältnis wird aber auch der Anspruch an die Leistungsfähigkeit der Kanäle steigen müssen, wenn ihr Wert im Verhältnis zu den Bahnen nicht sehr gegen jetzt zurückgehen soll. Man wird dann vielleicht nur noch Kanäle für Schiffe von 2000 Tonnen, wie sie den Rhein befahren, vollwertig finden.

Nun ist es klar, dass die Anlage von Kanälen uud ihre Versorgung mit Wasser um so schwieriger wird, je grössere Abmessungen von ihnen verlangt werdeu. Ganz kleine Kanäle lassen sich auch im Oberlauf der Ströme leicht anlegen und füllen; je mehr Wasser aber gebraucht wird, desto weiter muss man in den Mittellauf und Unterlauf der Ströme hinabsteigen. Hieraus geht hervor, dass der Kanalbau mit steigender Pflege der übrigen Verkehrsmittel immer mehr vom Oberlauf der Ströme zu ihrem Unterlauf hingedrängt wird. Es kommt hinzu, dass im Ober- und Mittellauf die zu überwindenden Wasserscheiden viel höher und darum die Bauten schwieriger sind, mehr Schleusen und häufig ein künstliches Hinaufpumpen des Wassers erfordern, was alles im Unterlauf fortfällt. Nun bezieht sich aber die Regierungsvorlage auf den Mittellauf unserer Flüsse und sieht demgemäss nur mittlere Abmessungen der Kanäle vor für Schiffe von 600—1000 Tonnen. Es entsteht also die Frage, ob das verfügbare Wasser auch im Sommer zur Speisung dieser Kanäle ausreichen wird, ob dieselben mit ihren mittleren Dimensionen

nach einigen Menschenaltern noch dem Bedarf genügen werden, und ob es nicht ratsamer wäre, die Verbindung der Flüsse schon jetzt näher an ihrer Mündung in Angriff zn nehmen.

Die staatlichen Wasserbantechniker versichern, dass das Wasser für die projektierten Kanäle genüge. Aber einerseits ist das Vertrauen zu dieser Autorität gering, andererseits kann es sein, dass das Wasser heute noch genügt, aber nach einigen Menschenaltern nicht mehr. Die Wasserverhältnisse nnserer Ströme haben sich in dem Masse verschlechtert, wie die Abholznng der Wälder fortgeschritten ist, und da diesem Unheil kein Einhalt geschieht, so ist eine weitere Verschlechterung mit Sicherheit zu erwarten. Mit anderen Worten: die Überschwemmungen werden immer grösser und häufiger nnd der Wassermangel im Sommer immer fühlbarer. Nach jeder Flusskorrektion im letzten halben Jahrhnndert wurde von den Wasserbautechnikern versichert, dass nun jede Gefahr beseitigt sei, nnd immer wieder wurden diese Versichernngen Lügen gestraft. Ob die jetzt geplanten Staubecken den Waldmangel werden ersetzen können, bleibt abzuwarten. Immer hänfiger werden die Fälle, dass im Sommer die Schiffahrt im Oberlauf der Ströme durch Wassermangel behindert ist. Da scheint doch der Zweifel berechtigt, ob anch der Mittellauf genug Wasser für die projektierten Kanäle übrig haben wird. Der Kanalverkehr ist im Winter ohnehin einige Monate durch den Frost gesperrt; wenn er anch noch im Sommer ein bis zwei Monate durch Wassermangel gestört wäre und nur die grössere Hälfte des Jahres hindurch sicher offen bliebe, dann würde der Wert der Kanäle noch weiter sinken, ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Eisenbahnen herabgedrückt und ihre militärische Leistungsfähigkeit bei einer Mobilmachung nicht nur im Winter, sondern auch im Sommer ausgeschaltet. Allen diesen Bedenken wird der Boden weggezogen, wenn die Trace der Kanäle weiter nach dem Unterlauf hin verlegt wird.

Unsere Flüsse strömen von Südost nach Nordwest; eine Kanallinie, die in der Hauptsache von Ost nach West gelegt ist,

durchschneidet also die Flussläufe schräg. Die kürzeste Verbindungslinie zwischen je zwei Flüssen führt von Nordost nach Südwest. Auch dies spricht dafür, die Verbindung des Rheins mit der Elbe nach der Mündung der Elbe hinzuleiten, wo sie in dem Kaiser Wilhelm-Kanal und der Ostsee ihre natürliche Fortsetzung findet. Ein kürzerer Weg macht geringere Baukosten und kann bei gleichem Aufwand in grösseren Abmessungen hergestellt werden. Ein kürzerer Weg erfordert geringere Kanalabgaben, ein durch das Flachland führender Kanal braucht weniger oder gar keine Schleusenanlagen; durch beides werden den Schiffen Kosten und Zeit gespart. Schiffe, deren Ziel im Mittellauf der Ems, Weser oder Elbe liegt, können diese Flüsse abgabenfrei hinauffahren und müssen dann freilich etwas mehr Zeit zugeben, als sie bei dem kürzeren Kanalweg mit weniger Schleusenaufenthalt und Schleusengebühren erspart haben. Aber es kommt der Flussschiffahrt auch weit mehr auf Kostenersparnis als auf Zeitersparnis an, da die Bemannung so gering ist.

Ein solcher Küstenkanal würde äusserst wichtig sein für die bequeme Versorgung unserer Kriegs- und Handelsmarine mit deutschen Kohlen. Er würde den Mittel- und Oberrhein in unmittelbare Verbindung mit den deutschen Nordseehäfen bringen. Wenn er vom Rhein bis zur Ems in möglichst grossen Abmessungen ausgebaut würde, so erhielte dadurch der Rhein die lange ersehnte Unabhängigkeit von den holländischen Häfen. Allerdings müsste der Kanal dann für die Rheinschiffe von 2000 Tonnen fahrbar werden, und dies ist unter Benutzung des Dortmund-Emskanals und des projektierten Rhein-Dortmund-Kanals nicht möglich, weil beide auf hinaufgepumptes Wasser angewiesen sind. Nur ein vom Niederrhein durch die norddeutsche Tiefebene geführter Kanal, womöglich ohne Schleusen, würde dem Rhein eine deutsche Mündung auch für seine grössten Schiffe geben können. Der Mittellandkanal würde die deutschen Ost- und Nordseehäfen schädigen, indem er die holländischen Häfen noch mehr begünstigte, als sie es ohnehin schon sind. Nur ein Küstenkanal, der von Südwest nach Nordost führt, kann den Nachteil

in der Lage der deutschen Nordseehäfen einigermassen ausgleichen, wie nur ein Berlin-Stettiner Kanal Stettin aufhelfen kann.

Die Regierung hätte den Rhein-Dortmund-Kanal vom Landtag bewilligt erhalten, wenn sie ihn hätte haben wollen; aber sie gab sich alle Mühe, diese Teilbewilligung zu verhindern, um sich nicht die Sahne von ihrer Milch abschöpfen zu lassen. Diese Strecke ist nämlich die einzige des geplanten Mittellandkanals, für die eine gewisse Rentabilität gesichert scheint. Die Interessenten sind ganz bereit, diese Strecke, die mit etwa 40 Millionen herzustellen ist, auf eigene Rechnung zu bauen und zu betreiben, und die Regierung könnte sich durch die Konzessionsbedingungen hinreichenden Einfluss wahren. Aber sie will auch dies nicht, um vermittelst dieser rentablen Strecke die voraussichtlich unrentablen Teile des geplanten Mittellandkanals durchzudrücken. Der von ihr angegebene Grund gegen den Ausbau des Rhein-Dortmund-Kanals allein ist völlig unverständlich: es soll nicht Wasser genug für die Strecke vom Rhein bis Dortmund vorhanden sein, während von Dortmund bis zur Ems Wasser genug da ist, und erst der Anschluss der Weser soll über ein paar Wasserscheiden hinweg dem Rhein-Dortmund-Kanal das Wasser sichern!

Der projektierte Mittellandkanal führt durch verschiedene Bergwerksbezirke, innerhalb deren der Bau sehr schwierig und kostspielig wird. Ob er stellenweise überhaupt möglich ist, darüber sind die massgebenden Staatstechniker zu verschiedenen Zeiten verschiedener Ansicht gewesen. Nur die unmittelbar am Kanal belegenen Zechen, Hütten und Fabriken haben einen grossen Vorteil von seiner Anlage, während für diejenigen der Nutzen sich erheblich vermindert, die ihre Erzeugnisse erst mit der Bahn zum Kanal hinschaffen müssen. Denn auf andere Eisenbahnen braucht der beladene Bahnwagen nur hinübergeschoben zu werden, in das Schiff aber muss er umgeladen werden. Die Regierung legt besonderen Wert darauf, den Kanal durch Bergwerks- und Industriegebiete zu führen, in denen der Boden sehr stark ausgenutzt ist; als Grund giebt sie

an, dass die bestehenden Eisenbahnen den Verkehr nicht mehr bewältigen können und kein Platz mehr für neue Eisenbahnen vorhanden sei. Nun ist aber nicht ersichtlich, wo der Platz für Kanäle herkommen soll, wenn er selbst für Eisenbahnen fehlt; denn ein Kanal braucht viel mehr Platz als eine viergeleisige Eisenbahn und bewältigt doch viel weniger Gütermassen als diese. Kanäle sind da am meisten an ihrem Platz, wo der Boden noch wenig ausgenutzt ist und geringen Wert hat, auf Mooren und Haiden, Marschen und Sandstrecken, wie sie im Unterlaufgebiet unserer Flüsse noch vielfach zu finden sind, nicht aber, wo es auf eine möglichste Ausnutzung jeden Quadratmeters ankommt wie in dichtbevölkerten Industriegegenden.

Kanäle haben viel billigere Tarife als Eisenbahnen. Das ist Thatsache. Allein es ist wohl zu beachten, dass die Kanäle im Durchschnitt weniger Ertrag liefern, als die Verzinsung der Anlagekosten nach dem Zinsfuss der Staatsanleihen erfordert, und zum übrigen Teil von den Steuern der Nation erhalten werden, die mit diesem Zuschuss den Benutzern der Kanäle ein Geschenk macht. Umgekehrt bringen die Eisenbahnen einen Ertrag, der weit über den Zinsfuss der Staatsanleihen hinausgeht, so dass die Eisenbahntarife jetzt eine Haupteinnahmequelle des Staates bilden. Da auch die Eisenbahneinnahmen zum grössten Teil aus Massengütern entspringen, so ist nicht ersichtlich, warum Eisenbahnen und Kanäle bei der Tariffestsetzung mit so verschiedenem Masse gemessen werden. Wenn die Kanaltarife so weit erhöht, die Eisenbahntarife aber so weit herabgesetzt würden, dass beide eine Verzinsung gleich der der Staatsanleihen erbrächten, dann erst würde der reelle Wert beider auf Grund der so veränderten Tarife vergleichbar sein. Ob auch dann noch der Transport auf Kanälen erheblich billiger sein würde, das ist die Frage; jedenfalls nur dann, wenn die Kanäle in der Ebene auf billigem Boden zwischen wasserreichen Strömen erbaut sind. Solange aber das gegenwärtige Missverhältnis der Tarife besteht, ist es kein Wunder, dass die Interressenten alle Hebel in Bewegung setzen, um lieber beim Transport ihrer Waren auf Kanälen Zu-

schüsse von den Steuerzahlern zu erhalten als durch ihren Transport auf Eisenbahnen dem Staate hohe Steuern zu entrichten. Sobald die Kanäle einigermassen hohe Tarife erheben, sind sie mit den Eisenbahnen schon bei den heutigen fiskalischen Tarifen derselben nicht mehr konkurrenzfähig. Geht man von dem Gedanken aus, dass die Kanäle die Anlagekosten ebenso hoch verzinsen sollen, wie der Staat seine Anleihen verzinsen muss, dann wird die Erreichbarkeit dieses Zieles um so zweifelhafter, je höher der Zinsfuss steht. Wenn der Staat zu 3 Proz. beliebig viel Geld erhalten kann, so wird er Kanäle bauen können, deren Bau er sich versagen muss, wenn der Zinsfuss auf 3 ½ bis 4 Proz. steigt. Als das Projekt des Mittellandkanals im Schosse der Behörden bearbeitet wurde, standen die dreiprozentigen Konsols auf pari; jetzt würde der Staat unter 3 ¾ Proz. keine grössere Anleihe begeben können, und in den nächsten Jahren ist eher noch eine weitere Steigerung als ein Sinken des Zinsfusses zu erwarten. Ein Bauprojekt, das vor wenigen Jahren noch rentabel war, braucht es heute nicht mehr zu sein. Der Zuschuss, den die Steuerzahler zu einem unrentablen Kanal leisten müssen, wächst genau so wie der Zinsfuss der Staatsanleihen. Nur in einer Zeit niedrigen Zinsstandes sind grössere Kanalbauten von geringer Rentabilität zu unternehmen; ist diese verpasst, so muss man mit der Ausführung warten, bis wieder eine Zeit niedrigen Zinsfusses eingetreten ist. Dies gilt in um so höherem Masse, je geringer die voraussichtliche Rentabilität des Kanals zu schätzen ist, d. h. je höher sich seine Baukosten pro Kilometer belaufen. Diese Erwägung spricht jedenfalls für eine Vertagung des Mittellandkanals, dessen Baukosten pro Kilometer sich recht hoch belaufen werden.

Die Regierung behauptet freilich, dass die Rentabilität des Mittellandkanals nach ihren Berechnungen gesichert sei. Dieser Behauptung würde von der öffentlichen Meinung grösseres Gewicht beigelegt werden, wenn sie für mehr gehalten würde als für ein Mittel parlamentarischer Taktik zur Erreichung eines vorgezeichneten Zieles. Die Regierung hat es einmal übernommen,

diese Vorlage durchzusetzen und hat zu dem Zweck eine rein technische, wirtschaftliche und finanzielle Opportunitätsfrage zu einer Haupt- und Staatsaktion aufgebauscht. Sie hat kurz vor der entscheidenden Abstimmung versucht, die dissentierenden Abgeordneten mit Beamtenqualität zur Verleugnung ihrer Überzeugung zu bringen und den Ungehorsam mit Stellenverlust bestraft. Sie hat damit gezeigt, dass der Beamte in Preussen auch als Abgeordneter jeden Wandel in den Ansichten der wechselnden Regierungen mitmachen muss, und dass ein Wahlkreis, der mehr als ein willenloses Werkzeug der Regierung in die Parlamente senden will, keinen Beamten mehr wählen darf. Sie hat ferner mit Rücksicht auf die konservative Partei den gemassregelten Beamten ihr volles Gehalt belassen und die meisten inzwischen in gleiche oder bessere Ämter wieder eingesetzt. Durch alles das hat nur das politische Ansehn der konservativen Partei gewonnen, das der Regierung aber verloren und noch mehr das der Stellung eines Preussischen Beamten.

Um nun auf anderem Wege ihr Ziel zu erreichen, hat sie einen grossen Teil der von andern Landesteilen erhobenen Kompensationsforderungen sich angeeignet, die Kosten des Gesamtprojekts dadurch gewaltig gesteigert, und besteht darauf, die Gesamtheit dieser Entwürfe als eine einheitliche Vorlage zu behandeln. Sie will also einerseits die Bewilligung des abgelehnten Mittellandkanals zur Bedingung machen, unter welcher allein sie anerkannt nützliche, rentable und dringliche Kulturaufgaben zur Ausführung bringen will, und lässt andererseits der Vermutung Raum, dass unter den von ihr genehmigten Kompensationsforderungen auch solche sind, die sie mindestens zur Zeit den Interessenten nicht zugestanden haben würde, wenn dadurch nicht zugleich einige Stimmen mehr für den Mittellandkanal gewonnen würden. Dringende Ansprüche, wie der Berlin-Stettiner Kanal und die Oderregulierung werden ins Unbestimmte vertagt, falls der Mittellandkanal abermals vom Landtage abgelehnt wird, und jedenfalls durch das Warten auf die Entscheidung über den letzteren unnötig verzögert. Ansprüche von höchst zweifelhaftem

Wert werden in die Gesamtvorlage verflochten, um mit ihrer Hülfe die Minderheit der für den Mittellandkanal stimmenden Abgeordneten in eine Mehrheit zu verwandeln. Nach ihrer finanziellen Seite wird aber die ganze Vorlage sowohl durch die gewaltige Steigerung der Gesamtkosten wie durch die Belastung mit unrentablen Teilprojekten immer bedenklicher.

Die Engländer und Amerikaner, die doch nicht gerade für unpraktische Leute gelten, bauen schon lange keine Kanäle mehr, weil sie Eisenbahnen für leistungsfähiger und zweckmässiger halten. In Frankreich war ein grosses Kanalnetz geplant, aber die ausgeführten Strecken sind an Rentabilität soweit hinter den bescheidensten Erwartungen zurückgeblieben, dass man den Rest aufgegeben hat, und zum Teil schon angefangene Bauten hat verfallen lassen. Aus alledem folgt nicht, dass wir keine Kanäle bauen sollen, wohl aber, dass wir dabei die nötige Vorsicht walten lassen. Der Hinweis auf „ein Kulturwerk ersten Ranges“ darf nicht genügen, um grade diese bestimmte Kanaltrace samt allen ihr angehängten Kompensationsforderungen zu rechtfertigen.

Die Zeiten sind für die auswärtige Politik, die Industrie und den Handel gleich ernst. Die ruhigen und fetten Jahre mit wachsenden Überschüssen im Staatshaushalte liegen hinter uns, und wir müssen uns auf eine Reihe unruhiger und magerer Jahre mit sinkenden Staatseinnahmen trotz wachsender Ausgaben gefasst machen. Darum scheint die Zeit für die gewaltsame Durchsetzung riesiger Kanalprojekte von teilweise zweifelhaftem Wert nicht angethan. Die Regierung möge den Mittellandkanal vertagen, statt dessen einen Küstenkanal vom Niederrhein nach der Elbmündung als vorteilhafteren Ersatz vorlegen, aus den Kompensationsforderungen nur die dringlichsten auswählen und ohne Rücksicht auf sonstige Bewilligungen im Landtag einbringen, und die Erbauung des Rhein-Dortmund-Kanals, falls sie dann noch nötig und rentabel scheinen sollte, ruhig den Interessenten überlassen. Auf diese Weise werden die Interessen des Landes am besten gewahrt sein und unnütze parlamentarische Kämpfe erspart bleiben.

Druck von J. B. Hirschfeld in Leipzig.

Druck von J. B. Hirschfeld in Leipzig.



